



Wahlprüfsteine 2018

des Landeselternbeirats von Hessen
zur hessischen Landtagswahl

und Antworten der angefragten Parteien

1. Allgemeine Fragen

Die Bundesregierung hat in ihrer Koalitionsvereinbarung die teilweise Aufhebung des Koalitionsverbotes (auf die Grenzen von 2006) beschlossen.

1.1. Welche Unterstützung fordern Sie vom Bund?

CDU	GRÜNE	SPD	FDP	LINKE
<p>Die Fragen 1.1 und 1.2 werden aufgrund ihres Sachzusammenhanges gemeinsam beantwortet.</p> <p>Der Koalitionsvertrag der CDU-geführten Bundesregierung sieht eine Investitionsoffensive für Schulen vor, die zusätzlich zum laufenden Schulsanierungsprogramm auch weitere Investitionen in die Bildungsinfrastruktur vorsieht. Die Maßnahmen zielen somit lediglich auf den Zuständigkeitsbereich der Kommunen als den verantwortlichen Schulträgern, die in Hessen gemäß § 155 des Hessischen Schulgesetzes die Sachkosten der öffentlichen Schulen einschließlich der Schulgebäude oder der digitalen Infrastruktur aufzubringen haben. Folglich sieht der Koalitionsvertrag zur Umsetzung der erforderlichen Rechtsgrundlage die Streichung des Begriffs „finanzschwache“ in Bezug auf die Kommunen in Artikel 104c des Grundgesetzes vor. Ergänzend dazu hält der Koalitionsvertrag jedoch auch ausdrücklich fest, dass die Kultushoheit weiterhin Kompetenz der Länder bleibt und das Kooperationsverbot diesbezüglich bestehen bleibt. Die CDU Hessen begrüßt und unterstützt diese Vereinbarung. Sie ergänzt einerseits die bereits sehr umfangreiche finanzielle Unterstützung der Städte und Kommunen durch die Hessische Landesregierung (vgl. hierzu auch Frage 1.9) durch spezifische Förderprogramme in Bezug auf Herausforderungen wie Digitalisierung, Ganztagsbetreuung oder die zeitgemäße und fachspezifische Ausstattung der beruflichen Schulen. Zugleich wird jedoch durch die Beibehaltung der Kultushoheit der Länder verhindert, dass gescheiterte Bildungsstrukturen der SPD-Länder wie die Errichtung von Einheitsschulen zentralisiert werden oder das 08/15-Abitur von PISA-Verlierern wie Berlin oder Bremen zum verbindlichen Maßstab einer bundesweit einheitlichen Bildungspolitik wird. Der Wettbewerb in der Bildungspolitik hat sich in diesem Sinne über die Jahrzehnte hindurch als Motor für bildungspolitische Innovationen und die Leistungsfähigkeit des Schulsystems, aber auch als Korrektiv gegen rot-grüne Fehlentwicklungen wie die in einzelnen Ländern verfolgten Bestrebungen zur</p>	<p>Wir freuen uns, wenn der Bund die Länder bei der weiteren Verbesserung des Bildungssystems stärker als bislang unterstützt. Eine Möglichkeit hierzu ist die Abschaffung des Kooperationsverbots. Letztlich ist aber nicht das Instrument entscheidend. Was zählt ist das Ergebnis: mehr Geld vom Bund für Bildung.</p>	<p>Vorbemerkung:</p> <p>Wir befürworten die weitere Verbesserung der Kooperation zwischen Bund und Ländern und sind für die Aufhebung des Kooperationsverbots auch für den Bildungsbereich. Wir begrüßen daher, dass die SPD im Bund diese Aufhebung in die Koalitionsvereinbarung der Großen Koalition verankern konnte und werden auf die Umsetzung dieser Vereinbarung achten. Wir halten das Kooperationsverbot, das unter der Regierung von Roland Koch (CDU) und von diesem forciert in das Grundgesetz geschrieben wurde, für den falschen Ansatz, weil es Chancengleichheit verhindert. Es muss wieder möglich werden, dass Bund und Länder die Herausforderungen und</p>	<p>Wir stehen zum Bildungs-föderalismus und wollen uns bei den Bildungsdebatten auf die Inhalte konzentrieren und keinem Kompetenzgeschachere zwischen Bund und Ländern Vorschub zu leisten. Wir setzen uns dafür ein, dass die Bildungsstandards verstärkt bundesweit angepasst werden, so dass auch Wohnortwechsel über Bundesländergrenzen hinweg ohne Brüche in der Schullaufbahn möglich sind. Wir sehen nicht die Notwendigkeit, dass die Aufhebung des Kooperationsverbots notwendig ist, um in Bildung zukunftsweisend und nachhaltig zu investieren. Die Finanzmittel, die der Bund den Ländern zur Verfügung stellen muss, wollen wir in erster</p>	<p>Die Linke ist für eine Aufhebung des Kooperationsverbots. Der Bund kann und darf sich nicht aus der Verantwortung ziehen, daher muss er auch finanziell an der Umsetzung der Aufgaben beteiligt sein.</p>

<p>Abschaffung der Förderschulen erwiesen. In diesem Zusammenhang ist auch darauf zu verweisen, dass sich die enormen Investitionen der CDU-geführten Landesregierungen in Hessen deutlich von anderen Ländern hervorheben. In keinem anderen deutschen Flächenland sind die Pro-Kopf-Ausgaben für Bildung höher als in Hessen. Der Bildungsfinanzbericht des Jahres 2017 hat für unser Land einen Spitzenwert von 1.495 Euro pro Kopf konstatiert – damit steht Hessen sogar noch vor Baden-Württemberg oder Bayern. Eine finanzielle Förderung durch den Bund muss daher nach Auffassung der CDU Hessen auf die Unterstützung der Schulträger und der Bildungsinfrastruktur beschränkt bleiben und darf nicht mit einer politisch-konzeptionellen Einflussnahme auf die Bildungspolitik in den Ländern einhergehen.</p>		<p>Anstrengungen, die im Bildungsbereich zu bewältigen sind, gemeinsam schultern können.</p> <p>1.1. bis 1.2</p> <p>„Wir halten es für erforderlich, dass der Bund die Mitfinanzierung der kommunalen Bildungsinfrastruktur auf alle Kommunen ausweitet, Mittel weiter aufstockt und etwa im Rahmen des vereinbarten Digitalpakts auch die Modernisierung der Schulen mit rund 5 Milliarden Euro (bundesweit) mitfinanzieren kann. Damit könnte digitale Bildung vorangebracht werden, der Ganztags in Kitas und Schulen ausgebaut und marode Schulgebäude saniert und modernisiert werden.“</p>	<p>Linie in die Verbesserung der baulichen Situation und in die Digitalisierung stecken.</p>	
---	--	--	--	--

1.2. Wie würden Sie Geld vom Bund einsetzen?

CDU	GRÜNE	SPD	FDP	LINKE
	<p>Wir würden das Geld vom Bund für unsere bildungspolitischen Schwerpunkte nutzen: Weiteren Ausbau von Ganztagschulen, die stärkere Unterstützung von Schulen mit besonderen Herausforderungen (Sozialindex), multiprofessionelle Teams (Sozialpädagoginnen und -pädagogen, Verwaltungskräfte) sowie der besseren Umsetzung von Inklusion.</p>			<p>Es existieren viele Baustellen: Von der Schulgebäudesanierung bis hin zur Umsetzung von wirklicher Lernmittelfreiheit ist eine Beteiligung von Bund wünschenswert und notwendig.</p>

1.3. Welche Aufgaben / Veränderungen hält Ihre Partei für die Bildungslandschaft in Hessen für wichtig?

CDU	GRÜNE	SPD	FDP	LINKE
<p>Unter Führung der CDU hat sich Hessen von einem Bildungsabsteiger zu einem Spitzenland entwickelt. Seit Übernahme der Regierungsverantwortung im Jahre 1999 wurde die Zahl der Lehrerstellen trotz deutlich gesunkener Schülerzahlen um mehr als 10.000 Stellen von 43.804 auf 54.071 ausgebaut. Im Schuljahr 2018/19 werden daher jede Woche über 250.000 Stunden mehr Unterricht erteilt, als unter der letzten SPD-geführten Regierung im Jahre 1999. Die Schüler-Lehrer-Relation wurde von 1:19 auf 1:14 gesenkt; die Unterrichtsversorgung von 83 auf 105 Prozent ausgebaut – ein Wert, der bislang in keinem der anderen 15 Bundesländer auch nur annähernd erreicht werden konnte. Darüber hinaus liegen die Pro-Kopf-Ausgaben für Bildung in keinem anderen Flächenland höher als in Hessen (vgl. hierzu auch Frage 1.1). Auch als vor einigen Jahren rückläufige Schülerzahlen prognostiziert worden waren, auf welche die damals von SPD und Grünen geführten Kultusministerien in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz oder Nordrhein-Westfalen mit massivem Lehrstellenabbau reagiert hatten, hielt die CDU-geführte Landesregierung in Hessen am kontinuierlichen Ausbau der Lehrerstellen und an der jährlichen Aufstockung des Bildungsetats fest. So wurde unter Regierungsverantwortung der CDU auch der Bildungsetat in Hessen stärker erhöht als in jedem anderen deutschen Bundesland – alleine zwischen 2005 und 2016 um 56 Prozent bei gleichzeitiger Einhaltung der Schuldenbremse. Diesen Weg einer stetigen und verlässlichen, im Sinne der Generationengerechtigkeit jedoch auch nachhaltig finanzierten Erhöhung der Investitionen in die Bildung gilt es auch künftig im Sinne der Zukunftschancen unserer Landeskinder mit allen Anstrengungen fortzusetzen.</p> <p>Während die Schulen in Hessen somit deutlich bessere personelle und finanzielle Rahmenbedingungen vorfinden, als in allen anderen Bundesländern, bleiben bestimmte gesellschaftliche und die Schulen in ganz Deutschland betreffende Entwick-</p>	<p>Nicht jedem Kind sind gute Bildungschancen in die Wiege gelegt. Noch immer sind die Chancen eines Kindes auf schulischen Erfolg entscheidend vom sozialen, kulturellen und materiellen Hintergrund seiner Eltern abhängig. Wir wollen, dass alle Kinder und Jugendlichen ihre Talente bestmöglich entfalten können – unabhängig vom Geldbeutel, dem Bildungsstand oder der Herkunft ihrer Eltern. Damit Menschen gut lernen, brauchen sie Schulen, die ihre Neugier wecken, sie bestätigen, in ihren Fähigkeiten stärken und ihnen ein unterstützendes Lernumfeld bieten. Wir wollen deshalb zunächst weiter in den Ausbau der Ganztagschulen, die stärkere Unterstützung von Schulen mit besonderen Herausforderungen, multiprofessionelle Teams, der besseren</p>	<p>Hessen geht trotz seines selektiven und zersplitterten Schulsystems viel zu wenig auf die individuellen Voraussetzungen und Bedürfnisse von Schülerinnen und Schülern einerseits und die Bedarfe der Eltern und Schulen andererseits ein. Hier wollen wir mit unseren Konzepten und Ideen umsteuern. Das Kind muss im Mittelpunkt stehen und die Bildungslandschaft muss sich nach den individuellen Bedürfnissen der Kinder richten.</p>	<p>Wir benötigen genug und gutqualifizierte Lehrkräfte in unseren Schulen, die sich dem Kerngeschäft Bildung und Erziehung widmen können. Nur so kann individuelle Förderung und beste Bildung gelingen. Eine moderne Schule kann es sich nicht leisten, wertvolle Zeit für Bürokratiemonster zu verschwenden. Die rasant angewachsene Menge an Dokumentationspflichten und Verwaltungsvorschriften, die das Kerngeschäft der Lehrkräfte unnötig einschränken, muss umfassend eingedämmt werden. Wir sind der Überzeugung, dass die Aufgaben und Belastungen grundlegend auf den Prüfstand gehören, um der zunehmenden Bürokratisierung und Kontrollwut der Kultusverwaltung Einhalt zu gebieten. Schulverwaltungsangestellte sollen zusätzlich für Entlastung sorgen. Wir setzen uns aber auch zukünftig dafür ein, dass Schulen in Freiheit und Verantwortung die Unterrichtsgestaltung und die Organisation des Schulbetriebs so gestalten können, wie es den Bedürfnissen der Schülerinnen und Schüler entspricht und zum sozialen Umfeld der Schule passt. Sie sollen ihr eigenes Profil entwickeln und sich auf ihre Kernaufgaben konzentrieren können. Die neuen Freiheiten ermöglichen die Ausweitung und Verbesserung der</p>	<p>Grundsätzlich fordert DIE LINKE eine Schule, in der alle Kinder gemeinsam von der ersten bis zur zehnten Klasse lernen, ohne nach vier Schuljahren auf verschiedene Schultypen aussortiert zu werden.</p> <p>Diese Schulen arbeiten inklusiv und mit Doppelbesetzungen, und –was vielleicht das Wichtigste ist – sie orientieren sich am Wohl der Kinder und Jugendlichen, berücksichtigen deren Fähigkeiten und Schwierigkeiten und fördern somit individuell.</p>

<p>lungen und Rahmenbedingungen auch in Hessen nicht ohne Auswirkungen auf das Bildungswesen. So stellt insbesondere die Zuwanderung von Schülern ohne deutsche Sprachkenntnisse die Bildungsakteure vor besondere Herausforderungen. Aber auch ein unkritisches und die unterschiedlichen Formen von Behinderungen und Beeinträchtigungen negierendes Verständnis von Inklusion sowie die von den linken Parteien verfolgten Bestrebungen zur Abschaffung der Förderschulen stellen die Schulen vor Probleme (vgl. hierzu auch Fragekomplex 13). Als CDU Hessen wollen wir der aus beiden Entwicklungen resultierenden Gefahr einer zu weit auseinanderklaffenden Heterogenität an den Schulen neben der ausgezeichneten und bundesweit vorbildlichen Ressourcenausstattung auch mit zielführenden und nachhaltigen Konzepten und Lösungsansätzen entgegenwirken. So muss insbesondere an den weiterführenden Schulen sichergestellt werden, dass nicht in einer Klasse verschiedene Kinder unter- bzw. überfordert werden, sondern die unterschiedlichen Ansprüche, Defizite und Leistungsanforderungen der Schülerinnen und Schüler in einem möglichst homogenen Lernumfeld zusammengeführt werden. Im Sinne von Leistungs- und Chancengerechtigkeit gilt es daher auch die bewährte Schulvielfalt und Wahlfreiheit im Rahmen eines begabungs- und leistungsgerecht gegliederten Schulwesens dauerhaft vor ideologischen Eingriffen zu bewahren. Die Pläne von SPD und Linken zur Errichtung einer Einheitsschule von der 1. bis zur 10. Klasse – sei es auch unter verharmlosenden Bezeichnungen wie „Gemeinschaftsschule“ – lehnen wir mit aller Entschiedenheit ab. Es gibt keine Einheitskinder oder Einheitslehrer, deshalb kann es auch keine Einheitsschule geben. Unterschiedliche Talente, Neigungen und Begabungen, aber auch unterschiedliche Defizite, Lernziele und Förderansprüche erfordern zwangsläufig unterschiedliche Schulformen mit differenzierten Bildungszielen, Lehrplänen, Studentafeln und Abschlussmöglichkeiten. Mit diesem entschiedenen und uns von anderen Parteien unterscheidenden Bekenntnis zur Mehrgliedrigkeit befinden wir uns auch in Einklang</p>	<p>Umsetzung von Inklusion sowie in zusätzliche Verwaltungskräfte für die Schulen investieren.</p>		<p>Angebote zur individuellen Förderung der Schülerinnen und Schüler und die Entwicklung von Schulcurricula, die sich am Schulprofil orientieren. Eigenverantwortung möchten wir den Schulen auch bei der Ausgestaltung der Studentafel zugestehen. Wir wollen, dass die Entscheidungen über die Verwendung der finanziellen Mittel sowie die Personalhoheit den Schulen übertragen werden. Die finanzielle Ausstattung jeder Schule soll sich auch in Zukunft an der Anzahl der Schülerinnen und Schüler orientieren, gleich ob es sich um eine staatliche Schule oder private Ersatzschule handelt. Besondere Bedarfe sollen durch Sonderzuweisungen etwa im Rahmen des Sozialindexes, für selbstständige Schulen, Flüchtlingsbeschulung usw. abgedeckt werden.</p> <p>In den Schulen haben sich durch die zunehmende Heterogenität, die Realisierung der Inklusion und den Ausbau der Ganztagsangebote die Aufgaben gewandelt. Das Lernen von Fakten und die Entwicklung von Kompetenzen wie z.B. Teamfähigkeit und Leistungsbereitschaft sind daher nur noch ein Teil der schulischen Arbeit. Vor diesem Hintergrund brauchen wir multiprofessionelle Teams an unseren Schulen, die einander unterstützen.</p>	
---	--	--	--	--

<p>mit allen wissenschaftlichen Befunden. So gelangte beispielsweise eine umfassende Studie des Max-Planck-Institutes für Bildungsforschung auf der Grundlage einer Untersuchung der Bildungsverläufe von 9.000 Schülern aller Schulformen zu dem Ergebnis, dass nicht nur Gymnasiasten, sondern auch Realschüler von der mit dem 5. Jahrgang einsetzenden Differenzierung nach Schulformen profitieren. Am Ende des 10. Jahrgangs haben sie gegenüber gleich begabten Gesamtschülern „einen Wissensvorsprung von etwa zwei Schuljahren“. Gymnasiasten haben gegenüber gleichbegabten Gesamtschülern sogar einen Wissensvorsprung „von mehr als zwei Schuljahren“. Dieser Abstand bleibt bis zum Ende des 13. Jahrgangs bestehen. Nahezu alle weiteren Leistungsstudien haben ähnlich eindeutige Ergebnisse zutage gefördert. Befunden. So gelangte beispielsweise eine umfassende Studie des Max-Planck-Institutes für Bildungsforschung auf der Grundlage einer Untersuchung der Bildungsverläufe von 9.000 Schülern aller Schulformen zu dem Ergebnis, dass nicht nur Gymnasiasten, sondern auch Realschüler von der mit dem 5. Jahrgang einsetzenden Differenzierung nach Schulformen profitieren. Am Ende des 10. Jahrgangs haben sie gegenüber gleich begabten Gesamtschülern „einen Wissensvorsprung von etwa zwei Schuljahren“. Gymnasiasten haben gegenüber gleichbegabten Gesamtschülern sogar einen Wissensvorsprung „von mehr als zwei Schuljahren“. Dieser Abstand bleibt bis zum Ende des 13. Jahrgangs bestehen. Nahezu alle weiteren Leistungsstudien haben ähnlich eindeutige Ergebnisse zutage gefördert.</p>				
---	--	--	--	--

1.4. Was werden Sie für Chancengleichheit an den Schulen tun?

CDU	GRÜNE	SPD	FDP	LINKE
<p>Die Fragen 1.4 und 1.5 werden aufgrund ihres Sachzusammenhanges gemeinsam beantwortet. Alle Menschen haben unterschiedliche Begabungen, Neigungen, Interessen und Bedürfnisse. Auch wenn sie dadurch nicht alle gleich sind, sind sie uns als Christdemo-</p>	<p>Die Fragen 1.4 und 1.5 werden gemeinsam beantwortet. Das Ziel unserer Bildungsopo-</p>	<p>„Unser Ziel ist und bleibt es, gleiche Bildungschancen für alle Kinder, gleich welcher</p>	<p>Chancengerechtigkeit an Schulen bedeutet für uns die passgenaue Förderung</p>	<p>Mehr Gesamtschulen, der Ausbau echter Ganztagschulen, die</p>

<p>kraten alle gleich viel wert. Mit einem begabungs- und leistungsgerecht differenzierenden Schulsystem gilt es daher den vielfältigen Veranlagungen und Talenten, aber auch den individuellen Defiziten und Förderansprüchen aller Schüler umfassend Rechnung zu tragen. Das Fundament für gerechte Bildungschancen ist dabei ein Schulwesen, das sowohl für stärker theoretisch orientierte, als auch für eher praktisch begabte Schüler gleichermaßen passgenaue Angebote zur Verfügung stellt. Die beiden tragenden Säulen der Schulvielfalt und Wahlfreiheit sind vor diesem Hintergrund der Garant dafür, dass Kinder entsprechend ihrer vielfältigen Begabungen auch entsprechend vielfältig gefördert und gefordert werden und Chancengerechtigkeit und Chancengleichheit optimal gemäß den individuellen Veranlagungen der Schüler verwirklicht werden können.</p> <p>Wie kein anderes Bundesland verfügt Hessen über ein extrem durchlässiges und chancenreiches Bildungssystem. So können beispielsweise Schüler, die einen Hauptschulabschluss erzielt haben, auf die Berufsfachschule wechseln und dort den Realabschluss erwerben. Anschließend steht ihnen die Möglichkeit offen, eine Fachoberschule zu besuchen und dort eine Studienzugangsbechtigung zu erlangen. Bereits im Jahr 2005 hat die CDU in Hessen zudem den Hochschulzugang für Meister oder gleichwertige Ausbildungsberufe ermöglicht. Ein Schreinermeister kann somit ein Architekturstudium an seine Ausbildung anhängen; ein Kfz-Mechaniker kann entscheiden, ob er seinen erlernten Beruf ausüben oder ein Maschinenbaustudium aufnehmen möchte. In einem Pilotprojekt können sich seit Anfang des Jahres 2017 auch junge Menschen, die eine duale Ausbildung mindestens mit der Note 2,5 abgeschlossen haben, an einer hessischen Hochschule einschreiben. Die CDU-geführte Landesregierung hat somit in den letzten 20 Jahren alle Stoppschilder aus dem Weg geräumt, um vielfältige Chancen und Perspektiven zur lebenslangen persönlichen Weiterentwicklung und beruflichen Weiterbildung zu eröffnen und wird sich von dieser Grundüberzeugung auch weiterhin in ihrem politischen Handeln leiten lassen.</p> <p>Darüber hinaus hat die CDU in Hessen mit praxisorientierten Modellen wie den erfolgreichen Programmen der SchuB- und PuSch-Klassen auch versetzungsgefährdete Schüler im Hauptschulbildungsgang wirkungsvoll zum</p>	<p>litik ist es, gleiche Bildungschancen für alle Schülerinnen und Schüler zu schaffen – unabhängig vom sozialen Status oder dem Einkommen ihrer Eltern. Die zunehmende Heterogenität der Schülerschaft, der ansteigende Wunsch vieler Eltern nach ganztägig arbeitenden Schulen, die Integration von Kindern und Jugendlichen, die aus ihrer Heimat fliehen mussten und die Realisierung eines inklusiven Bildungsangebotes sind Herausforderungen, für deren Bewältigung unsere Schulen gute Rahmenbedingungen und Unterstützung brauchen. Wir wollen die besten Schulen an den Orten mit den größten Herausforderungen. Schulen, die aufgrund des sozialen Hintergrunds ihrer Schülerinnen und Schüler oder durch Inklusion und Integration besonders gefordert sind, sollen neben Lehrkräften ein festes Kontingent von Förderschullehrkräften und Sozialpädagoginnen und</p>	<p>Herkunft, herzustellen. Damit jede und jeder gleiche Chancen erhält, wollen wir die Gebühren für Bildung vollständig abschaffen, von der Kita, für den Eltern einen Großteil ihres Einkommens aufwenden, bis zum Master bzw. zur Meisterprüfung. Außerdem werden wir die Qualität in den Bildungseinrichtungen steigern und die Ausbildung des Lehr- und Fachpersonals verbessern. Kein Kind darf ohne Abschluss aus der Schule entlassen werden und muss eine Anschlussperspektive erhalten. Wir werden allen Schulabgängern eine Ausbildungsmöglichkeit garantieren und keine Studiengebühren erheben. Den bestehenden Sozialindex wollen wir aufstocken und viel stärker an der konkreten Schülerschaft einer Schule ausrichten. Und wir wollen ein übersichtliches Schulsystem, das in allen Teilen des Landes die gleichen Bildungschancen sicherstellt.“</p>	<p>vom sonderpädagogischen Förderbedarf bis hin zur Hochbegabung. Jedes Kind muss von Beginn an beste Startchancen haben, so dass es unabhängig von seiner Herkunft und seinen persönlichen Voraussetzungen sein Recht auf bestmögliche Bildung verwirklichen kann. Der Schlüssel für eine erfolgreiche Bildungslaufbahn ist eine optimale und individuelle Förderung jedes Einzelnen, die schon mit der frühkindlichen Bildung beginnt. Es muss deshalb gelingen, dass sich die Bildungspolitik ausschließlich an den Bedürfnissen und Talenten jedes einzelnen Kindes orientiert und dieses individuell gefördert wird. Um dies zu erreichen, müssen wir uns insbesondere den vorangestellten Herausforderungen widmen und die richtigen Rahmenbedingungen schaffen, so dass jedes Kind und jeder Jugendliche</p>	<p>Einführung wirklicher Lern- und Lehrmittelfreiheit. Die kostenfreie Schülerbeförderung und Längeres Gemeinsames Lernen sind dringend notwendige Schritte, um für mehr Chancengerechtigkeit an Schulen zu sorgen.</p>
---	---	---	---	---

<p>Abschluss und zur Ausbildungsreife geführt. Die Kombination aus drei Tagen Unterricht und zwei betrieblichen Praxistagen pro Woche sowie sozialpädagogischer Begleitung vermittelt insbesondere Schülern mit Schwächen im theoretischen Lernstoff durch die Praxis in den Betrieben neues Selbstbewusstsein und die Motivation zu Leistungs- und Verantwortungsbereitschaft. Die Abschlussquote der 2000 Jugendlichen im ersten PuSch-Jahrgang 2015/16 lag folglich bei 85 Prozent an den allgemeinbildenden („PuSch A“) und bei 61 Prozent an den beruflichen Schulen („PuSch B“). Die Ergebnisse dieser gezielten Förderung der Schüler im Hauptschulbildungsgang sind beachtlich: So hat die Caritas-Bildungsstudie 2017 hat für das Land Hessen die bundesweit niedrigste Schulabbrecherquote konstatiert. Während die bundesweite Quote der Schulabbrecher demnach von 5,7 auf 5,9 gestiegen ist, hat Hessen dem Trend trotzen und einen erfreulichen Rückgang von 4,9 auf 4,2 Prozent verzeichnen können. Damit liegt Hessen nicht nur bundesweit an der Spitze, sondern weist zusammen mit Brandenburg auch den stärksten Rückgang aller Bundesländer auf: Im Zeitraum von 2006 bis zu o.a. Studie auf der Datengrundlage des Jahres 2015 konnte Hessen den Anteil von 8,2 auf 4,2 Prozent nahezu halbieren. Zu ähnlichen Ergebnissen gelangt der INSM-Bildungsmonitor 2017 im Hinblick auf den Anteil der ausländischen Schulabgänger ohne Abschluss. Hier erzielte Hessen mit einem Schnitt von 8,1 nach Brandenburg den zweitbesten Wert aller 16 Bundesländer.</p> <p>Eine gerechte Bildungspolitik schafft folglich nicht die Voraussetzungen für formale Abschlüsse, sondern für praktische Qualifikationen zur Bewältigung des Berufs- und Lebensalltages sowie für berufliche und private Lebensperspektiven. In keinem anderen europäischen Land haben junge Menschen mit ihren unterschiedlichen Talenten und Begabungen dabei bessere berufliche Perspektiven und Karriereaussichten als in Deutschland. Die Arbeitslosenquote bei Jugendlichen ist nicht nur seit Jahren die mit Abstand niedrigste aller 28 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, sondern konnte im vergangenen Jahr auf einen erneuten Tiefstwert von 6,6 Prozent gesenkt werden. Europäische Länder mit hohen Akademikerquoten und Einheitsschulsystemen haben dagegen eine bis zu fünfmal so hohe Arbeitslosigkeit unter Jugendlichen aufzuweisen.</p>	<p>-pädagogen bekommen. Wir streben für diese Schulen eine Lehrerrzuweisung von 110 Prozent an. Außerdem werden wir den Ausbau von Ganztagschulen weiter vorantreiben. Unser Ziel ist es, den auf Bundesebene geplanten Rechtsanspruch auf Betreuung von Grundschulkindern möglichst schnell in ganz Hessen zu verwirklichen. Durch zusätzliche Landesmittel für Schulsekretariate und Verwaltungskräfte wollen wir Lehrerinnen und Lehrer von bürokratischen Tätigkeiten entlasten und mehr Raum für die pädagogische Arbeit schaffen.</p> <p>Mit der neuen Berufsfachschule für den Übergang in Ausbildung (BÜA) haben wir außerdem begonnen, das Übergangssystem zwischen Schule und Beruf neu zu strukturieren. Unsere Ziele dabei sind klar: Wir wollen unproduktive Warteschleifen vermeiden und jedem jungen Menschen eine Berufsaus-</p>		<p>die besten Chancen erhält.</p>	
---	--	--	-----------------------------------	--

<p>Diese beeindruckende Bilanz ist maßgeblich auf das bildungspolitische Leitbild der CDU von der Gleichwertigkeit akademischer und beruflicher Bildung und eines begabungsgerechten und differenzierenden Schulsystems als notwendiger Grundlage zurückzuführen. Sie widerlegt auch das von der Wissenschaft kritisch beäugte Bild vom vermeintlichen Wunderheilmittel der gebundenen Zwangsganztagsschule, die in Ländern wie Frankreich lediglich überdurchschnittlich viele Schulabbrecher und Arbeitslose hervorgebracht hat. Auch dem von den linken Parteien geforderten „längeren gemeinsamen Lernen“ wurden von der Wissenschaft keine vorteilhaften Effekte zur Realisierung von Chancengleichheit bescheinigt. So kam ausgerechnet der vormalige „Gesamtschulpapst“ Helmut Fend in einer Studie zu dem Ergebnis: „Selten hat mich das Ergebnis meiner Forschungen so überrascht und enttäuscht wie diesmal: Die Gesamtschule schafft unterm Strich nicht mehr Bildungsgerechtigkeit als die Schulen des gegliederten Schulsystems – entgegen ihrem Anspruch und entgegen den Hoffnungen vieler Schulreformer, denen ich mich verbunden fühle.“</p>	<p>bildung ermöglichen. Auf Grundlage der ersten Erfahrungen mit BÜA werden wir Nachsteuerungen vornehmen, um dieses Ziel zu erreichen. Außerdem werden wir das Ausbildungsbudget fortführen und die sozialpädagogische Begleitung besonders derjenigen weiter verbessern, die bisher keinen Schul- oder Berufsabschluss erreicht haben.</p>			
---	--	--	--	--

1.5. Was werden Sie tun, damit jedes Kind eine gerechte Chance auf einen Abschluss / Ausbildung hat?

CDU	GRÜNE	SPD	FDP	LINKE
				<p>Neben den in Frage 1.4 aufgeführten Antworten ist die individuelle Förderung einer jeden Schülerin und eines jeden Schülern in kleinen Lerngruppen ein wichtiger Schritt. Die Rahmenbedingungen spielen bei Lernerfolgen eine große Rolle, daher sind auch Doppelbesetzungen und multiprofessionelle Teams in den Klassen dringend notwendig.</p>

1.6. Wie sehen Sie die Zukunft kleiner Schulen, sogenannter „Zwergenschulen“?

CDU	GRÜNE	SPD	FDP	LINKE
<p>In der Grundschule werden mit den ersten schulischen Entwicklungsschritten die prägenden Grundlagen der späteren Bildungsbiographie gelegt. Darüber hinaus besitzt die Grundschule im Heimatort eine hohe Integrationskraft und identitätsstiftende Wirkung für die Be-</p>	<p>Der Grundsatz „kurze Beine, kurze Wege“ soll weiterhin gelten. Auch</p>	<p>„Es ist unser Grundsatz, dass die Zukunft auch kleiner Schulen gesichert werden muss. Vor allem im ländlichen Raum gilt für</p>	<p>In Zeiten des demografischen Wandels sollen Schulverbünde und Verbundschulen dazu beitragen,</p>	<p>Die Linke kämpft für den Erhalt auch sogenannter „Zwergenschulen“. Oft ist deren Erhalt auch</p>

<p>wohner gerade kleinerer Gemeinden im ländlichen Raum. Das politische Handeln der CDU-geführten Landesregierung ist daher seit jeher auf den Grundsatz „Kurze Beine, kurze Wege“ ausgerichtet, der unter erheblichen finanziellen und politischen Anstrengungen sowie fachlich-konzeptioneller Gestaltungskraft auf die Vermeidung von Schulschließungen hinwirkt. Diese Anstrengungen lassen sich in konkreten Zahlen festmachen: So existierten zum Schuljahr 2016/17 in Hessen nicht weniger als 61 Grundschulen mit weniger als 50 und 218 Grundschulen mit weniger als 100 Schülern. Um trotz der niedrigen Schülerzahlen dort einen gleichermaßen qualitativ hohen Unterricht sicherzustellen, gelangen dort zahlreiche strukturelle Lösungsansätze wie Verbundschulen oder jahrgangsübergreifender Unterricht zur Durchführung. Erst wenn dauerhaft weniger als 13 Schüler an einer Schule eingeschrieben sind, werden in Hessen keine Lehrer mehr zugewiesen und die Schule geschlossen. Zum Vergleich dazu: Im benachbarten Nordrhein-Westfalen liegt die Mindestschülerzahl zur Aufrechterhaltung einer Grundschule bei 92 und damit bei mehr als siebenmal so vielen Schülern wie in Hessen. Als Folge der massiven Investitionen in Bildung und einer kontinuierlichen Steigerung an Lehrerstellen hat unser Bundesland überdies mit durchschnittlich 19,4 Schülern die im Durchschnitt drittkleinste Grundschulklasse der Republik vorzuweisen. Darüber hinaus wurden jüngst eine Reihe von Maßnahmen auf den Weg gebracht, um auch Leitungsstellen an kleinen Grundschulen wieder attraktiver zu machen. So erhalten Grundschulen mit 80 bis 180 Schülern künftig erstmals eine eigenständige Konrektorenstelle zugewiesen. Als CDU Hessen werden wir uns daher auch weiterhin engagiert an einem nachhaltigen und dauerhaften Erhalt kleiner Grundschulen im ländlichen Raum einsetzen.</p>	<p>auf dem Land sollen wohnortnahe Grundschulen möglichst erhalten werden. Instrumente hierfür sind beispielsweise Verbundschulen oder jahrgangsübergreifender Unterricht.</p>	<p>uns der Grundsatz „kurzer Beine, kurze Wege“. Wohnort-nahe Kitas und Schulen sind für jede Familie eine große Erleichterung – egal, ob in der Stadt oder auf dem Land. Wir setzen uns daher für ein wohnortnahes breit gefächertes Bildungsangebot und den Erhalt kleiner Schulstandorte ein. Wir werden Schulträger bei der Schulentwicklungsplanung unterstützen, damit sie ihre Angebote möglichst nah am Bedarf der Schülerinnen und Schüler und der Eltern ausrichten können. Gerade Schulstandorte im ländlichen Raum, die mit zurückgehenden Einwohnerzahlen zu kämpfen haben, wollen wir durch Verbundschulen und Konzepte der Binnendifferenzierung sichern.“</p>	<p>Schulstandorte zu erhalten und die Wahlfreiheit der Eltern zu gewährleisten. Vor diesem Hintergrund stehen wir auch zu den so genannten Zwergschulen. Auch wird die Konzeption des jahrgangsübergreifenden Unterrichts insbesondere im ländlichen Raum an Bedeutung gewinnen. Wir wollen, dass Schulen die Möglichkeit erhalten, eben diesen anzubieten und dann die dafür notwendigen Stellen zu bekommen. Die fachlichen und didaktischen Grundlagen müssen insbesondere im Lehramtsstudium für das Grundschullehramt vermittelt werden. Für die weiterführenden Bildungsgänge ist weiterhin eine bestimmte Zügigkeit zu gewährleisten, um die Stundentafel abzudecken.</p>	<p>in Schulverbänden zu sichern. Schulen sind wichtiger Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge und tragen zur Lebensqualität im ländlichen Raum bei.</p>
--	--	---	--	--

1.7. Wie werden Sie Städte, Gemeinden und Landkreise unterstützen, die notwendigen Schwimmbäder zu erhalten?

CDU	GRÜNE	SPD	FDP	LINKE
<p>Die Fragen 1.7 und 1.8 werden aufgrund ihres Sachzusammenhanges gemeinsam beantwortet. Mit einem Schwimmbad-Investitions- und Modernisierungsprogramm (SWIM) im Volumen von 50 Millionen Euro hat die CDU-geführte Landesregierung in ihren fortgesetzten Anstrengungen zur Sanierung und Modernisierung der hessischen Schwimmbäder in diesem Jahr eine umfassende Unterstützung der Kommunen beim Betrieb und Erhalt dieser wichtigen Sportstätten auf den Weg gebracht. In den kommenden fünf Jahren werden den Kommunen dabei pro Jahr 10 Millionen Euro für die Sanierung oder auch den Neubau von Bädern zur Verfügung gestellt. Nach dem von 2007 bis 2012 laufenden Hallenbad-Investitionsprogramm, in dessen Verlauf über 100 Hallenbäder saniert werden konnten, kann im Rahmen des neuen Förderprogrammes auch die Förderung zur Modernisierung oder zum Bau von Freibädern beantragt werden. Darüber hinaus werden die hessischen Kommunen durch die milliardenschwere Förderung im Rahmen des Kommunalen Investitionsprogrammes I und der Hessenkasse bei der Modernisierung und Sanierung der kommunalen Infrastruktur durch die Landesregierung in historisch beispiellosen Ausmaßen unterstützt (vgl. hierzu auch Frage 1.9). Über die umfangreiche Unterstützung der für die Vorhaltung der entsprechenden Einrichtungen originär zuständigen Schulträger ist durch die CDU-geführte Landesregierung ferner sichergestellt, dass ausreichend qualifizierte Schwimmlehrer zur Verfügung stehen, regelmäßige Fortbildungen zum Erhalt und zur Erweiterung der Qualifikation angeboten werden und der Schwimmunterricht in den Lehrplänen und Curricula als verbindlicher Bestandteil des Schulsports ausgewiesen bleibt.</p>	<p>Die Fragen 1.7 und 1.8 werden gemeinsam beantwortet. Der Schwimmunterricht ist ein wichtiger Bestandteil der Schulbildung. Damit in Hessen jedes Kind schwimmen lernt und das Schwimmen ein Breitensport bleibt, haben wir das Förderprogramm „SWIM“ mit einem Gesamtvolumen von 50 Millionen Euro aufgelegt. Mit diesem Programm unterstützen wir die Kommunen dabei, ihre Schwimmbäder fit für die Zukunft zu machen. Dafür stehen ab dem Jahr 2019 jährlich 10 Millionen Euro über eine Laufzeit von fünf Jahren zur Verfügung.</p>	<p>„Wir wollen die Umsetzung des Staatsziels Sport fördern. Sport bringt Menschen zusammen und stärkt den Zusammenhalt. Für nahezu jede Sportart benötigen wir in Hessen geeignete Sportanlagen. Wir werden Kommunen und Vereine bei Neubau und Sanierung von Schwimmbädern und Sportanlagen stärker finanziell unterstützen – allein und bei interkommunaler Zusammenarbeit. Kommunen brauchen Landeshilfen um ihre Schwimmbäder auch bei niedrigen Nutzerzahlen zu halten. Das Kommunen mit der Bereitstellung und vor allem dem Betrieb von Sportanlagen allein gelassen. Gerade Hallen- und Freibäder sind teuer im Betrieb und häufig defizitär. Land hat die Unterstützung für Kommunen und Vereine kommen den Schulen zugute, denn viele Schulen sind auf kommunale Sportanlagen und vor allem öffentliche Schwimmbäder angewiesen, damit Sportunterricht überhaupt erteilt werden kann. Wir wollen für eine entsprechende finanzielle Unterstützung sorgen, damit alle Kinder schwimmen lernen.“</p>	<p>Wir Freie Demokraten treten dafür ein, dass sich das Land am Erhalt kommunaler Schwimmbäder finanziell beteiligt, um den Schwimmunterricht zu gewährleisten.</p>	<p>Wir wollen, den Rückgang der Zahl an Schwimmbädern in Hessen beenden. Viele Kinder und Erwachsene haben bereits heute keinen Zugang mehr zu Schwimmbädern, in denen sie schwimmen lernen können. Wir wollen den Breitensport mit seiner positiven sozialen und gesundheitlichen Wirkung stärken. Wir fordern, dass Sport eine kommunale Pflichtaufgabe wird, für die das Land den Kommunen ausreichende Mittel zur Verfügung stellt. Darüber hinaus soll ein Sonderprogramm des Landes, den Betrieb und die Sanierung von Frei- und Hallenbädern mit jährlich mindestens 25 Mio. Euro unterstützen.</p>

1.8. Wie stellen Sie sicher, dass der Schwimmunterricht in allen hessischen Grundschulen und den Sekundarstufen konsequent sichergestellt wird?

CDU	GRÜNE	SPD	FDP	LINKE
				Das geht nur parallel zum Kampf für den Erhalt von Schwimmbädern. Wichtig ist auch, dass sich die Schulträger nicht aus dem Transport zur Sportstätte zurückziehen.

1.9. Wie werden Sie Städte und Gemeinden und Landkreise unterstützen, die teils desolaten baulichen Zustände hessischer Schulen, insbesondere der sanitären Einrichtungen, zu beheben?

CDU	GRÜNE	SPD	FDP	LINKE
In einem beispiellosen Kraftakt hat die CDU-geführte Landesregierung mit einer ganzen Reihe von Förderprogrammen und Landeshilfen in der zurückliegenden Legislaturperiode dafür gesorgt, dass die Kommunen als für den Bau und Unterhalt von Schulgebäuden originär verantwortliche Schulträger vom Land Hessen ein bundesweit unerreichtes Ausmaß an finanzieller Unterstützung erhalten. So haben der im Jahr 2015 mit einem Volumen von 3,2 Milliarden Euro aufgelegte Kommunale Schutzschirm, die Erhöhung der Schlüsselzuweisungen im Rahmen des Kommunalen Finanzausgleichs auf zuletzt 4,4 Milliarden Euro im Jahr 2016 und das rund eine halbe Milliarde Euro schwere Entschuldungsprogramm der Hessenkasse den hessischen Landkreisen, Städten und Gemeinden zu umfangreichen haushälterischen Handlungsspielräume zur Verbesserung ihrer Bildungsinfrastruktur verholfen. Darüber hinaus wurden mit dem Kommunalen Investitionsprogramm I im Volumen von einer Milliarde Euro und dem Programm „KIP macht Schule“ im Volumen von 558 Millionen Euro zwei gewaltige Investitionsprogramme aufgelegt, die zu einem beträchtlichen Teil bzw. ausschließlich in die Modernisierung, Sanierung und den Bau von Schulgebäuden fließen. Das Spektrum der Maßnahmen reicht dabei von der Renovierung von Schultoiletten und Klassenräumen über die Errichtung digitaler	Bau, Ausstattung und Erhalt der Schulgebäude sind Aufgaben der kommunalen Schulträger. Dennoch hat das Land mit den beiden kommunalen Investitionsprogrammen (KIP I und KIP II) erhebliche Mittel bereitgestellt, um die Schulträger auch bei Baumaßnahmen an Schulen zu unterstützen. Wir wollen ein drittes, kommunales Investitionsprogramm (KIP III) auflegen. Der Schwerpunkt des Programmes soll auf der Sanierung von Schulbauten, insbesondere der sanitären Anlagen liegen.	Bisher verweigert die Landesregierung eine Bestandsaufnahme des tatsächlichen Ausbau- und Sanierungsbedarfs der Schulen. Wir werden eine solche Erhebung durchführen und auf dieser Basis ein Investitionsprogramm auflegen. Unabhängig davon benötigen die Schulträger wieder eine dauerhafte und verlässliche Unterstützung beim Schulbau.	Wir Freie Demokraten haben bereits bei den Haushaltsberatungen zum Haushalt 2017 ein Investitionsprogramm von 100 Mio. Euro für die Investitionen in Schulen gefordert. Dies wurde von der schwarzgrünen Koalition abgelehnt. Zwischenzeitlich wurden dann die Mittel des Bundes aus dem Kommunalinvestitionspaket II, die ausschließlich für Schulbauten zur Verfügung stehen, an die Kommunen weitergeleitet. Da wir der Überzeugung sind, dass es eine Frage des Respekts gegenüber den Schülerinnen und Schülern dieses Landes ist und zur weltbesten Bildung auch das bauliche Umfeld dazu gehört, wollen wir diesen Weg fortsetzen und die Schulträger auch weiter bei ihrer wichtigen Aufgabe unterstützen.	Die Linke hat eine mehrfach eine umfangreiche Bedarfsanalyse zu dem tatsächlich vorhandenen Sanierungsbedarf in Hessen beantragt –leider ohne Erfolg. In unseren Haushaltsforderungen findet sich neben dieser Bedarfsanalyse die Aufstockung der Mittel für die Schulgebäudesanierung für das Haushaltsjahr 2017/18 in Höhe von 500 Mio. Euro.

<p>Infrastrukturen und Laborräume bis zur Durchführung von energetischen Sanierungsarbeiten oder die bauliche Anpassung an Ganztagsangebote durch zusätzliche Mensen und Aufenthaltsräume. Als CDU haben wir somit in Regierungsverantwortung unter Beweis gestellt, dass wir trotz der Zuständigkeit der Städte und Gemeinden für die baulichen Zustände der Schulgebäude die Schulträger nicht im Regen stehen lassen und ihnen auch künftig im Sinne der bestmöglichen Bildungsinfrastruktur für die hessischen Schüler unter die Arme greifen werden.</p>				
---	--	--	--	--

1.10. Bis wann werden Sie die Erkenntnisse aus der Enquetekommission des Landtags „Kein Kind zurücklassen“ umsetzen?

CDU	GRÜNE	SPD	FDP	LINKE
<p>Durch die Auswertung und Interpretation empirischer Befunde und theoretischer Expertisen im Bereich der Bildungs- und Erziehungswissenschaften hat die Enquetekommission zur Zukunft der schulischen Bildung in Hessen einen wichtigen Beitrag zu einem vertiefenden Verständnis der zentralen Fragestellungen im Bereich der Bildungspolitik geleistet. In ausführlichen und sachdienlichen Fachvorträgen haben zahlreiche Experten ihre Thesen, Argumenten und Schlussfolgerungen zu insgesamt 15 Themenfeldern aus dem breiten Spektrum der Bildungswissenschaften dargestellt und anschließend mit den Fraktionen und den beteiligten Vertretern der Lehrerverbände kontrovers diskutiert. Als CDU Hessen sehen wir uns dabei in vielen unserer grundsätzlichen Auffassungen bestätigt, so beispielsweise im Hinblick auf eine möglichst praxisorientierte Lehrerbildung, den Erhalt bestehender Schulstrukturen im ländlichen Raum oder die bereits beim Bildungsgipfel konsentierten Maßnahmen zur Stärkung der dualen Ausbildung. Besonders aufschlussreiche Akzente wurden zudem in der Anhörung zur Frage der Ganztagsbeschulung im Juli 2015 gesetzt. Entgegen der von Bertelsmann-Stiftung und SPD kontinuierlich erhobenen Forderung nach Zwangsumwandlung von Schulen in gebundene Ganztagschulen, hat analog zu ähn-</p>	<p>Die Arbeit der Enquetekommission zur Bildungspolitik ist eine wichtige Grundlage für die weitere Verbesserung unseres Schulsystems. Ihre Erkenntnisse haben teilweise schon Eingang in unsere Politik in dieser Wahlperiode gefunden bzw. finden sich in programmatischen Akzenten in unserem Wahlprogramm für die kommende Wahlperiode</p>	<p>Die SPD-Fraktion im Hessischen Landtag wollte die Erkenntnisse aus der Enquetekommission direkt im Anschluss in eine Schulgesetz-Novelle fließen lassen. Die Landesregierung aus CDU und BÜNDNIS 90/Die Grünen hat weder die Zwischen- noch die Endergebnisse einbezogen und bereits nach dem ergebnislos verlaufenen Bildungsgipfel eine umfassenden Gesetzentwurf zur Änderung des Schulgesetzes in den Landtag eingebracht und mit ihrer Mehrheit verabschiedet. Der Abschlussbericht enthält gemeinsame und abweichende Erkenntnisse zur Verbesserung unseres Schulsystems. Wir werden sowohl diese Erkenntnisse wie auch die vielen Forderungen und Hinweise, die aus den Reihen der Mitwirkenden, wie Landes-schülervertretung, Landeselternbeirat,</p>	<p>Wir Freie Demokraten haben uns aktiv an der Enquetekommission beteiligt und entsprechende Handlungsempfehlungen eingebracht. Selbstverständlich sind wir der Überzeugung, dass diese umgesetzt werden müssen und nicht ideologiegeleiteten Debatten zum Opfer fallen dürfen. Vor diesem Hintergrund präferieren wir den schnellstmöglichen Beginn, aber auch in dem Bewusstsein, dass es sich um einen längeren Prozess handeln wird. Die Nennung eines konkreten Enddatums wäre daher spekulativ und eher unredlich.</p>	<p>Die Linke hat sich sehr über das Vorgehen gewundert, die Schulgesetznovellierung vor dem Ende der Enquetekommission vorzunehmen – und wir haben dies auch scharf kritisiert. Denn die Ergebnisse der jahrelangen Arbeit haben bislang KEINEN Einzug in die Hessische Bildungspolitik genommen. Wir fordern die Umsetzung der Ergebnisse statt des Totschweigens der Kommissionsergebnisse. Denn immerhin wurden auch zahlreiche Übereinstimmungen zwischen den Fraktionen festgehalten, die dann ja ohne Probleme umgesetzt</p>

<p>lichen demoskopischen Befunden auch der von der Opposition benannte Sachverständige Ludwig Stecher in einer landesspezifischen Studie hervorgehoben, es gebe in Hessen, bei den Eltern keine Mehrheit für eine flächendeckende verpflichtende Teilnahme der Kinder an der Ganztagschule.' Darüber hinaus zeige die Studie auch, dass wir in Hessen, an den ganztätig arbeitenden Schulen mit Blick auf einen nicht zu stillenden Bedarf tatsächlich keinen großen Überhang haben.' Die Sachverständige Wichmann hat überdies darauf hingewiesen, dass viel zu hohe und falsche Erwartungen an die Ganztagschule gestellt werden, die diese nicht oder nur sehr schwer erfüllen kann. Wenig überraschend konnten in maßgeblichen Grundsatzfragen wie beispielsweise der Schulstruktur oder der Inklusion allerdings keine Übereinstimmungen zwischen den Fraktionen erzielt werden. Vielmehr wurden die gegensätzlichen programmatischen Positionen und Grundsätze von CDU und SPD von den jeweiligen Mitgliedern der Enquete-Kommission argumentativ unterlegt und vertieft. Die demgegenüber im Konsens erzielten Schlussfolgerungen und Handlungsempfehlungen umfassen überwiegend perspektivisch angelegte und durch langfristige Entwicklungsprozesse sukzessive umzusetzende Zielkorridore. So wird beispielsweise die praxisorientierte Lehrerbildung durch das gegenwärtig in einem Modellversuch laufende Praxissemester gestärkt oder die Bildung multiprofessioneller Teams durch die Einstellung von 700 sozialpädagogischen Fachkräften im laufenden Haushaltsjahr gefördert. Die CDU Hessen wird auf dieser Grundlage die Erkenntnisse der Enquete-Kommission kontinuierlich in ihre bildungspolitische Arbeit einfließen lassen.</p>		<p>Gewerkschaften und Lehrerverbände im Rahmen der Enquete und im Anschluss an uns herangetragen wurden, im Fall einer Regierungsübernahme und/oder –beteiligung per Gesetzesänderungen und Verordnungen umsetzen.</p>		<p>werden könnten.</p>
---	--	--	--	------------------------

1.11. Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um die Akzeptanz von Sekundarstufenschulen, wie Hauptschulen, Realschulen, integrierte / kooperative Gesamtschulen und Mittelstufenschulen bei der Anwahl der Eltern zu stärken?

CDU	GRÜNE	SPD	FDP	LINKE
<p>Als CDU Hessen erachten wir in einer erfolgreichen beruflichen Ausbildung auf der Grundlage eines soliden Haupt- oder Realabschlusses das zentrale Fundament für gut ausgebildete Fachkräfte und damit für den Wohlstand in unserem Land. Dass die Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland seit Jahren den niedrigsten Wert aller EU-Staaten aufweist, verdanken wir in erster Linie dem Erfolgsmodell der dualen Ausbildung und der Arbeit der Lehrer an den Schulen mit Bildungsgang Haupt- und Realschule und den beruflichen Schulen. Als CDU sind wir dabei überzeugt: Wenn auch junge Menschen mit stärker praxisorientierten Begabungen durch entsprechende Bildungsgänge in Lohn und Brot gebracht werden und dadurch gleichermaßen ausgezeichnete Zukunftschancen genießen können, sind Chancengerechtigkeit und Chancengleichheit am überzeugendsten und nachhaltigsten verwirklicht. Dieses christdemokratische Verständnis von gerechten Bildungschancen im Sinne einer Sicherung persönlicher Lebensperspektiven und beruflicher Zukunftsaussichten unterscheidet sich dabei grundlegend von der vor allem von SPD und Linkspartei immer wieder geforderten Ergebnisgleichheit. Es gilt daher vor allem Lehren entgegenzutreten, deren Worten zufolge der Weg für Menschen ohne Abitur „nur noch nach unten“ gehe. Eine einseitige Fixierung auf Gymnasialquoten und die Diffamierung von Haupt-, Real- und Berufsschülern als „Absteiger“ wird weder den Verdiensten und dem Engagement der zahlreichen jungen Menschen ohne Abitur, noch deren herausragendem Beitrag zu Wachstum und Wohlstand in Hessen und Deutschland gerecht. Wer das „Abitur für alle“ propagiert und die Schulformen jenseits des Gymnasiums permanent schlechtredet, sorgt eben gerade nicht für Chancengleichheit und Chancengerechtigkeit, sondern handelt gefährlich und</p>	<p>Die Zukunft der von Ihnen aufgeführten Schulformen ist – wie jede andere Schulform – von der Akzeptanz der Eltern abhängt. Die Entwicklung in anderen Bundesländern, aber auch in Hessen zeigt, dass wir uns mehr und mehr auf ein Zwei-Säulen-Schulmodell bestehend aus den Gymnasien als einer Säule und Gesamtschulen (mit der Vorbereitung auf alle Schulabschlüsse an einem Standort) als zweiter Säule zubewegen. Auch wünschen sich viele Eltern eine Vereinfachung des Schulsystems im Anschluss an die Grundschule. Diesen Prozess wollen wir aktiv gestalten. Daher wollen wir in der kommenden Legislaturperiode allen Schulträgern anbieten, ihre vorhandenen verbundenen Haupt- und Realschulen, Mittelstufenschulen und kooperativen Gesamtschulen schrittweise in inte-</p>	<p>„Die Wahlfreiheit der Eltern für den Bildungsgang in erreichbarer Nähe für ihre Kinder garantieren wir. Deshalb geschieht die Aufnahme an eine weiterführende Schule durch die direkte Anmeldung auch wenn wir regieren, weiter durch die Eltern und die Aufnahme durch die Schulleitung. Da sich aber immer mehr Eltern, inzwischen über die Hälfte, ihr Kind auf einem Gymnasium anmelden, kommt es teilweise zu Kapazitätsengpässen an manchen Schulen und Stadtteilen. Um das Elternwahlrecht zu stärken, wollen wir erreichen, dass jede Schule die Schüle-rinnen und Schüler zu einem Abschluss führt, die sie aufgenommen hat. Außerdem streben wir an, Schulformempfehlungen durch aussagekräftigere Abschlusszeugnisse ersetzen, in denen Kompetenzen beschrieben werden, damit für alle Kinder die Schulwahl passende Schule gefunden werden kann. Auch wenn nach der vierten Klasse für die wenigsten Kinder schon der Berufsweg feststeht, wollen wir, dass Eltern eine sinnvolle Entscheidung am Ende der Grundschul-</p>	<p>Dies gelingt nur, wenn bildungspolitische Debatten nicht mehr ideologiegeleitet geführt werden, sondern es darum geht, jede Schule bestmöglich auszustatten, denn individuelle Förderung braucht Verlässlichkeit. Deshalb erkennen wir das Schulsystem in seiner Verschiedenheit und Vielfältigkeit an. Wir vertrauen auf die Kompetenz vor Ort, die die Bedürfnisse des Einzelnen in den Mittelpunkt stellt und das Schulangebot darauf ausrichtet. Schulwahlfreiheit und Schulfvielfalt werden uns auch in Zukunft leiten. Es gibt per se keine besseren oder schlechteren Schulformen oder Bildungsgänge. Deshalb müssen die optimalen Bedingungen geschaffen, Besonderheiten berücksichtigt und Wettbewerbs- bzw. Standortnachteile beseitigt werden. Der Sozialindex soll auch in Zukunft dazu beitragen, dass Schulen, die unter besonders schwierigen sozialen Bedingungen arbeiten, zusätzliche Ressourcen bekommen. Die Her-</p>	<p>Die Linke möchte das mehrgliedrige Schulsystem überwinden. Wir fordern eine Schule für Alle, in der Kinder inklusiv von der ersten bis zur zehnten Klasse gemeinsam unterrichtet werden.</p>

<p>verantwortungslos – nicht nur gegenüber der Gesellschaft, sondern vor allem gegenüber den zahlreichen Menschen ohne Abitur, die vielfach ein erfülltes und erfolgreiches Leben führen und einen herausragenden Beitrag zu Wachstum und Wohlstand in unserem Land leisten. Notwendig ist daher vor allem ein gesamtgesellschaftlicher Mentalitätswandel, der sich im Sinne der Gleichwertigkeit von akademischer und beruflicher Bildung von Studierendenquoten löst und Schülern mit Haupt- und Realschulabschluss die gebührende Wertschätzung zukommen lässt. Darüber hinaus muss selbstverständlich auch durch entsprechende Maßnahmen in der Praxis sichergestellt werden, dass die weiterführenden Schulformen jenseits des Gymnasiums nachhaltig gestärkt werden. Durch eine Vielzahl von Maßnahmen wurden in diesem Sinne durch die CDU-geführte Landesregierung die Durchlässigkeit des Schulsystems und die Anschlussmöglichkeiten stetig weiter ausgebaut und potentielle Stoppschilder in der späteren Bildungsbiographie aus dem Weg geräumt (vgl. hierzu auch Fragen 1.4 und 1.5). Das erfolgreiche Modell der PuSch-Klassen und die Schulform der Mittelstufenschule, die Schülern im Bildungsgang Haupt- und Realschule durch ihre ausgeprägte Praxis- und Berufsorientierung gute Zukunftsperspektiven eröffnen, sollen nach Auffassung der CDU Hessen weiter gestärkt und umfassend ausgebaut werden. Darüber hinaus wollen wir durch eine breit angelegte Elterninformation spätestens zu Beginn der Jahrgangsstufe 4 eine Gewähr dafür bieten, dass auch tatsächlich alle Eltern frühzeitig vor der Wahl des Bildungsganges an der weiterführenden Schule umfassend über die Vorzüge, den Chancenreichtum und die Anschlussmöglichkeiten der praxisorientierten Bildungsgänge aufgeklärt werden.</p>	<p>grierte Gesamtschulen umzuwandeln. Auch hier gilt aber unser Prinzip: keine Zwangsbeglückungen, ermöglichen statt verordnen.</p>	<p>zeit für und mit ihrem Kind treffen. Um das zu erreichen, müssen Eltern frühzeitig über die verschiedenen Ausbildungswege im Anschluss an die jeweilige Schulform informiert sein.</p>	<p>kunft der Schülerinnen und Schüler oder deren Wohnsitz sollen nicht über die Bildungschancen eines Kindes oder Jugendlichen entscheiden. Eltern sollen eine echte Wahl haben und die beste Schule für ihr Kind auswählen können. Wir sind der Überzeugung, dass Schülerinnen und Schüler und deren Eltern sehr gut die Qualität des Schulangebots beurteilen können und sich gemäß ihren Bedürfnissen für den geeigneten Bildungsgang entscheiden werden. Wir sind zudem der Auffassung, dass jede Schulart ihre Berechtigung hat, solange sie über eine sinnvolle Mindestgröße verfügt. Keine Schulform sollte aus ideologischen Gründen abgeschafft werden. Daneben ist die frühzeitige und ausführliche Information der Eltern und Schülerinnen und Schüler unabdingbar.</p>	
--	---	---	--	--

1.12. Wie stehen Sie zur Thematik Bildungsrat?

CDU	GRÜNE	SPD	FDP	LINKE
<p>Im Koalitionsvertrag der Bundesregierung haben sich die beteiligten Parteien darauf verständigt, einen Nationalen Bildungsrat einzurichten, der „auf Grundlage der empirischen Bildungs- und Wissenschaftsforschung Vorschläge für mehr Transparenz, Qualität und Vergleichbarkeit im Bildungswesen vorlegen und dazu beitragen soll, sich über die zukünftigen Ziele und Entwicklungen im Bildungswesen zu verständigen und die Zusammenarbeit der beteiligten politischen Ebenen bei der Gestaltung der Bildungsangebote über die ganze Bildungsbiographie hinweg zu fördern.“ Die im Vertragstext aufgeführten Zielsetzungen eines solchen Gremiums werden auch von der CDU Hessen geteilt. Über die zur Realisierung dieser Absichten erforderlichen Instrumente, insbesondere die Mandatierung und Zusammensetzung eines Bildungsrates, ist zunächst eine sorgfältige Prüfung und Analyse der zahlreichen von verschiedener Seite vorgetragenen Vorschläge und Anregungen erforderlich.</p>	<p>Ob ein Bildungsrat nach dem Vorbild des Wissenschaftsrats kommt und wie dieser dann ausgestaltet wird, ist noch unklar. Richtig ist, dass wir in der Bildungspolitik eine Verbesserung der Bund-Länder-Zusammenarbeit brauchen, gerade bei Fragen, die länderübergreifend relevant sind wie zum Beispiel das Thema Bildungscloud. Wichtig ist, dass Bund und Länder den Dialog auf Augenhöhe führen.</p>	<p>„Ein Nationaler Bildungsrat wurde im Koalitionsvertrag der Großen Koalition als wichtiges neues Gremium festgeschrieben, das auf der Grundlage der empirischen Bildungs- und Wissenschaftsforschung Vorschläge für mehr Transparenz, Qualität und Vergleichbarkeit im Bildungswesen vorlegen soll. Das befürworten wir. Eine bessere Vergleichbarkeit beispielsweise der Schulabschlüsse hat auch das Bundesverfassungsgericht angemahnt. Für uns wäre es wichtig, dass die Arbeitsergebnisse eines Bildungsrates praktische Konsequenzen nach sich ziehen und nicht ungehört und unbearbeitet in Schubladen verschwinden.“</p>	<p>Wir haben diesbezüglich keine abgeschlossene Haltung, jedoch sind wir der Überzeugung, dass Gremien mit konkreten Aufgaben und Kompetenzen betraut werden sollten und es keiner neuen Schaulensterdebatten wie z.B. des gescheiterten Bildungsgipfels bedarf, wenn man es mit der Bildungspolitik ernstmeint und die Problem angehen will. Einer diesbezüglichen Auseinandersetzung werden wir uns aber nicht verschließen.</p>	<p>Die Linke sieht einen nationalen Bildungsrat insofern positiv, als damit die Zusammenarbeit von Bund und Ländern in der Bildung verbessert werden könnte. Es muss um eine bessere Vergleichbarkeit beispielsweise der Schulabschlüsse gehen, was auch das Bundesverfassungsgericht angemahnt hat und um dringend nötige Investitionen die Bildungsinfrastruktur. Der Bund soll die Länder besser unterstützen und das Kooperationsverbot soll fallen.</p>

Bildung und frühkindliche Bildung sind derzeit ministeriell unterschiedlichen Zuständigkeiten unterworfen.

1.13. Wie steht Ihre Partei zu einem gemeinsamen Bildungsministerium?

CDU	GRÜNE	SPD	FDP	LINKE
Die Zusammensetzung der Ministerien hat sich nach fachlich-inhaltlichen und organisatorisch-administrativen Gesichtspunkten zu richten. Es ist dabei Aufgabe der an Koalitionsvereinbarungen beteiligten Parteien, in Abwägung der jeweiligen Schnittstellen die Zuteilung der Fachbereiche und Abteilungen zu den jeweiligen Ressorts vorzunehmen und dadurch zielführende Zuständigkeiten zu schaffen. Der Zuschnitt der Ministerien ist somit in der politischen Praxis einer permanenten Überprüfung und Anpassung unterzogen, die eine sinnvolle und konsistente Inhalts- und Organisationsstruktur sicherstellt. Unter Abwägung der vorgenannten Gesichtspunkte wird auch im Falle von Koalitionsverhandlungen nach der Landtagswahl 2018 über die Bildung und den Zuschnitt der Ministerien zu beraten sein.	Wir sehen die Kindertagesstätte und den Kindergarten nicht unbedingt als Vorstufe zur Grundschule, sondern als eigenständige, pädagogische Institution. Wir lehnen es ab, die Kinderbetreuung zu stark zu verschulen, wenngleich wir eine bessere Kooperation zwischen Grundschulen und Kindergärten anstreben. Nicht allein die ministeriellen Zuständigkeiten sind hier relevant, sondern die gute Arbeit in den einzelnen Abteilungen.	Bildung und frühkindliche Bildung sind derzeit ministeriell unterschiedlichen Zuständigkeiten unterworfen. Daran werden wir voraussichtlich festhalten, sind aber gesprächsbereit.	Die inhaltliche Abstimmung gerade in diesen Bildungsbereichen ist zwingend erforderlich und muss auch nach Auffassung der Freien Demokraten verbessert werden. Inwieweit eine Veränderung der ministeriellen Zuständigkeit sinnvoll sein könnte, ist bei all den inhaltlichen Herausforderungen in beiden Bereichen nicht prioritär zu diskutieren.	Wir halten das nicht für abwegig, haben aber bislang noch keine Beschlusslage zu diesem Vorschlag.

1.14. Befürworten Sie eine verpflichtende, flächendeckende Einführung von Schulspinden für Schülerinnen und Schüler?

CDU	GRÜNE	SPD	FDP	LINKE
Die Möglichkeit zur Einrichtung von Schulspinden ist im Sinne schulischer Selbstverwaltung der Organisationshoheit der Schule vorbehalten. Dies entspricht der Überzeugung, dass der an den unterschiedlichen Schulstandorten stark variierende Bedarf an einer solchen Ausstattung dezentral vor Ort festzustellen ist. Eine schulrechtliche Vorgabe der Landesregierung wird seitens der CDU Hessen als entbehrlich erachtet.	Um Schülerinnen und Schüler beim Transport der vielen Schulbücher zu entlasten, sind Schulspinde eine gute Möglichkeit, um nicht benötigtes Schulmaterial zu verstauen. Die Schulgemeinden vor Ort kennen die Bedürfnisse von Eltern sowie Schüler*innen am besten, daher wollen wir ihnen auch die Entscheidung über die Einführung von Schulspinden überlassen	„Schulspinde sind ein sinnvolle Sache, die es Kindern und Jugendlichen erleichtern, nicht benötigte Schulsachen, insbesondere Bücher, in der Schule zu lagern. Zuständig für die Ausstattung der Schulen sind die Schulträger. Gerade für die klammen hessischen Kommunen wäre eine Verpflichtung zur Einführung von kostenlosen Spinden eine erhebliche Belastung.“ Deshalb befürworten wir es als freiwilliges Angebot dort, wo Eltern sowie Schülerinnen und Schüler sich dies wünschen.	Für uns steht die Realisierung unserer Kernforderungen in der Bildung im Vordergrund.	Da wir den flächendeckenden Ausbau echter Ganztagschulen fordern, sind Aufbewahrungsmöglichkeiten natürlich notwendig. Denn die Schülerinnen und Schüler brauchen ihre Materialien nicht mit nach Hause zu nehmen, da es Hausaufgaben in der Schule in Form von beispielsweise Freiarbeit ersetzt werden. Zudem soll der Schulalltag rhythmisiert und mit beispielsweise Sport- und Kulturangeboten angereichert sein. Auch die dafür benötigten Materialien müssen in der Schule verstaut werden können.

2. Schulorganisation

Schule bedarf zur Erfüllung der ihr gestellten Aufgaben multiprofessioneller Teams, die neben Lehrkräften auch Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen, Schulpsychologische Fachkräfte, Schulsekretärinnen und Schulsekretäre, Verwaltungsassistentenkräften und IT-Fachkräfte umfassen müssten.

2.1. Wie möchten Sie sicherstellen, dass solche Teams gebildet werden und funktionieren können?

CDU	GRÜNE	SPD	FDP	LINKE
<p>Wenngleich insbesondere die Eltern schulpflichtiger Kinder auch in Zukunft nicht aus ihrer erzieherischen Verantwortung entlassen werden dürfen, sind vor dem Hintergrund vielfältiger gesellschaftlicher Entwicklungen entsprechende Angebote zur Unterstützung der in einem stetigen Wandel begriffenen pädagogischen und erzieherischen Aufgaben der Lehrkräfte an den Schulen in zunehmendem Maße unerlässlich. Mit einer Investitions-offensive im Volumen von über 50 Millionen Euro hat die CDU-geführte Landesregierung in diesem Jahr dafür gesorgt, dass insgesamt 700 Stellen für sozialpädagogische Fachkräfte an den Schulen zur Entlastung der Lehrkräfte von erzieherischen Aufgaben geschaffen worden sind. Seit dem 1. Februar wurden in einer ersten Tranche 400 Stellen für die von den Herausforderungen der Sprachförderung von Ausländern oder der Kompensation erzieherischer Defizite besonders betroffenen Grundschulen zur Verfügung gestellt; in einer zweiten Tranche profitieren mit Beginn des laufenden Schuljahres auch die weiterführenden Schulen mit 300 Stellen von dieser Maßnahme.</p> <p>Unter Regierungsverantwortung der CDU hat zudem die Zahl der Schulpsychologen aufgrund kontinuierlich steigender Stellen im Haushalt einen neuen Rekordwert in Hessen erreicht. Im Zuge der Flüchtlingskrise wurde dabei auch kurzfristig auf die geänderte Be-</p>	<p>Schulen, die aufgrund des sozialen Hintergrunds ihrer Schüler*innen oder durch Inklusion und Integration besonders gefordert sind, sollen neben Lehrkräften ein festes und verlässliches Kontingent von Förderschullehrkräften und Sozialpädagog*innen bekommen. Auch können wir uns – je nach konkreter Situation – die stärkere Einbeziehung von Erzieher*innen, Sprachheillehrkräften und Therapeut*innen vorstellen. Alle diese Maßnahmen führen dazu, dass an Schulen zunehmend multiprofessionelle Teams entstehen, die gemeinsam miteinander arbeiten und sich absprechen, damit Lehrer*innen sich stärker auf das Kerngeschäft des Unterrichtens konzentrieren können.</p>	<p>„Zur Realisierung von Bildungsgerechtigkeit in Hessen sehen wir neben dem Ausbau von Ganztagschulen (Punkt 11) und der Verankerung der Schulsozialarbeit in der Fläche den Ausbau der individuellen Förderung als notwendig an. Eine Voraussetzung für das Gelingen individueller Förderung ist die Bereitstellung multiprofessioneller Kompetenz in allen hessischen Schulen.</p> <p>Zur Unterstützung von Kindern und Jugendliche in ihrer Persönlichkeitsentwicklung, zur Entlastung und Unterstützung von Lehrkräften von nicht unterrichtsbezogenen Tätigkeiten brauchen wir an allen Schulen multiprofessionelle Teams aus pädagogisch-therapeutischem Personal und außerschulischen Partnern, Schulsozialarbeit und Schulpsychologen in regionaler Verantwortung. Um dies zu realisieren, wollen wir etwa den Ausbau der Schulsozialarbeit mit einer neuen Förderpauschale unterstützen.</p> <p>Damit diese Teams gebildet und die Schulen damit ausgestattet werden können, müssen die Aus-, Fort- und Weiterbil-</p>	<p>Wir teilen die Notwendigkeit, dass zukünftig verstärkt multiprofessionelle Teams an unseren Schulen arbeiten müssen, um die Aufgaben meistern zu können. Selbstverständlich müssen auch aufgrund der derzeitigen Zuständigkeiten die Schulträger einbezogen werden, jedoch muss auch das Land seiner Verantwortung gerecht werden und Maßnahmen der Kooperation entwickeln und die Netzwerkbildung unterstützen.</p> <p>Der Fachkräftemangel ist gerade auch mit Blick auf die notwendigen Berufsbilder ein großes Problem und kann nur durch attraktive Arbeitsbedingungen sowie gezielte Ansprache und Information angegangen werden</p>	<p>Die Notwendigkeit solcher multiprofessionellen Teams war eines der Ergebnisse der Enquete-kommission, in dem partei- und fraktionsübergreifende Einigkeit vorhanden war. Warum nun keine Rede mehr von der Umsetzung ist, können wir nicht nachvollziehen.</p> <p>Die Linke fordert seit Jahren in ihrem Haushalt entsprechende Stellen. Die Lehrkräfteausbildung muss schon darauf angelegt sein, in multiprofessionellen Teams zu arbeiten, Fort- und Weiterbildungen müssen angeboten und genutzt werden. Aber natürlich muss auch das Kultusministerium ein Konzept entwickeln, was multiprofessionelle Teams leisten</p>

<p>darfslage reagiert und durch eine Nachsteuerung die Zahl der Schulpsychologen an die neuen Herausforderungen angepasst. Im Haushaltsjahr 2018 konnten im Rahmen eines Maßnahmenpaketes für die Grundschulen zudem acht zusätzliche Stellen für die Schulpsychologie ausgewiesen werden, so dass sich die Gesamtstellenzahl nunmehr auf 114 beläuft. Im Vergleich dazu waren im Jahr 2007 – trotz rund 70.000 Schülern mehr – erst 79 Schulpsychologen im Dienst. Als CDU werden wir daher auch weiterhin ein am Bedarf orientiertes Stellenkontingent für Schulpsychologen und sozialpädagogische Fachkräfte sicherstellen und im Falle geänderten Rahmenbedingungen darauf auch künftig haushaltstechnisch reagieren. Zur wirkungsvollen und effizienten Unterstützung der pädagogischen Aufgaben der Schulen soll zudem die fach- und berufsgruppenübergreifende Zusammenarbeit der Schulaufsicht, der Schulpsychologie und der Fachberater verstärkt werden.</p>		<p>dungskapazitäten erhöht und die personellen Ressourcen bedarfs-orientiert zur Verfügung gestellt werden. Den schulpsychologischen Dienst werden wir ausbauen und Wartezeiten reduzieren.</p> <p>Damit diese Teams funktionieren können, regen wir die Einführung Runder Tische oder Gesprächskreise unter Einbeziehung der Eltern, der Schulpsychologie und Schulsozialarbeit sowie weiterer relevanter Stellen mit den Schulträgern an und den Staatlichen Schulämtern.“</p>		<p>können.</p>
--	--	--	--	----------------

2.2. Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um die fehlenden Fachkräfte im Bereich Lehramt, Schulpsychologie und in sozialpädagogischen Berufen zu beheben?

CDU	GRÜNE	SPD	FDP	LINKE
<p>Die Fragen werden aufgrund ihres Sachzusammenhanges gemeinsam beantwortet. Nach den drastischen Kürzungen unter der letzten rot-grünen Landesregierung hat die CDU seit Übernahme der Regierungsverantwortung im Jahr 1999 nicht nur 10.000 zusätzliche Lehrerstellen geschaffen, sondern auch</p>	<p>Die Fragen 2.2, 2.3 und 2.4 werden gemeinsam beantwortet.</p> <p>Der Arbeitsmarkt für Lehrerinnen und Lehrer wird auch in den kommenden Jahren angespannt bleiben. Denn die Lehrkräfte, die uns heute fehlen, hätten spätestens vor</p>	<p>„Wir wollen den Einsatz von multiprofessionellen Teams in Kitas und Schulen ausbauen. Als Voraussetzung muss sowohl die Anzahl der Ausbildungsplätze für Erzieherinnen und Erzieher als auch</p>		<p>Vor allem muss die Attraktivität dieser Berufe durch wesentlich bessere Arbeits- und Rahmenbedingungen gestärkt werden.</p>

<p>die Zahl der Lehrer im Vorbereitungsdienst an allen Schulformen erhöht und auf einem hohem und bedarfsgerechten Niveau stabilisiert. So wurde die Zahl der Referendarstellen an allen Schulformen von 3.335 auf 4.800 erhöht; rund 2.000 Stellen stehen dabei trotz der aktuellen Herausforderungen im Grundschulbereich auch weiterhin unvermindert für die Gymnasien zur Verfügung. Noch im Jahr 2011 war ein Vorhaben der FDP-Kultusministerin Henzler zur Einsparung von Referendarstellen aufgrund des energischen Widerstandes aus den Reihen der CDU-Fraktion verhindert worden. Aufgrund der seit 1999 herbeigeführten Stellen- und Referendarzuwächse hat Hessen heute eines der im Durchschnitt jüngsten Lehrerkollegien aller Länder vorzuweisen. Auch der bundesweite Engpass an verfügbaren Lehrerstellen als Folge der nicht vorhersehbaren Flüchtlingszahlen konnte in Hessen deutlich besser überbrückt werden als in den meisten Nachbarländern. Von rund 53.000 Lehrerstellen, die allesamt voll ausfinanziert sind, konnten zum Schuljahresbeginn 2017/18 lediglich rund 50 nicht besetzt werden – das entspricht weniger als einem Tausendstel oder 0,001 Prozent bei einer Gesamtversorgung von 105 Prozent im Landesdurchschnitt. Auch an den hessischen Gymnasien konnten dank massiver Investitionen in den Bildungsetat trotz der freien Studien- und Berufswahl und dem Wettbewerb mit dem freien Arbeitsmarkt nahezu alle Lehrerstellen auf der Grundlage der 105-prozentigen Unterrichtsversorgung besetzt werden – eine solche Personalausstattung wurde bislang in keinem anderen Bundesland erreicht.</p> <p>Ungeachtet dieser soliden Ausgangslage wird die CDU Hessen jedoch auch künftig verlässlich darauf achten, dass im Falle steigender Schülerzahlen und neuer Bedarfslagen die Ausbildungskapazitäten angepasst werden. Das Land Hessen muss darüber hinaus weiterhin ein moderner, interessanter Arbeitgeber</p>	<p>fünf bis sechs Jahren ihre Ausbildung beginnen müssen. Alle Maßnahmen, die wir ergreifen, um diesen Fehler der Vergangenheit zu korrigieren, wirken entweder erst langfristig oder sind Übergangslösungen. Dennoch werden wir weiter die Studienkapazitäten an den Hochschulen anpassen sowie den Quereinstieg in den Lehrberuf fördern und mit entsprechenden Qualifizierungsangeboten begleiten. Um die Schulen im Umgang mit den gestiegenen Herausforderungen auch schulpsychologisch besser zu unterstützen, haben wir bereits 2017 das Kompetenzzentrum Schulpsychologie eingerichtet und im Doppelhaushalt 2018/19 24 zusätzliche Stellen für Schulberatung und Schulpsychologie geschaffen. Wir GRÜNEN wollen Schulen, in denen Schulpsychologinnen und –psychologen, sozialpädagogische Fachkräfte, Lehrerinnen und Lehrer gemeinsam arbeiten, um mit ihren spezifischen Kompetenzen die bestmögliche Förderung der Schülerinnen und Schüler zu erreichen. Diesen Weg wollen wir im Dialog mit den an Schule Beteiligten weitergehen.</p>	<p>die Zahl der Studienplätze im Bereich Lehramt massiv erhöht werden. Erzieherinnen und Erzieher müssen außerdem angemessen entlohnt werden.</p> <p>Die Zahl der Schulpsychologen, die den Staatlichen Schulämtern tätig sind, reicht bei weitem ist nicht aus. Der Bundesverband Deutscher Schulpsychologinnen und Psychologen geht davon aus, dass der minimale Standard der Relation bei 1:5.000 liegen sollte. Laut Kultusministerium sind in Hessen Schulpsychologinnen und Schulpsychologen für durchschnittlich ca. 20 Schulen und ca. 8.000 bis 8.500 Schülerinnen und Schüler zuständig.“</p>	<p>Für die Grundschullehrkräfte fordern wir beispielsweise die Besoldungserhöhung auf A13. Zudem müssen die ausufernden Zusatzaufgaben reduziert werden – aber auch die Verwaltungs- und Dokumentationsaufgaben. Die Schulsozialarbeit muss in den Klassen stattfinden, es reicht nicht, 700 Stellen zu schaffen. Das bedeutet nämlich, dass eine Sozialarbeiterin oder ein Sozialarbeiter für mehr als zwei Schulen zuständig ist. Noch schlechter ist die Betreuungsrelation in der Schulpsychologie. Hier muss bedarfsgerecht geplant werden.</p>
---	---	---	--

<p>bleiben. Die Attraktivität des öffentlichen Dienstes hat für die CDU Hessen traditionell eine hohe Priorität. In den zurückliegenden Jahren haben wir dies mit einer Vielzahl von Maßnahmen unter Beweis gestellt: Genannt seien dabei unter anderem eine spürbare Besoldungserhöhung um 2 Prozent zum 1. Juli 2017 und 2,2 Prozent zum 1. Februar 2018, die Reduzierung der Wochenarbeitszeit um eine Stunde und die flexible Nutzung des Lebensarbeitszeitkontos. Darüber hinaus haben alle Beamten und Angestellten des Landes Hessen mit Beginn des Jahres ein Landesticket erhalten, mit dem sie den öffentlichen Personennah- und Regionalverkehr kostenlos nutzen können. Benachbarte Bundesländer haben bei einer Gesamtbetrachtung geringere Besoldungsanpassungen vorgenommen, Sonderzahlungen erheblich reduziert bzw. ganz abgeschafft oder gewähren bei neu eingestellten Beamten über längere Zeit nur ein abgesenktes Grundgehalt. Auch Lehrerverbände im benachbarten Rheinland-Pfalz haben erst kürzlich die Abwanderung von Lehrkräften nach Hessen beklagt, da diese dort deutlich besser bezahlt werden. Die Besoldung in Hessen ist somit bereits heute im Wettbewerb mit anderen Ländern um die besten Köpfe konkurrenzfähig. Gleichwohl werden wir in den kommenden Haushaltsaufstellungsverfahren unter Beachtung einer generationengerechten Haushaltspolitik auch weiterhin spürbare Verbesserungen für die Beamten angehen und durch entsprechende Anpassungen eine faire und angemessene Besoldung sicherstellen. Die Alimentation der Beamten umfasst jedoch mehr, als die finanzielle Abgeltung der reinen Arbeitszeit. Sie bildet vielmehr den Gesamtkomplex des besonderen, lebenslangen Dienst- und Treueverhältnisses zum Dienstherrn ab. Insofern unterliegt die Alimentierung der Beamten nach höchstrichterlicher Rechtsprechung auch anderen Maßstäben als die Diätenentwicklung</p>				
---	--	--	--	--

<p>im Land- und Bundestag und ist deshalb nicht ohne Weiteres übertragbar. In diesem Zusammenhang ist beispielsweise auch darauf hinzuweisen, dass sich die Diäten der Landtagsabgeordneten erst mit einem Zeitverzug der Einkommensentwicklung anpassen.</p> <p>Über die o.a. Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität des öffentlichen Dienstes hinaus, heben sich durch die Auswirkungen der seit 1999 unter CDU-Verantwortung in unverminderter Intensität anhaltenden Investitions offensive in Bildung jedoch auch die konkreten Unterrichts- und Arbeitsbedingungen für Lehrkräfte in Hessen positiv von der Situation in anderen Bundesländern ab. So wurden die Bildungsausgaben in Hessen seit 1999 in jedem Jahr kontinuierlich erhöht: Ausweislich des Bildungsfinanzberichtes aus dem Jahr 2017 liegen sie mit 1.495 Euro pro Kopf in keinem anderen Flächenland höher als in Hessen. Durch die daraus resultierende 105-prozentige Lehrerversorgung und die Schaffung von rund 10.000 zusätzlichen Lehrerstellen seit 1999 wurden in Hessen deutlich kleinere Klassen, mehr Entlastungsmöglichkeiten für Lehrkräfte und bessere pädagogische Rahmenbedingungen ermöglicht. Insbesondere die 105-prozentige Lehrerversorgung konnte bislang noch in keinem anderen Bundesland erreicht werden</p>				
--	--	--	--	--

2.3. Bis wann werden Maßnahmen Ihrer Meinung nach umgesetzt sein, um tatsächliche Personen auf dem Markt verfügbar zu haben?

CDU	GRÜNE	SDP	FDP	LINKE
		<p>„Die Attraktivität des Lehrerberufs hat in der Vergangenheit stark nachgelassen, was sich im aktuellen Mangel niederschlägt. Es gibt eine Reihe von Maßnahmen, um die Attraktivität zu steigern. Durch bessere Arbeitsbedingungen und eine angemessene Entlohnung wollen wir für Lehrkräfte, die bisher in Teilzeit arbeiten, Anreize schaffen, ihre Arbeitszeit zu erhöhen, um dem Lehrermangel mit qualifizierten Kräften zeitnah begegnen.</p> <p>Zudem muss aus unserer Sicht die Lehrerausbildung dringend reformiert und die Lehrkräfte-fortbildung gestärkt werden. Die Versäumnisse der CDU-geführten Landesregierungen lassen sich nicht ad-hoc beheben, weil aufgrund der Ausbildungszeiten examinierte SozialpädagogInnen und Lehrkräfte erst in fünf bis sechs Jahren zur Verfügung stehen. Das Studium für Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen beträgt vier bis sechs Jahre (acht Semester Bachelor, plus vier Semester Master). Das Grundschullehramtsstudium dauert derzeit mindestens sechs Semester zuzüglich eines Prüfungssemesters. Im Anschluss an das Studium absolvieren die künftigen Lehrkräfte ein „Referendariat“ von 21 Monaten.</p> <p>Darüber hinaus werden wir weiter auf Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger angewiesen sein, allerdings nur verbunden mit Qualifizierungen dieser Personen. Einen strukturellen und dauerhaften Einbezug von Laien als Lehrkräfte, ohne diese zu qualifizieren und ihnen damit auch Perspektiven zu bieten, lehnen wir ab.</p>		Um Personen zu gewinnen, müssen die Rahmenbedingungen sofort verbessert werden. Langfristig sind die Ausbildungskapazitäten weiter zu erhöhen.

2.4. Wie weit binden Sie die Schulträger in Ihre Überlegungen mit ein?

CDU	GRÜNE	SPD	FDP	LINKE
Gemäß § 137 des Hessischen Schulgesetzes wirken das Land und die Schulträger „bei der Planung, Errichtung, Organisationsänderung, Aufhebung und Unterhaltung der öffentlichen Schulen [...] nach den Vorschriften dieses Gesetzes und dem Grundsatz gegenseitiger Unterstützung und Rücksichtnahme zusammen.“ Diesem in der Praxis bewährten Auftrag fühlen wir uns als CDU Hessen verpflichtet und werden daher auch weiterhin in partnerschaftlicher Kooperation mit den		„Entscheidungen über die Köpfe der Beteiligten hinweg, sind unserer Überzeugung nach völlig fehl am Platz in der Schulpolitik und nicht unser politischer Stil. Die notwendigen Veränderungen an unseren Schulen wollen wir schrittweise und im ständigen Dialog mit Eltern, Lehrerschaft, Schulleitungen, Sozialpädagoginnen und		Der Austausch mit den Schulträgern ist unverzichtbarer Bestandteil der bildungspolitischen Planung.

<p>Kommunen an der Fortentwicklung und Optimierung des hessischen Schulsystems arbeiten. In diesem Zusammenhang ist auch darauf zu verweisen, dass die CDU-geführte Landesregierung neben der umfangreichen Förderung der Kommunen beim Unterhalt von Schulgebäuden (vgl. hierzu auch Frage 1.9) die Schulträger auch in ihrer originären Zuständigkeit für die Jugendhilfe entlastet hat. So leistet das Land Hessen durch die Übernahme der Kosten für die 700 Stellen für sozialpädagogische Fachkräfte an den Schulen (vgl. hier auch Frage 2.1) einen maßgeblichen Beitrag zur Bewältigung der sozialpädagogischen Aufgaben und Herausforderungen an den Schulen.</p>		<p>–pädagogen an Schulen und Schülervertretungen sowie selbstverständlich auch mit den Schulträgern umsetzen.“</p>		
--	--	--	--	--

2.5. Wie beurteilen Sie die derzeitigen Klassengrößen?

CDU	GRÜNE	SPD	FDP	LINKE
<p>Die rechtlichen Vorgaben zu Mindest- und Höchstzahlen für Schulklassen in Hessen ergeben sich aus der Verordnung über die Festlegung der Anzahl und der Größe der Klassen, Gruppen und Kurse in allen Schulformen vom 23. Mai 2017. Seit Übernahme der Regierungsverantwortung im Jahr 1999 hat die CDU-geführte Landesregierung dabei umfangreiche Anstrengungen unternommen, um die faktischen Klassengrößen in Hessen kontinuierlich zu senken und dadurch bestmögliche Unterrichtsbedingungen zu gewährleisten. So wurden beispielsweise 880 neue Stellen zur Abschaffung der unter der rot-grünen Landesregierung eingeführten Sternchenregelung geschaffen, wonach die Höchstzahl der Schüler einer Klasse um bis zu drei Schüler überschritten werden durfte. Als Folge der massiven Investitionen in Bildung und einer kontinuierlichen Steigerung an Lehrerstellen hat unser Bundesland überdies mit durchschnittlich 19,4 Schülern die im Durchschnitt drittkleinste Grundschulklasse der Republik vorzuweisen. Der Ausbau der Lehrerstellen um mehr als 10.000 Stellen von 43.804 im Jahre 1998 auf 54.071 im Jahre</p>	<p>Bereits vor einigen Jahren wurden durch den Wegfall der so genannten Sternchenregelung die Klassengrößen gesenkt. Durch das neue Schulgesetz haben die integrierten Gesamtschulen die Möglichkeit erhalten, ihren Unterricht komplett binnendifferenziert zu gestalten. Wenn die Schulen hiervon Gebrauch machen, sinkt die Klassengröße auf maximal 25 Schülerinnen und Schüler.</p> <p>Aus Sicht der GRÜNEN ist eine Absenkung der maximalen Klassengröße eine, aber nicht die einzige Veränderung, die das Bildungssystem verbessern würde. In der Abwägung mit anderen Verbesserungen halten wir bspw.</p>	<p>„Die Unterrichts- und Schulorganisation müssen die individuellen Bedürfnisse der Schülerin-nen und Schüler in den Mittelpunkt stellen. D.h. die Zusammensetzung der Klasse spielt eine größere Rolle als die Klassengröße. Um individuell auf das einzelne Kind eingehen zu können, müssen auch die Rahmenbedingungen stimmen. Aus unserer Sicht werden entsprechende Fortbildungen für Lehrkräfte, eine gute Zusammenarbeit mit den Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen der Schule, aber auch Veränderungen bei den Klassengrößen notwendig sein. Durch die angesprochene Ausweitung des Sozialindex wollen wir Schulen stärker in die Lage versetzen selbst hierüber zu</p>		<p>Die Klassengrößen variieren stark an den einzelnen Schulstandorten. Während ländliche gelegene Schulen oftmals um ihren Erhalt kämpfen, sind in den Ballungsräumen weder ausreichend Gebäude noch Klassenräume vorhanden. Immer mehr Schulen berichten zudem, dass ihre Klassengrößen über 30 Kinder und Jugendliche betragen, was laut Verordnung nicht zulässig, aber aufgrund von Platz- und Lehrkräftemangel nicht anders handzuhaben ist.</p> <p>Die individuelle Förderung von Kindern und Jugendlichen ist nur in Kleingruppen und mit ausreichendem Personal möglich. Daher fordert Die Linke eine Reduzierung der Klassengrößen.</p>

<p>2018 bei einem gleichzeitigen Schülerrückgang von rund 80.000 Schülern hat zu einer signifikanten Verbesserung der Lehrer-Schüler-Relation von 1:19 auf 1:14 geführt. Als CDU Hessen sehen wir uns dieser Politik einer stetigen Erhöhung der Investitionen in Bildung im Sinne kleiner Klassen und guter Unterrichtsbedingungen verpflichtet und werden auch weiterhin im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten an deren fortwährender Optimierung arbeiten.</p>	<p>die Verbesserung der Lehrerausweisung, weitere Sozialpädagogen*innen, den Ausbau von Ganztagschulen und die Umsetzung der inklusiven Schulbündnisse für prioritär gegenüber einer generellen Absenkung der Klassenhöchstgrenzen.</p>	entscheiden.“		
--	---	---------------	--	--

3. Qualität des Unterrichts

Mit der Reform des Schulgesetzes zum Schuljahr 2017/18 wurde die Schulinspektion abgeschafft. Die Verantwortung für den Unterricht, dessen Fortentwicklung und Evaluation liegt bei den Schulen, während die Aufsichtsbehörden beratend und unterstützend tätig werden. Inhaltlicher Bezugspunkt ist der Hessische Referenzrahmen Schulqualität.

3.1. Halten Sie dieses System für ausreichend?

CDU	GRÜNE	SPD	FDP	LINKE
<p>Die Fragen 3.1 und 3.2 werden zusammen beantwortet. Durch die bundesweit unerreichte Ressourcenzuweisung an die hessischen Schulen und die sich daraus ergebenden Spielräume für kleine Klassen, individuelle Förderung und schulspezifische Profilbildung haben die Unterrichtsbedingungen in Hessen in den zurückliegenden Jahren eine nachhaltige Verbesserung erfahren. Die Investitionen schlagen sich auch in messbaren Erfolgen nieder, so beispielsweise im Rückgang der Schüler ohne Schulabschluss von 8,6 Prozent im Schuljahr 2004/05 auf 4,2 Prozent im Schuljahr 2015/16 oder in der gemäß IQB-Bildungstrend 2016 signifikanten Verbesserung der Lesekompetenz hessischer Schüler. Qualitätssicherung und -entwicklung bilden dabei gleichwohl kontinuierliche Aufgabenfelder für alle Schulformen, um angesichts permanent im Wandel begriffener Herausforderungen den schulischen Bildungs- und Erzie-</p>	<p>Die Fragen 3.1 und 3.2 werden gemeinsam beantwortet. Wir wollen der Idee der „Selbstständigen Schule“ neues Leben und neuen Schwung verleihen. Ständen bisher zu sehr budget- und verwaltungstechnische Fragen im Vordergrund, wollen wir den Fokus stärker auf die pädagogische Freiheit und die weitere Verbesserung der Qualität lenken. Mit den Bildungsstandards, dem Hessischen Referenzrahmen Schulqualität und den Anforderungen der zentralen Ab-</p>	<p>3.1 bis 3.2 „Schulinspektionen machen schulische Bildung nicht unbedingt besser und kosten Zeit. Zeit, die Lehrkräften und Schulleitungen für Unterricht fehlt. Aus unserer Sicht sollte die Überprüfung des Lernerfolgs allein dem Ziel einer optimalen Förderung des einzelnen Schülers/der einzelnen Schülerin dienen. Wir haben daher die Abschaffung der Schulinspektionen begrüßt. Es bringt mehr,</p>	<p>Lehrkräfte müssen durch besondere passgenaue Qualifizierungsmaßnahmen dazu befähigt werden, den gewachsenen Anforderungen im Berufsalltag nachzukommen und vor allem auch sich fachlich, pädagogisch und didaktisch weiterqualifizieren können. Die Anzahl der Schulberater und Fortbildner muss dem Bedarf angepasst</p>	<p>Schulinspektionen können sinnvoll sein, denn ein Blick von außen wirkt Betriebsblindheit entgegen. Doch wichtig ist, dass es keine Kontrollen mit zusätzlichen Arbeitsauflagen sind, die zu noch mehr Stress führen, sondern dass es Hilfen und Unterstützung für die Schulentwicklung gibt. Das ist</p>

<p>hungerauftrag verantwortungsvoll und zielgerichtet zu erfüllen. Unter Einbeziehung schulpraktischer Erfahrungswerte, wissenschaftlicher Konzepte und empirischer Befunde können geeignete Steuerungs- und Evaluationsinstrumente dabei zu einer Professionalisierung von Schule mit dem Ziel beitragen, die Unterrichtsqualität zu steigern, die schulischen Rahmenbedingungen zu optimieren und in der Konsequenz die Leistungspotentiale und Bildungschancen von Schülerinnen und Schülern zu vergrößern. Die Abschaffung der nach Auffassung von Betroffenen zu wenig am tatsächlichen Bedarf orientierten Schulinspektion in der bisherigen Form war dabei ein aus den Schulen vielfach an die Politik herangetragen Anliegen. Die CDU-geführte Landesregierung hat daher in der zurückliegenden Legislaturperiode eine grundlegende und auf wissenschaftlichen Befunden und praktischen Erfahrungswerten beruhende Neuausrichtung der Schulevaluation vorgenommen. Im Rahmen der externen Evaluation können dabei qualifizierte schulformbezogene Experten auf Anfrage der Schulaufsicht, der Schulleitung oder der Schulkonferenz entsandt werden, um an den Schulen potentielle Desiderate zu erkennen und Lösungen zu erarbeiten. Daneben wird auch die schulinterne Evaluation durch die Bereitstellung entsprechender Berater gestärkt. Die auf die jeweiligen Bedürfnisse der Schule individuell zugeschnittenen Beratungsangebote und die Einbindung externer Experten ermöglichen dabei eine bestmögliche Unterstützung der Schulen. Die beiden Formen der Evaluation verfolgen somit im Grundsatz das Ziel, die Schulen auf ihre jeweiligen Stärken und Schwächen hinzuweisen und dadurch die Qualität der schulischen Strukturen und Abläufe sowie insbesondere des Unterrichts nachhaltig zu verbessern. Wie alle Instrumente der Qualitätssicherung ist selbstverständlich auch die Arbeit der Schulberatung und der externen Evaluation Teil eines fortwährenden und transparenten Entwicklungsprozesses, um in Zusammenarbeit mit den Schulen und unter Berücksichtigung geänderter Herausforderungen möglichen Optimierungsbedarf feststellen und im Bedarfsfall geeignete Anpassungen vornehmen zu können.</p>	<p>schlussprüfungen ist sehr präzise definiert, was unsere Schulen ihren Schüler*innen an Kompetenzen, Wissen, Können und Haltung vermitteln sollen. Auf dem Weg, diese Ziele zu erreichen, wollen wir den Pädagog*innen an unseren Schulen vertrauen und ihnen etwas zutrauen. Daher sollen sie freier und flexibel entscheiden können, wie sie ihren Unterricht gestalten. Wir sind überzeugt, dass mehr pädagogische Freiheit zu individueller Förderung und somit zu besserer Qualität führt. Auch die Fortbildung der Lehrer*innen ist Studien zufolge ein wichtiges Instrument zur Qualitätssicherung und Qualitätsentwicklung von Unterricht. Nur wenn wir Lehrer*innen gezielt fortbilden bzw. die Ausbildung anpassen, werden wir den geänderten Anforderungen auf Dauer gerecht werden. Ein weiterer Baustein zur Qualitätsverbesserung ist die regelmäßige Evaluation des pädagogischen Konzepts einer Schule und darauf aufbauend die kontinuierliche Arbeit an der Schulentwicklung. Hierbei wollen wir die Schulen durch entsprechende Beratungsangebote unterstützen.</p>	<p>die Qualität durch interne und externe Evaluationen auf der Basis klarer Zieldefinitionen (Standards) sowie vergleichender Untersuchungen zu verbessern. Dafür müssen entsprechende Unterstützungssysteme zur Verfügung stehen und bestehende weiter ausgebaut werden. Wir werden den Schulen ein eigens Budget für ihre Schulentwicklung zur Verfügung stellen.“ Die Qualität des Unterrichts hängt von verschiedenen Faktoren ab: ein gesundes und gutes Lernumfeld, gut ausgebildete und qualifizierte Lehrkräfte sowie eine moderne Ausstattung der Schulen im Digitalzeitalter. Schulen sind ein Lern- und kein Aufbewahrungsort. Auch die schulische Förderung am Nachmittag muss qualitativ hochwertig möglich sein.“</p>	<p>werden. Ferner müssen auch verstärkt externe Anbieter hinzugezogen werden, um den veränderten Ansprüchen, Lehrinhalten aber auch Vermittlungsmethoden Rechnung zu tragen. Auch hier befürworten wir die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft, dem Handwerk und den Unternehmen, um auch die Verbindung von theoretischem Wissen und praktischer Ausübung zu stärken und die Lehrkräfte zu qualifizieren. Wir wollen dem Wunsch vieler Lehrerinnen und Lehrer entsprechend künftig verstärkt Fortbildungsangebote in der unterrichtsfreien Zeit ermöglichen, damit diese nicht gezwungen werden, sich zwischen Fortbildung und Unterrichtsausfall zu entscheiden.</p>	<p>leider nicht der Fall.</p>
--	--	---	--	-------------------------------

3.2. Wie beurteilen Sie die derzeitige Qualität des Unterrichts und welche Maßnahmen sehen Sie vor, um die Qualität des Unterrichts zu evaluieren?

CDU	GRÜNE	SPD	FDP	LINKE
				Die Qualität des Unterrichts als solche gibt es nicht. Das hängt von vielen Faktoren ab: der Ausstattung der Schule, der Qualifikation der Lehrkräfte und der Schulleitungen und ob weitere Fachkräfte verfügbar sind. Auch hier gilt, was unter 3.1. ausgesagt ist: es kommt vor allem auf die Qualifikation und Unterstützung an.

3.3. Wie stellen Sie die Fort- und Weiterbildung der sich bereits im Beruf befindlichen Lehrkräfte sicher?

CDU	GRÜNE	SPD	FDP	LINKE
Eine aktive und regelmäßige Teilnahme von Lehrkräften an Fortbildungsveranstaltungen ist eine wesentliche Voraussetzung zum dauerhaften Erhalt der beruflichen Qualifikation und der schulischen Qualitätsentwicklung. Nur durch qualitativ hochwertige Fortbildungsangebote in Theorie und Praxis können Lehrkräfte ihr pädagogisches, didaktisches und fachliches Wissen und Können vertiefen und ausbauen. Im Hinblick auf die Umsetzung passgenauer Angebote zur Qualitätsentwicklung der Schulen in Hessen hat das CDU-geführte Kultusministerium erst kürzlich wichtige Veränderungen bei der Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften vorgenommen. So orientieren sich die unterschiedlichen Angebote der hessischen Kultusbehörden seither vor allem an der konkreten Nachfrage nach gezielten Veranstaltungen und Inhalten einerseits, sowie an landesweit einheitlichen Qualitätsstandards andererseits. Die Unterstützungsangebote greifen dabei neben bewährten Formaten verstärkt aktuelle Herausforderungen der Schulen, bspw. im Bereich der Digitalisierung, Ganztagsangebote, Sprachförderung	Der entscheidende Faktor zum Gelingen von schulischer Bildung ist die Lehrerin bzw. der Lehrer. Mit den sich ändernden Anforderungen an das System Schule als Ganzes ändern sich folglich die Anforderungen an die Lehrkräfte. Nur wenn wir diese gezielt fort- bzw. ausbilden, werden wir den geänderten Anforderungen auf Dauer gerecht. Dazu gehört es, dass Entwicklungen wie Digitalisierung und Medienkompetenz, Ganztagserschulung, Team-Teaching, offener Unterricht, Projektorientierung, Binnendifferenzierung, interkulturelle Kompetenz und Inklusion einen stärkeren Stellenwert erhalten. Wir wollen die in der Lehrer*innenbildung tätigen	„Wir wollen die Fort- und Weiterbildung der Lehrkräfte vor allem in den Bereichen Fachkompetenz, Fachdidaktik und Erziehungskompetenz auf- und ausbauen. Für die Kooperationskompetenz in Schulen mit hohem Anteil von Schülerinnen und Schülern mit besonderem Förderbedarf und Migrationshintergrund werden wir neue Formen der Fort- und Weiterbildung entwickeln. In den Fächern, die in der Schulpraxis zu einem sehr hohen Anteil fachfremd unterrichtet werden, brauchen wir besondere Weiterbildungsangebote für langfristig unterrichtende Lehrkräfte. Um die permanente Lehrkräftefortbildung vor Ort zu stärken, wird die Hessische Lehrkräfteakademie um drei regionale Kompetenzzentren und ein Fortbildungskolleg mit der Zuständigkeit für berufsbegleitende Weiterentwicklung und Schulentwicklung erweitert.“		Fort- und Weiterbildung sind während des gesamten Berufslebens unverzichtbare Bestandteile des Lehrer/innen/berufs. Derzeit ist die jährlich vorgesehene finanzielle Förderung vom Land Hessen jedoch derart gering, dass Fort- und Weiterbildungen in allen notwendigen Bereichen gar nicht stattfinden können. Dazu muss die fort- und Weiterbildung neben dem Beruf möglich sein und mit Zeit und fortlaufenden Bezügen unterlegt wer-

<p>oder Inklusion zielgerichtet auf und ermöglichen neben Veranstaltungen für einzelne Lehrkräfte auch maßgeschneiderte Beratungsangebote für Kollegiumsgruppen. Um auf den konkreten Bedarf und die Anliegen der teilnehmenden Lehrkräfte einzugehen, wurden bei der Konzeptentwicklung von Anfang an Akteure aller Schulformen einbezogen. In einem kontinuierlichen Prozess sind diese bereitstehenden und zertifizierten Angebote nach Auffassung der CDU Hessen fortwährend zu evaluieren und bedarfsgerecht auszuweiten und anzupassen.</p>	<p>Institutionen enger vernetzen, die Aus-, Fort- und Weiterbildung an die neuen Herausforderungen anpassen und der schulischen Praxis einen höheren Stellenwert einräumen.</p>			<p>den.</p>
---	---	--	--	-------------

3.4. Ist eine besondere Qualifizierung von Schulleitungen aus Ihrer Sicht notwendig?

CDU	GRÜNE	SPD	FDP	LINKE
<p>Die herausfordernde und verantwortungsvolle Tätigkeit der Schulleitung bedarf nicht zuletzt vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Veränderungen und komplexer rechtlicher Anforderungen einer professionellen Qualifikation zur Ausbildung und Vertiefung einer Vielzahl an Kompetenzen. Das zum Schuljahr 2016/17 auf Initiative der CDU eingeführte Pilotprojekt zur Schulleiterqualifizierung hatte zum Ziel, die Professionalisierung von Schulleitern in Hessen weiter zu stärken, angehende Führungskräfte noch zielgerichteter auf ihre anspruchsvollen Tätigkeiten vorzubereiten und die Personalentwicklung dadurch konsequent zu systematisieren. Die Rückmeldungen der Beteiligten und die externe Evaluation des mit 32 Lehrkräften aus den Schulamtsbezirken Marburg-Biedenkopf, Gießen/Vogelsberg, Hochtaunus/Wetterau und Lahn-Dill/Limburg-Weilburg durchgeführten Modellprojektes haben dabei außerordentlich positive Ergebnisse gezeitigt: Die angehenden Schulleiter konnten durch eine Stärkung der fachlichen, persönlichen, kommunikativen und sozialen Kompetenzen gezielt auf die neuen</p>	<p>Die Anforderungen an Schulleiterinnen und Schulleiter haben sich in den vergangenen Jahren – wie auch bei den Lehrkräften – verändert. Um Lehrerinnen und Lehrer noch besser auf ihre spezifischen Aufgaben als Schulleitung vorbereiten zu können, halten wir ein solches Qualifizierungsprogramm, wie es bereits umgesetzt wird, für sinnvoll. Eine noch bessere Unterstützung der Schulleitungen wollen wir durch zusätzliche vom Land finanzierte Sekretariats- und Verwaltungskräfte erreichen. Hiervon versprechen wir uns eine erhebliche Entlastung der Schulleitungen von bürokratischen Aufgaben.</p>	<p>3.4 bis 3.5 „Ja, definitiv. Schulleiterinnen und Schulleiter haben mit einem zunehmend höheren Verwaltungsaufwand zu kämpfen. Viele Schulleitungsstellen bleiben vakant, weil Lehrkräfte dieser enorme zusätzliche Aufwand abschreckt. Wir werden prüfen, wie wir die Arbeitszeit der Lehrkräfte und Schulleitungen gerechter gestalten und besonders belastete Lehrkräfte entlasten können. Um die Übernahme von Leitungsfunktionen wieder attraktiv und effektiv zu gestalten, muss aus unserer Sicht das Leitungsdeputat für Schulleitungen endlich an die steigenden Anforderungen angepasst werden. Außerdem wollen wir für eine bessere Vorbereitung und Begleitung sorgen, indem wir den Einsatz von zusätzlichen Verwaltungsfachkräften an den Schulen</p>		<p>Für neue und/ oder zusätzliche Aufgaben sollte eine besondere Qualifizierung Standard sein. Betont werden muss jedoch, dass Schulleitungen mittlerweile auch im großen Umfang betriebswirtschaftliche und verwaltungstechnische Aufgaben übernehmen müssen. Dies kritisiert Die Linke scharf und fordert, für solche Aufgaben auch entsprechendes Fachpersonal einzustellen.</p>

<p>Aufgabenbereiche vorbereitet und dadurch mit größerer Handlungssicherheit versehen werden. Die stärkere Systematisierung und Standardisierung der neuen Qualifizierung sowie eine vom Auswahlverfahren abgekoppelte Eignungsüberprüfung tragen überdies zu einer nachhaltigen Professionalisierung der Ausübung von Leitungsfunktionen und zu größerer Planbarkeit und Berechenbarkeit für die Bewerber bei. Die hessenweite Einführung des Erfolgskonzeptes im laufenden Schuljahr ist somit nach Auffassung der CDU Hessen ein wichtiger Beitrag zur Stärkung der Kompetenzen angehender Schulleiter, zur Führungskräfteentwicklung und damit zur Qualitätsentwicklung an den hessischen Schulen.</p>		erleichtern werden.“		
--	--	----------------------	--	--

3.5. Wie möchten Sie dem Mangel an Schulleitungen begegnen?

CDU	GRÜNE	SPD	FDP	LINKE
<p>In den zurückliegenden Jahren wurde eine Reihe von Maßnahmen auf den Weg gebracht, die der wachsenden Komplexität der Aufgaben und Herausforderungen entsprechend Rechnung tragen und die Attraktivität von Leitungsaufgaben steigern. So können zur Entlastung der Schulleitungen beispielsweise zusätzlich zu den Deputatstunden auch Stunden aus der Zuweisung zum Zuschlag auf die Grundunterrichtsversorgung von bis zu 100 Prozent an selbständigen Schulen und bis zu 30 Prozent an nicht selbständigen Schulen in Leitungsdeputate umgewandelt werden. Zusätzlich können Schulleiter Lehrkräften Ermäßigungsstunden für besondere außerunterrichtliche Tätigkeiten anrechnen. Auch finanziell sind entsprechende Anreize zur Übernahme von zusätzlichen Leitungsaufgaben gestellt: So verdient ein Oberstudiendirektor in der Besoldungsgruppe A16 nach der Besoldungserhöhung zum 1. Februar 2018 mit einem Einstiegsgehalt von 5.422,80 € und einem Endgrundgehalt von 6.791,46 € rund 40 Prozent mehr als ein Studienrat in der Besoldungsgruppe A13. Nicht zuletzt wurden im Bereich der Qualitätsentwicklung wichtige Akzente gesetzt: So sorgt das nach einer erfolgreichen Pilotphase landesweit einge-</p>	<p>Wie in 3.4 beschrieben, wollen wir die Schulleitungen durch zusätzliche vom Land finanzierte Sekretariats- und Verwaltungskräfte von bürokratischen Aufgaben entlasten. Hiervon versprechen wir uns eine erhebliche Unterstützung. Welche weiteren Entlastungen über Veränderungen bei den Schulleitungs- und Schulleiterdeputaten notwendig sind, wollen wir auf Grundlage der Erfahrungen mit den zusätzlichen Sekretariats- und Verwaltungskräften erörtern.</p>		<p>Wir halten eine Qualifizierung für notwendig und möchten die Führungskräfteakademie weiterentwickeln, so dass ausreichend Qualifizierungsmöglichkeiten für Lehrkräfte bereitstellen, um denjenigen, die an einer Tätigkeit in der Schulleitung, aber auch an den Staatlichen Schulämtern interessiert sind, auch eine Chance zu eröffnen. Hier muss es ausschließlich um Qualifikation und Motivation und nicht um politische Nähe zu Regierungsparteien gehen. Aber vor allem wird es nur gelingen, Menschen für diese Tätigkeiten zu motivieren, wenn die Arbeitsbedingungen stimmen, und deshalb nehmen wird die Überlastungsanzeigen von Lehrkräften und Schulleitung sehr ernst. Wir möchten, dass die Lehrer und Schulleitungen sich wieder auf ihre eigentlichen pädagogi-</p>	<p>Auch hier gilt: Arbeits- und Rahmenbedingungen müssen verbessert werden.</p>

<p>fürhte Qualifizierungsmodell für Schulleiter für eine nachhaltige Professionalisierung der Leitungsebenen (vgl. hierzu Frage 3.4). Dass bereits in der Pilotphase zum Schuljahr 2016/17 die Zahl der Bewerbungen die verfügbaren 32 Plätze um fast das Vierfache überstieg, zeugt dabei von der hohen Attraktivität des Modells und der Bereitschaft der Lehrkräfte zur Übernahme von Leitungsfunktionen. Aufgrund der zahlreichen Maßnahmen hat Hessen eine deutlich bessere Abdeckung von Schulleiterstellen als alle anderen Bundesländer vorzuweisen: So waren beispielsweise im Oktober 2016 unter anderem aus prozessualen Gründen lediglich 43 Schulleiterstellen an den rund 1.200 Grundschulen im Land unbesetzt – das entspricht rund drei Prozent. An den hessischen Gymnasien ist zu Beginn des Schuljahres 2016/17 keine Schulleiterstelle aufgrund von Bewerbermangel vakant geblieben. Deutschlandweit ist demgegenüber an jeder zehnten Grundschule die Leitungsstelle unbesetzt; alleine in Nordrhein-Westfalen fehlen 700 Schulleiter an den rund 5.000 Schulen. Die CDU Hessen ist sich daher ihrer Verantwortung für exzellente Rahmenbedingungen der Schulleitungen und Lehrerkollegien bewusst und wird im Rahmen der finanziellen Handlungsspielräume weiter an deren kontinuierlicher Optimierung arbeiten. So streben wir im Rahmen der haushälterischen Spielräume grundsätzlich eine Erhöhung der Beförderungs- und Funktionsstellen an. Darüber hinaus sollen der Einsatz von Schulassistentenkräften und die Übernahme von Schulsekretärinnen in den Landesdienst zu einer wirkungsvollen Unterstützung im administrativen Bereich und zur Entlastung der Schulleitungen beitragen.</p>			<p>schen Aufgaben konzentrieren können und die Zeit den Schülerinnen und Schülern zur Verfügung steht. Daher möchten wir unnötige Dokumentationspflichten abschaffen, Verwaltungsangestellte in die Schulen bringen und vor allem die Zusammenarbeit in multiprofessionellen Teams fördern.</p>	
---	--	--	---	--

3.6. Wie werden Sie die guten Ergebnisse von Modell- und Versuchsschulen hessenweit etablieren?

CDU	GRÜNE	SPD	FDP	LINKE
<p>Gemäß § 14 des Hessischen Schulgesetzes soll die Weiterentwicklung des Schulwesens durch befristete Schulversuche in bestehenden Schulen gefördert werden. Dabei gilt es Abweichungen von den geltenden Regelungen zu Unterrichtsorganisation, Didaktik oder Methodik</p>	<p>Versuchsschulen und Schulversuche tragen mit ihrer wertvollen Arbeit maßgeblich zur qualitativen Entwicklung unserer Schulen bei.</p>	<p>„Schulentwicklung steht nie still. Schulen müssen und werden sich stetig pädagogisch und konzeptionell weiterentwickeln.</p>	<p>Wir haben diesbezüglich keine abgeschlossenen Überlegungen, sondern setzen auf die Übertragung</p>	<p>Die Linke fordert, die guten und modernen pädagogischen Maßnahmen an den Modell- und Versuchsschu-</p>

<p>innerhalb des Schulaufbaus zu erproben. Unter bestimmten Kriterien kann die Umwandlung verschiedener Schulen in Versuchsschulen erfolgen. Die bestehenden Schulversuche und Versuchsschulen in Hessen sind wissenschaftlich zu begleiten und zu evaluieren. Sofern sich die mit dem Schulversuch verbundenen Zielsetzungen</p> <p>Als CDU Hessen befürworten wir zudem mehr Vergleichbarkeit bei den Abiturabschlüssen in Deutschland und einen Abbau des Schulleistungsgefälles zwischen den Bundesländern; dies setzt allerdings eine Orientierung der vereinheitlichenden Maßnahmen an den im Ländervergleich strengsten Qualitätsstandards und höchsten Leistungsanforderungen voraus. Innerdeutsche Schulleistungsstudien haben tendenziell den Zusammenhang bestätigt, dass Schüler in Ländern, die über einen längeren Zeitraum von Unionsregierungen geführt wurden, aufgrund ihres ausgeprägten leistungs- und begabungsorientierten Verständnisses von Schulbildung und eines leistungsgerecht gegliederten Schulwesens bessere Leistungen als Länder mit integrativen Schulsystemen erzielen. Eine Stärkung des Bildungsföderalismus durch einheitliche Standards und Rahmenbedingungen beim Abitur darf daher nicht zur Folge haben, dass die Leistungsanforderungen und die Schulqualität auf dem Niveau von SPD-regierten Ländern wie dem PISA-Schlusslicht Bremen nivelliert werden. Unter den genannten Voraussetzungen kann ein Bildungsstaatsvertrag ein geeignetes Instrument für eine stärkere Vergleichbarkeit der Allgemeinen Hochschulreife sein. Im Sinne einer bundesweiten Vereinheitlichung befürworten wir zudem eine Verlegung des Prüfungsblocks der Abiturprüfungen in Hessen auf einen Zeitraum nach den Osterferien.</p>	<p>Die Schulen tauschen ihre Erfahrungen regelmäßig mit dem Kultusministerium und den wissenschaftlich begleitenden Hochschulen aus. Daher fließen die Erkenntnisse dieser Schulen auch regelmäßig in die aktuellen bildungspolitischen Entscheidungen mit ein. So wurde das Konzept des vollständigen binnendifferenzierten Unterrichts zunächst in einigen Integrierten Gesamtschulen erprobt. Mit der Schulgesetznovelle haben wir diesen Schulversuch dann in ein Regelmodell überführt und ermöglicht, dass alle Integrierte Gesamtschulen vollständig ohne Aufteilung in Kursen unterrichten können.</p>	<p>Wir werden Schulen bestärken und ermuntern, dies am Bedarf orientiert zu tun. Dabei spielen Modellversuche und Versuchsschulen eine besondere Rolle. Versuchsschulen mit alternativen pädagogischen Konzepten zu individuellem und selbstständigem Lernen wollen wir stärken und ausbauen.“</p>	<p>von best-practice-Beispielen durch Information und Unterstützung der Schulen in ihrer Arbeit. Ideen stehen wir aufgeschlossen gegenüber.</p>	<p>len (beispielsweise jahrgangsübergreifender Unterricht, Lernberichte statt Ziffernoten etc.) in den Regelschulen zu etablieren. Es ist völlig unverständlich, dass die Landesregierung sich mit ihren Modell- und Versuchsschulen brüstet, gleichzeitig aber keinerlei Maßnahmen unternimmt, damit alle Schülerinnen und Schülern von den erprobten Modellprojekten profitieren können.</p>
--	--	--	---	--

4. Hausaufgaben / Nachhilfe

Immer mehr Schülerinnen und Schüler kompensieren Lernlücken durch Nachhilfe. Nachhilfeinstitute boomen, dadurch entsteht Chancengleichheit für finanzschwache Familien. Dennoch: Es gibt es Schülerinnen und Schüler, die die Schule als funktionelle Analphabeten verlassen.

4.1. Was werden Sie tun, um Chancengleichheit in den Schulen wiederherzustellen?

CDU	GRÜNE	SPD	FDP	LINKE
<p>Die Fragen 4.1 und 4.2 werden aufgrund ihres Sachzusammenhanges gemeinsam beantwortet. Alle Menschen haben unterschiedliche Begabungen, Neigungen, Interessen und Bedürfnisse. Auch wenn sie dadurch nicht alle gleich sind, sind sie uns als Christdemokraten alle gleich viel wert. Mit einem begabungs- und leistungsgerecht differenzierenden Schulsystem gilt es daher den vielfältigen Veranlagungen und Talenten, aber auch den individuellen Defiziten und Förderansprüchen aller Schüler umfassend Rechnung zu tragen. Das Fundament für gerechte Bildungschancen ist dabei ein Schulwesen, das sowohl für stärker theoretisch orientierte, als auch für eher praktisch begabte Schüler gleichermaßen passgenaue Angebote zur Verfügung stellt. Die beiden tragenden Säulen der Schulvielfalt und Wahlfreiheit sind vor diesem Hintergrund der Garant dafür, dass Kinder entsprechend ihrer vielfältigen Begabungen auch entsprechend vielfältig gefördert und gefordert werden und Chancengerechtigkeit und Chancengleichheit optimal gemäß den individuellen Veranlagungen der Schüler verwirklicht werden können.</p> <p>Wie kein anderes Bundesland verfügt Hessen über ein extrem durchlässiges und chancenreiches Bildungssystem. So können beispielsweise Schüler, die einen Hauptschulabschluss erzielt haben, auf die Berufsfachschule wechseln und dort den Realabschluss erwerben. Anschließend steht ihnen die Möglichkeit offen, eine Fachoberschule zu besuchen und dort eine Studienzugangsberechtigung zu erlangen. Bereits im Jahr 2005 hat die CDU in Hessen zudem den Hochschulzugang für Meister oder gleichwertige Ausbildungsberufe ermöglicht. Ein Schreinermeister kann somit ein Architekturstudium an seine Ausbildung anhängen; ein Kfz-Mechaniker kann entscheiden, ob er seinen erlernten Beruf ausüben oder ein Maschinenbaustudium aufnehmen möchte. In</p>	<p>Die Fragen 4.1 und 4.2 werden gemeinsam beantwortet.</p> <p>Generell sehen wir Nachhilfeleistungen eher kritisch. Natürlich ist es verständlich, dass Eltern außerschulische Nachhilfe in Anspruch zu nehmen, um für ihre Kinder eine bestmögliche Ausbildung zu gewährleisten. Allerdings können sich das nicht alle Eltern leisten. Daher ist es auch Ziel GRÜNER Bildungspolitik, unsere Schulen noch besser zu machen, damit Nachhilfe möglichst überflüssig wird. Zur Chancengleichheit siehe auch Antwort auf die Fragen 1.4 und 1.5.</p>	<p>4.1 bis 4.3</p> <p>„Um Chancengleichheit zu garantieren, genügt es nicht ständig auf die Lehrkräfteversorgung hinzuweisen und über individuelle Förderung zu reden, aber nicht zu handeln bzw. so zu tun, als gäbe es keine Probleme. Sitzenbleiben und „Zwangsabstiege“ von einer Schulform auf eine andere frustrieren Kinder und Jugendliche und führen zu gebrochenen Bildungsbiografien.</p> <p>Damit wir ein offenes und sozial durchlässiges Bildungssystem, das kein Kind zurücklässt und allen gleiche Chancen eröffnet, das eigene Potential zu nutzen, muss die Unterstützung an den Schulen und außerhalb der Schulen verbessert werden. Wir werden beispielsweise die Anzahl der bestehenden Projektbüros für individuelle Förderung mindestens verdoppeln und ein Förderprogramm zum Lesen, Schreiben und Rechnen auflegen, um Lern-, Leistungs- und Teilleistungsschwierigkeiten zu ver-</p>	<p>Entscheidend hierfür sind die Rahmenbedingungen, die in den Schulen vorherrschen.</p> <p>Mit Bezug auf die vorangestellten Fragen wird deutlich, dass es zahlreiche Herausforderungen an unseren Schulen gibt, die es zu meistern sind. Deshalb wird insbesondere auf die Ausführungen bei Punkt 1 verwiesen. Individuelle Förderung von Beginn an kann nur mit ausreichend motivierten, engagierten und hochqualifizierten Lehrkräften in gut ausgestatteten Schulen gelingen.</p>	<p>Wir wollen die Mehrgliedrigkeit überwinden und gemeinsames Lernen bis zur zehnten Klasse als Regelschulmodell einführen. Es ist breiter Konsens in der pädagogischen Debatte, dass Gesamtschulen und Ganztagschulen am ehesten geeignet sind, herkunftsbedingte Bildungshemmnisse zu überwinden. Auch für die individuelle Förderung aller Kinder, für die Förderung von Neigungen und das soziale Lernen sind diese Schulformen bestens geeignet. Besonders wichtig ist auch die Förderung demokratischer Erfahrungen.</p>

<p>einem Pilotprojekt können sich seit Anfang des Jahres 2017 auch junge Menschen, die eine duale Ausbildung mindestens mit der Note 2,5 abgeschlossen haben, an einer hessischen Hochschule einschreiben. Die CDU-geführte Landesregierung hat somit in den letzten 20 Jahren alle Stoppschilder aus dem Weg geräumt und vielfältige Chancen und Perspektiven zur lebenslangen persönlichen Weiterentwicklung und beruflichen Weiterbildung eröffnet.</p> <p>Darüber hinaus hat die CDU in Hessen mit praxisorientierten Modellen wie den erfolgreichen Programmen der SchuB- und PuSch-Klassen auch versetzungsgefährdete Schüler im Hauptschulbildungsgang wirkungsvoll zum Abschluss und zur Ausbildungsreife geführt. Die Kombination aus drei Tagen Unterricht und zwei betrieblichen Praxistagen pro Woche sowie sozialpädagogischer Begleitung vermittelt insbesondere Schülern mit Schwächen im theoretischen Lernstoff durch die Praxis in den Betrieben neues Selbstbewusstsein und die Motivation zu Leistungs- und Verantwortungsbereitschaft. Die Abschlussquote der 2000 Jugendlichen im ersten PuSch-Jahrgang 2015/16 lag folglich bei 85 Prozent an den allgemeinbildenden („PuSch A“) und bei 61 Prozent an den beruflichen Schulen („PuSch B“). Die Ergebnisse dieser gezielten Förderung der Schüler im Hauptschulbildungsgang sind beachtlich: So hat die Caritas-Bildungsstudie 2017 für das Land Hessen die bundesweit niedrigste Schulabbrecherquote konstatiert. Während die bundesweite Quote der Schulabbrecher demnach von 5,7 auf 5,9 gestiegen ist, hat Hessen dem Trend trotzen und einen erfreulichen Rückgang von 4,9 auf 4,2 Prozent verzeichnen können. Damit liegt Hessen nicht nur bundesweit an der Spitze, sondern weist zusammen mit Brandenburg auch den stärksten Rückgang aller Bundesländer auf: Im Zeitraum von 2006 bis zu o.a. Studie auf der Datengrundlage des Jahres 2015 konnte Hessen den Anteil von 8,2 auf 4,2 Prozent nahezu halbieren. Zu ähnlichen Ergebnissen gelangt der INSM-Bildungsmonitor 2018 im Hinblick auf den Anteil der ausländischen Schulabgänger ohne Abschluss. Hier erzielte Hessen mit einem Schnitt von 10,2% den besten Wert aller Bundesländer. Eine gerechte Bildungspolitik schafft folglich nicht die Voraussetzungen für formale Abschlüsse, sondern für praktische Qualifikationen zur</p>		<p>meiden.</p> <p>Außerdem wollen wir die Beratungs- und Förderzentren zu „Zentren für besondere pädagogische Förderung“ ausbauen, die als regionale Unterstützungsagenturen für individuelle Förderung Schulen multiprofessionell aus einer Hand beraten und mit außerschulischen Einrichtungen eng vernetzt sind.</p> <p>Lernzeiten, wie sie an echten Ganztagschulen üblich sind und Hausaufgaben bereits ersetzen, finden wir wichtig und gut. Um Fachwissen und Kompetenzen an Schulen zu vermitteln und kostenpflichtige Anbieter von Nachhilfe unnötig zu machen, brauchen wir den Ausbau echter Ganztagschulen, den wir massiv vorantreiben wollen.“</p>		
---	--	--	--	--

<p>Bewältigung des Berufs- und Lebensalltages sowie für berufliche und private Lebensperspektiven. In keinem anderen europäischen Land haben junge Menschen mit ihren unterschiedlichen Talenten und Begabungen dabei bessere berufliche Perspektiven und Karriereaussichten als in Deutschland. Die Arbeitslosenquote bei Jugendlichen ist nicht nur seit Jahren die mit Abstand niedrigste aller 28 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, sondern konnte im vergangenen Jahr auf einen erneuten Tiefstwert von 6,6 Prozent gesenkt werden. Europäische Länder mit hohen Akademikerquoten und Einheitsschulsystemen haben dagegen eine bis zu fünfmal so hohe Arbeitslosigkeit unter Jugendlichen aufzuweisen.</p> <p>Diese beeindruckende Bilanz ist maßgeblich auf das bildungspolitische Leitbild der CDU von der Gleichwertigkeit akademischer und beruflicher Bildung und eines begabungsgerechten und differenzierenden Schulsystems als notwendiger Grundlage zurückzuführen. Sie widerlegt auch das von der Wissenschaft ohnedies kritisch beäugte Bild vom vermeintlichen Wundermittel der gebundenen Zwangsganztagsschule, die in Ländern wie Frankreich allenfalls überdurchschnittlich viele Schulabbrecher und Arbeitslose hervorgebracht hat. Auch dem von den linken Parteien geforderten „längeren gemeinsamen Lernen“ wurden von der Wissenschaft keine vorteilhaften Effekte zur Realisierung von Chancengleichheit bescheinigt. So kam ausgerechnet der vormalige „Gesamtschulpapst“ Helmut Fend in einer Studie zu dem Ergebnis: „Selten hat mich das Ergebnis meiner Forschungen so überrascht und enttäuscht wie diesmal: Die Gesamtschule schafft unterm Strich nicht mehr Bildungsgerechtigkeit als die Schulen des gegliederten Schulsystems – entgegen ihrem Anspruch und entgegen den Hoffnungen vieler Schulreformer, denen ich mich verbunden fühle.“ Eine umfassende Studie des Max-Planck-Institutes für Bildungsforschung hat zudem gezeigt, dass nicht nur Gymnasiasten, sondern auch Realschüler von der frühen, mit dem 5. Jahrgang einsetzenden Differenzierung nach Schulformen profitieren. Am Ende des 10. Jahrgangs haben sie gegenüber gleich begabten Gesamtschülern „einen Wissensvorsprung von etwa zwei Schuljahren“. Dieser Abstand bleibt bis zum Ende des 13. Jahrgangs bestehen.</p> <p>Als CDU sind wir davon überzeugt: Wenn junge Men-</p>				
--	--	--	--	--

<p>schen aller Begabungen in Lohn und Brot gebracht werden und Auszubildende wie Studierende gleichermaßen ausgezeichnete Zukunftschancen genießen, sind Chancengerechtigkeit und Chancengleichheit am überzeugendsten und nachhaltigsten verwirklicht. Dieses christdemokratische Verständnis von gleichen und gerechten Bildungschancen im Sinne einer Sicherung persönlicher Lebensperspektiven und beruflicher Zukunftsaussichten unterscheidet sich grundlegend von der vor allem von SPD und Linkspartei immer wieder geforderten Ergebnisgleichheit, bei der Förder-, Haupt-, Realschulen und Gymnasien zugunsten einer diffusen „Gemeinschaftsschule“ abgeschafft werden und alle Schüler am Ende ein wertloses Abiturzeugnis erhalten sollen, da – so die bizarre Auffassung von SPD-Spitzenpolitikern – der Weg für Menschen ohne Abitur „nur noch nach unten“ gehe. Diese einseitige Fixierung auf Gymnasial- und Akademikerquoten und die Diffamierung von Haupt-, Real- und Berufsschülern durch Herrn Schäfer-Gümbel als „Absteiger“ wird weder den Verdiensten und dem Engagement der zahlreichen jungen Menschen ohne Abitur, noch deren herausragendem Beitrag zu Wachstum und Wohlstand in Hessen und Deutschland gerecht. Wer das „Abitur für alle“ propagiert und die Schulformen jenseits des Gymnasiums permanent schlechttredet, sorgt eben gerade nicht für Chancengleichheit und Chancengerechtigkeit, sondern handelt gefährlich und verantwortungslos – nicht nur gegenüber der Gesellschaft, sondern vor allem gegenüber den zahlreichen Menschen ohne Abitur, die ein erfülltes und erfolgreiches Leben führen und einen herausragenden Beitrag zu Wachstum und Wohlstand in unserem Land leisten.</p>				
---	--	--	--	--

4.2. Welche Maßnahmen fallen Ihnen ein, um Schülerinnen und Schülern notwendiges Fachwissen und Kompetenzen in Schulen zu vermitteln, statt über externe kostenpflichtige Anbieter?

CDU	GRÜNE	SPD	FDP	LINKE
				<p>Auch hier können wir nur wieder auf unser Schulmodell verweisen. Wir sehen gute Möglichkeiten in der Verzahnung von theoretischem und praktischem Unterricht und sprechen uns für berufsorientierte Unterrichtsformen aus. Wichtig zum Erlernen des Lernens sind aber auch Kooperationen mit Künstlern und sozialen Einrichtungen in der Region.</p>

4.3. Wie stehen Sie zu der Idee, Hausaufgaben durch Lernzeiten zu ersetzen?

CDU	GRÜNE	SPD	FDP	LINKE
<p>Grundsätzlich sind Hausaufgaben eine unverzichtbare Ergänzung des Unterrichtes. Sie vertiefen und erweitern die Unterrichtsinhalte, bereiten Schüler durch eigenverantwortliche und selbständige Arbeit auf Herausforderungen im Berufs- und Lebensalltag vor und ermöglichen gerade schwächeren Schülern durch die Aufarbeitung des Unterrichtsstoffes das Erreichen der vorgegebenen Lernziele. Als CDU Hessen lehnen wir daher insbesondere bei Halbtagschulen eine generelle Abschaffung von Hausaufgaben ab. Bei ganztägig arbeitenden Schulen kann ein Verzicht dagegen unter Berücksichtigung der täglichen Gesamtbelastung und des Rechtes der Schüler auf individuell nutzbare Freizeit als gerechtfertigt erachtet werden. Maßgeblich ist dabei letztlich die Ausgestaltung der Bildungs- und Betreuungsangebote am Nachmittag im Sinne einer wirkungsadäquaten Erfüllung der eingangs angeführten Ziele von Hausaufgaben. Folglich heißt es auch in § 3 Abs. 9 Satz 4 HSchG: „Die Anforderungen und die Belastungen der Schülerinnen und Schüler durch Unterricht, Hausaufgaben und sonstige Schulveranstaltungen müssen altersgemäß und zumutbar sein und ihnen ausreichend Zeit für eigene Aktivitäten geben.“ Innerhalb dieser Rahmensetzung soll jede Schulgemeinde durch Beschluss der Schulkonferenz auch weiterhin eigenverantwortlich über ihr jeweiliges Hausaufgabenkonzept entscheiden können</p>	<p>Wir vertrauen Pädagog*innen und trauen ihnen mehr pädagogische Freiheiten zu. Zur pädagogischen Freiheit gehört auch die Entscheidung klassische Hausaufgaben zu stellen oder diese durch Lernzeiten zu ersetzen. Wir GRÜNEN sind der Überzeugung, dass besonders Ganztagschulen den Raum und die Zeit für mehr individuelle Förderung schaffen. Dazu zählt auch, dass Hausaufgaben unter fachkundiger Begleitung in der Schule erledigt oder in die Lernzeit integriert werden können.</p>		<p>Hausaufgaben müssen sich nach unserer Auffassung zu Lernaufgaben entwickeln, die in der Schule in so genannten Lernzeiten erledigt werden können, so dass auch die Kinder, die die Ganztagsangebote nutzen, nach Schulschluss Familien- und Freizeit haben. Grundsätzlich müssen Schulen auch die Sinnhaftigkeit und den Umfang der Hausaufgaben überprüfen und es muss in diesem Zusammenhang auch mit den Eltern erörtert werden, welcher tatsächliche Zweck verfolgt wird und wie ggf. Unterstützung aussehen soll. Denn hier gilt ebenfalls, die Chancen und Möglichkeiten der Schülerinnen und Schüler zu berücksichtigen und nicht Hemmnisse zu schaffen.</p>	<p>Das befürworten wir uneingeschränkt.</p>

5. Unterrichtsausfall

5.1. Wie definieren Sie Unterrichtsausfall?

CDU	GRÜNE	SPD	FDP	LINKE
<p>Die Fragen 5.1 und 5.2 werden aufgrund ihres Sachzusammenhanges gemeinsam beantwortet. Wenn Schulen weniger Lehrer zur Verfügung haben, als sie für die Erfüllung der Stundentafel benötigen, spricht man vom „strukturellen Unterrichtsausfall“. Die</p>	<p>Wenn im Rahmen des Stundenplans vorgesehene Stunden ausfallen, ist das für Eltern, Schü-</p>	<p>„Für Schülerinnen und Schüler ist es ohne Bedeutung, aus welchem Grund eine Unterrichts-stunde ausfällt. Für sie ist es nur wichtig, dass adäquater Er-</p>	<p>Für Schülerinnen und Schüler ist es ohne Bedeutung, aus welchem Grund eine Unterrichts-stunde ausfällt. Für sie ist</p>	<p>Unterricht fällt dann aus, wenn der vorgesehene Unterricht nicht stattfindet.</p>

<p>Schulen sind dann, unabhängig von Krankheiten oder sonstigen Abwesenheitsgründen, unterversorgt. Dies gibt es in Hessen, anders als in den 1990er Jahren, schon lange nicht mehr. Das Gegenteil ist der Fall: Die Unterrichtsversorgung beträgt heute 105 % im Landesschnitt. Vor 1999 waren es nur rund 83 Prozent. Die Schulen haben damit heute deutlich mehr Lehrkräfte zur Verfügung als erforderlich wären, um alle Unterrichtsstunden nach der Stundentafel zu halten. So ist der Unterricht für unsere Kinder in Hessen nicht nur qualitativ, sondern auch quantitativ mehr als sichergestellt. Punktueller Unterrichtsausfall kann aufgrund von Krankheit, Exkursionen zu Gedenkstätten, Theateraufführungen, Projektwochen etc. vorkommen. In solchen Fällen greifen funktionierende Vertretungskonzepte.</p> <p>Zum einen das schulinterne Vertretungskonzept. Vertretungskräfte können z.B. auf einen Materialpool zugreifen, um fachlich angemessenen Vertretungsunterricht zu halten; auch können Lehrkräfte, die in anderen Fächern ausgebildet sind, Unterricht in ihren Fächern erteilen.</p> <p>Zum anderen das Konzept „Verlässliche Schule“ für die Jahrgangsstufen 1 bis 10: Sicherstellung einer pädagogischen Betreuung in den Jahrgangsstufen 1 u. 2 für 4 Zeitstunden, ab der Jahrgangsstufe 3 für 5 Zeitstunden. Einstellung von TV-H-Kräften: Für den Fall längerfristiger Erkrankungen/ Vertretungssituationen (ab 6 Wochen) stellen die Staatlichen Schulämter Ressourcen für TV-H-Kräfte (befristet Beschäftigte) sowie die mobile Vertretungsreserve zur Verfügung. Das bedeutet, dass wir in Hessen die Stundentafel zu 100% mit qualifizierten Lehrkräften abdecken und darüber hinaus ein über ein gut abgestimmtes Vertretungssystem verfügen.</p>	<p>ler und Schülerinnen sowie für Lehrkräfte gleichermaßen ärgerlich. Unterrichtsausfall hat unterschiedliche Gründe. Manchmal fehlen Lehrkräfte, weil sie Klassenfahrten oder Exkursionen betreuen oder krank werden. Aktuell ist Hessen, wie alle anderen Länder auch, von der bundesweiten Lehrkräfteknappheit betroffen, die besonders an Grund- und Förderschulen zu Engpässen führt.</p>	<p>satz vorhanden ist. Jedes Bundesland hat seine eigene Definition dazu, was unter Unterrichtsausfall zu verstehen ist, und seine eigene Methode, diesen statistisch zu ermitteln. Die Angaben sind daher nicht vergleichbar. Um das Ausmaß des Unterrichtsausfalls in Hessen einzuschätzen, begrüßen wir Umfragen zum Stundenausfall, zu Vertretungsmöglichkeiten und zu Mangelfächern, wie sie der Landeselternbeirat aktuell und die Landesschülervertretung im Frühjahr dieses Jahres durchgeführt hat.“</p>	<p>es nur wichtig, dass adäquater Ersatz vorhanden ist. Fest steht auch, dass ein kurzfristiger Unterrichtsausfall nicht hundertprozentig vermieden werden kann. Jedoch muss die Kraftanstrengung unternommen werden, dem Lehrbedarf auch mit Blick auf die Entwicklung der Schülerzahlen nachzukommen. Auch hier kann die wieder zu gewährleistende 105%ige Lehrerversorgung dazu beitragen, dass auf kurzfristige Engpässe reagiert werden kann. Sie darf jedoch nicht als Vertretungsreserve verrechnet werden. Die Frage der Vertretungsreserve muss entsprechend der Bedarfsplanung überprüft werden.</p>	<p>Auch Vertretungsunterricht, der den eigentlichen Unterrichtsinhalt nicht thematisiert, ist kein wirklicher Ersatz.</p>
--	--	---	--	---

Für Schülerinnen und Schüler ist es ohne Bedeutung, aus welchem Grund eine Unterrichtsstunde ausfällt. Für sie ist es nur wichtig, dass adäquater Ersatz vorhanden ist.

5.2. Welche konkreten Maßnahmen sehen Sie vor, um den Unterrichtsausfall zu minimieren/zu vermeiden?

CDU	GRÜNE	SPD	FDP	LINKE
	<p>Die Fragen 5.2 und 5.3 werden gemeinsam beantwortet:</p> <p>In Hessen stehen den Schulen über die Grundunterrichtsversorgung hinaus die 105 Prozent -Lehrerversorgung, die Lehrerzuweisung nach Sozialindex und im Laufe dieses Jahres 700 Sozialpädagoginnen und Pädagogen zur Verfügung. Diesen Weg wollen wir weitergehen. Um der Lehrkräfteknappheit weiter zu begegnen war es richtig, das dreistufige Maßnahmenpaket zur Gewinnung von Lehrkräften auf den Weg zu bringen, um auf die neuen Bedarfe schnell reagieren zu können. Der Plan sieht kurzfristig die Einbindung von Lehrerinnen und Lehrern, die kurz vor oder nach der Pensionierung stehen, oder die Aufstockung von Teilzeitverträgen vor. Mittelfristig werden Lehrkräfte aus anderen Lehrämtern, die bislang keine Stelle erhalten haben, durch Weiterbildung für das Grundschullehramt gewonnen. Langfristig haben wir die Ausbildungskapazität der Universitäten aufgestockt.</p> <p>Der Arbeitsmarkt für Lehrer*innen wird auch in den kommenden Jahren angespannt bleiben. Denn die Lehrkräfte, die uns heute fehlen, hätten spätestens vor fünf bis sechs Jahren ihre Ausbildung beginnen müssen. All die aufgezählten Maßnahmen, die wir ergreifen, um diesen Fehler der Vergangenheit zu korrigieren, wirken entweder erst langfristig oder sind Übergangslösungen. Dennoch werden wir weiter die Studienkapazitäten an den Hochschulen anpassen sowie den Quereinstieg in den Lehrberuf fördern und mit entsprechenden Qualifizierungsangeboten begleiten.</p>	<p>„Längerfristige Ausfallzeiten durch Krankheit oder Erziehungszeiten lassen sich in Stellenberechnungen einbeziehen. Ein kurzfristiger Ausfall kann nur durch eine mobile Vertretungsreserve oder einen Pool aus Lehr- und Vertretungskräften, die auf Abruf einsetzbar sind, aufgefangen werden. Als eine Maßnahme schlagen wir vor, die mobile Vertretungsreserve von derzeit 300 Lehrkräften für ganz Hessen massiv aufzustocken.“</p>		<p>Es muss eine tatsächliche Lehrerabdeckung von mindestens 105% an jeder Schule vorhanden sein. (Weil ein Teil dieser Ressource derzeit in andere Aufgaben fließt, wären eher 110 Prozent nötig.)</p>

5.3. Bereits heute ist aufgrund der fehlenden Lehrerstellen und der fehlenden Studienplätze absehbar, dass Unterricht ausfallen wird bzw. nicht durchgeführt werden kann. Wie wollen Sie dieser Tatsache begegnen?

CDU	GRÜNE	SPD	FDP	LINKE
<p>Bereits heute ist aufgrund der fehlenden Lehrerstellen und der fehlenden Studienplätze absehbar, dass Unterricht ausfallen wird bzw. nicht durchgeführt werden kann. Wie wollen Sie dieser Tatsache begegnen?</p> <p>Als sich abzeichnete, dass sich hinsichtlich der Lehrerversorgung v.a. im Bereich Grund- und Förderschule gewisse Engpässe ergeben, haben wir rasch und zielgerichtet gehandelt, frühzeitig Lösungsstrategien entwickelt</p>		<p>„Der heutige Lehrermangel ist durch die schlechte Personalplanung der CDU-Landesregierungen und zahllose Stelleinsparungen an Schulen und in der</p>		<p>Die Linke hat eine entsprechende Studie durch das Forschungsinstitut für Bildungs-</p>

<p>und dabei stets darauf geachtet, dass Qualitätsstandards eingehalten werden. Schon seit gut drei Jahren steuern wir als Landesregierung massiv gegen einen möglichen Lehrermangel an. So haben wir eine gezielte Akquise von Förderschullehrkräften mit sonderpädagogischen Fachrichtungen betrieben und schon seit Anfang 2015 Weiterbildungsprogramme zu Förderschullehrern für Lehrkräfte mit dem Lehramt für Grundschulen bzw. für Haupt- und Realschulen aufgelegt. Dadurch konnten wir die Ausbildungskapazitäten für Förderschullehrkräfte um 10% steigern. Anfang des Jahres 2017 haben wir als Landesregierung ein umfangreiches Maßnahmenpaket angestoßen:</p> <p>Als kurzfristige Maßnahme haben wir Pensionäre reaktiviert und Lehrkräfte gebeten, ihren Eintritt in den Ruhestand zu verschieben bzw. Teilzeitlehrkräfte angefragt, ihr Stundendeputat aufzustocken. Mittelfristig wirkend haben wir ein Programm zur Weiterqualifikation von bislang nicht eingestellten Gymnasial- und Haupt- und Realschullehrkräften für den Unterricht an Grund- bzw. Förderschulen entwickelt und als langfristig wirkende Maßnahme haben wir die Erweiterung der Ausbildungskapazitäten an den hessischen Hochschulen in die Wege geleitet.</p> <p>Zusätzlich fahren wir seit den letzten Einstellungsterminen die Kapazitäten der Studienseminare in den Bereichen Grund- und Förderschulen bis an die Grenze unserer Möglichkeiten hoch, sodass es dort schon seit langem keine Wartezeiten mehr gibt. All diese Maßnahmen haben wir zügig umgesetzt, und die damit einhergehenden Erfolge verdeutlichen die Handlungsfähigkeit der Landesregierung:</p> <p>Ein Großteil der angeschriebenen Lehrkräfte ist wieder in den Schuldienst zurückgekehrt bzw. zu einer Verlängerung und Aufstockung ihrer Dienstzeit bereit. Weiterhin begannen wir z.B. im Sommer 2017 mit Weiterqualifizierungsmaßnahmen für rund 220 Grund- und Förderschullehrkräften, eine zweite Staffel startete 2018 mit einer Kapazität von 200 Plätzen für die Grundschulen.</p> <p>Die Studienplatzkapazitäten an den hessischen Hochschulen haben wir zum Wintersemester 2017/18 für die Lehrämter an Grundschulen und an Förderschulen um 315 Plätze ausgeweitet. Das entspricht einer deutlichen Erhöhung, um ein Drittel. Der Doppelhaushalt 2018/19 wird eine weitere Steigerung zum kommenden Wintersemester beinhalten. Im kommenden Wintersemester werden somit insgesamt knapp 1.000 Studienplätze für die Lehrämter an Grund- und Förderschulen zur Verfügung stehen. Im Wintersemester 2017/18 haben beispielsweise im 1. Fachsemester für das Lehramt an Grundschulen 752 und für das Lehramt an Förderschulen 364 junge Menschen ihr Studium aufgenommen und somit die zusätzlichen Studienkapazitäten noch übertroffen. Insgesamt verzeichneten unsere hessischen Universitäten im Wintersemester 2017/18 rund 21.500 (exakt: 21.475) Studierende in den verschiedenen</p>		<p>Schulverwaltung verursacht worden. Statt über dem Bedarf auszubilden, wurden Stellen eingespart. Da mit sich ein Mangel, wie er an Grund- und Förderschulen, aber auch in bestimmten Fächern in allen anderen Schulformen herrscht, in Zukunft vermieden wird, brauchen wir eine am Bedarf orientierte Planung.</p> <p>Wenn wir wollen, dass Schulen sich zu inklusiven Schulen und Ganztagschulen weiterentwickeln, muss dafür der tatsächliche Bedarf an Stellen ermittelt und ein Konzept entwickelt werden, wie der Stellenaufwuchs umgesetzt werden kann. Notwendig ist eine massive Ausweitung der Studienkapazitäten und Anreize zur Aufnahme eines Lehramtsstudiums. Die Angleichung der Einstiegsgehälter für alle Lehrämter bei A13/E13 und eine professionelle Berufseinstiegsbegleitung sind zwei Maßnahmen, mit denen wir auf den Fehlentwicklung begegnen wollen.</p> <p>Zudem verweisen wir auf unsere Antwort zu 2.3.“</p>	<p>und Sozialökonomie (FiBS) in Auftrag gegeben, die trotz konservativer Berechnung zu dem Schluss kommt, dass bis 2030 10.000 Lehrkräfte netto in Hessen fehlen werden, die wir nicht mit unseren derzeitigen Kapazitäten ausbilden können.</p> <p>(https://linksfraktion-hessen.de/site/images/medien/2018/Download/FiBS-Linke-HE-LK-Bedarfsprognose_180806_final.pdf)</p> <p>Es müssen nicht nur die Studienkapazitäten deutlich erhöht werden, eine Reform der Lehrerbildung sowie die Erhöhung der Attraktivität des Berufs sind unerlässlich. Zudem muss über den qualitativ hochwertigen Quereinstieg diskutiert werden. Schnelldurchläufe und Qualitätsminde-</p>
---	--	---	--

Lehramtsstudiengängen.				rung sind da nicht das geeignete Mittel.
------------------------	--	--	--	--

6. Lernmittelfreiheit

6.1. Wie schätzen Sie die heutige Praxis bezüglich der Lernmittelfreiheit und der finanziellen Belastungen der Schülerinnen und Schüler / Eltern ein?

CDU	GRÜNE	SPD	FDP	LINKE
<p>Die Fragen werden aufgrund ihres Sachzusammenhanges gemeinsam beantwortet.</p> <p>Wir halten die gegenwärtige Praxis bezüglich der Lernmittelfreiheit für angemessen und im Interesse der Schülerinnen und Schüler sowie deren Eltern. Aus diesem Grund planen wir keine diesbezüglichen Änderungen.</p>	<p>Die Fragen 6.1 und 6.2 werden gemeinsam beantwortet:</p> <p>Der unentgeltliche Unterricht sowie die Lernmittelfreiheit haben in Hessen Verfassungsrang (Art. 59 Verfassung des Landes Hessen) und sind im Schulgesetz (§153) genauer beschrieben. Auch die Übernahme der Fahrtkosten ist dort geregelt (§ 161). Zusätzlich haben wir seit dem Schuljahr 2017/18 das Schülerticket auf dem Weg gebracht, das auch für Fahrten außerhalb des Schulwegs genutzt werden kann. Wir sind offen für Gespräche, ob die derzeitigen Regelungen zur Lernmittelfreiheit und zu den Fahrtkosten ausreichend sind.</p>	<p>6.1 bis 6.2</p> <p>„Wir wollen eine vollständige Lehr- und Lernmittelfreiheit umsetzen. Die Erhebung von versteckten Kosten, wie z.B. die Anschaffung von Arbeitsheften und Lektüren, Kopierpauschalen, „Bring your own device“ usw. stellt eine zusätzliche Belastung von Schülerinnen und Schülern aus Elternhäusern mit geringem Einkommen dar und muss beseitigt werden.“</p>	<p>Wir sehen diesbezüglich derzeit keinen Änderungsbedarf.</p>	<p>Echte Lern- und Lernmittelfreiheit existiert in Hessen nicht. Alleine schon die Tatsache, dass tausende Schülerinnen und Schüler für die Fahrt zur Bildungsstätte bezahlen müssen, während Lehrkräfte mit dem Landesticket umsonst zu ihrer Schule fahren können, zeigt Ungerechtigkeiten auf. Die Linke setzt sich seit Jahren für echte Lernmittelfreiheit ein. Bildung und Bildungsmöglichkeiten dürfen nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängig sein.</p>

6.2. Planen Sie diesbezüglich Änderungen? Wenn ja: welche und bis wann?

CDU	GRÜNE	SPD	FDP	LINKE
				Die Linke wird auch in der nächsten Legislaturperiode für echte Lern- und Lernmittelfreiheit Druck machen.

7. Digitalisierung / Medienkompetenz

7.1. Was verstehen Sie konkret unter Digitalisierung an den Schulen?

CDU	GRÜNE	SPD	FDP	LINKE
<p>Die Fragen werden aufgrund ihres Sachzusammenhanges gemeinsam beantwortet.</p> <p>Der digitale Wandel konfrontiert auch die Schulen mit einer Vielzahl von neuen Aufgaben und Herausforderungen. Es gilt, Schüler rechtzeitig und umfassend zu einem selbständigen und kritischen Umgang mit neuen Medien zu erziehen und ihnen das notwendige Rüstzeug im Umgang mit neuen Technologien an die Hand zu geben. Zugleich ist nach Auffassung der CDU Hessen jedoch auch darauf zu achten, dass die Entwicklungsstufen der Kinder hinreichend beachtet werden und anstelle einer unreflektierten Digitalisierung von Schule und Unterricht eine altersgerechte und verantwortungsvolle Heranführung zur Medienmündigkeit erfolgt. Insbesondere das Bewusstsein für die mit der Digitalisierung verbundenen Risiken wie die Verbreitung von Fake News, Cyber-Mobbing oder Gewalt im Netz muss dabei nachhaltig geschärft werden.</p> <p>In der Sekundarstufe sind die Schüler schließlich auch gezielt auf die digitalen Komponenten des Berufs- und Arbeitslebens vorzubereiten – dies kann beispielsweise durch die Einführung eines Medienführerscheins geschehen. Die Strategie der Kultusministerkonferenz „Bildung in der digitalen Welt“ hat eine Reihe von Kompetenzen definiert, die die Schüler zu einem verantwortungsvollen und selbstbestimmten Verhalten in der digitalen Welt befähigen sollen. Das CDU-geführte Kultusministerium wird daher ein curriculares Unterstützungsinstrument für Schulen erarbeiten, das Anknüpfungspunkte und Bezüge für den Aufbau der jeweiligen Kompetenzen in den einzelnen Fachcurricula aufzeigt und auf entsprechende Unterrichtseinheiten und Materialien hinweist.</p> <p>In Bezug auf die technische Infrastruktur setzen wir uns als CDU Hessen für ein digitales Grundangebot an den Schulen ein, das u.a. die Anbindung an schnelles Internet, W-LAN, IT-Hardware wie Smartboards und Beamer</p>	<p>Schüler*innen haben ein Recht darauf, dass Curricula und Lernmethoden der Lebenswirklichkeit im 21. Jahrhundert angepasst werden, damit sie ausreichend auf die späteren Ansprüche in Ausbildung, Studium und Beruf vorbereitet werden. Die Digitalisierung unserer Schulen bedeutet jedoch nicht, dass auf den Erwerb analoger Kompetenzen wie Schreiben, Lesen, Rechnen oder die musische und sportliche Basis-erziehung verzich-</p>	<p>„Digitale Bildung ist für uns mehr als der Einsatz neuer Medien, technologiegestütztes Lehren und die Vermittlung von Anwendungskompetenzen. Wir wollen, dass junge Menschen nicht nur lernen, neue Technologien zu bedienen, sondern sie zu beherrschen, selbst Entwicklungen vorzunehmen und ihre Auswirkungen zu verstehen. Entsprechende Kulturkompetenzen und Inhalte müssen in unseren Schulen vermittelt werden.“</p>	<p>Der Themenkomplex 7 wird aufgrund des Sachzusammenhanges zusammenhängend beantwortet:</p> <p>Wir Freie Demokraten sehen die Digitalisierung als Chance und möchten, dass sich die Schulen den Herausforderungen stellen können. Wir möchten hierfür min. 50 Mio. EUR jährlich aus originären Landesmitteln investieren. Denn es muss die technische Infrastruktur bereitgestellt und auch aufrechterhalten werden, so dass die Schulen nicht strukturell von der Digitalisierung abgekoppelt sind. Zudem ist es notwendig, Kompetenzen zu vermitteln, die dazu beitragen, sich mündig den Problemlagen zu stellen. Bedienfähigkeit ist etwas anderes als Medienkompetenz, die wir benötigen. Ferner müssen die Curricula und Bildungsstandards und die Aus- und Weiterbildung der Lehrkräfte verändert werden, so dass sich diese neben dem technischen Know-how vor allem Lehr- und Lernmethoden aneignen können. Dies ist gerade mit Blick auf die Berufsschulen, die sich zudem der Veränderung der Berufsbilder und der Arbeit 4.0 widmen müssen, unabdingbar.</p> <p>Bereits heute bestehen vielfältige Möglichkeiten, digitale Medien im Unterricht zu nutzen und die Digitalisierung des Bildungsbereiches als Chance zu begreifen. Vor diesem Hintergrund ist der Einsatz digitaler Systeme nahezu in allen Altersstufen verantwortbar und soll dabei nicht Primärerfahrungen ersetzen. Ein solcher Einsatz wird überwiegend punktuell sein, analog der Verwendung von Büchern und Arbeitsblättern im Unterricht. Kinder sollen entsprechend ihrer Entwicklung und unter Berücksichtigung der fachwissenschaftlichen Erkenntnisse an den Gebrauch von digitalen Geräten herangeführt werden, um einerseits den</p>	<p>Digitale Medien (auch digitale Lernmittel) dürfen nicht verteufelt werden. Sie gehören zum Lebensalltag dazu – und Schule muss sich als ein Ort des Lebens verstehen. Digitale Medien versteht Die Linke als Arbeitsmittel, um Unterricht zu veranschaulichen, zu vertiefen und die Möglichkeiten der inhaltlichen Erkenntnisgewinnung zu erweitern. Wichtig ist uns, dass digitale Medien nicht unkritisch genutzt werden, sondern zur Medienmündigkeit erzogen wird. Derzeit fehlt ein Konzept für den Umgang an Schulen. Aus unserer Sicht muss das Kultusministerium klären: Ab welchem Alter der Einsatz welcher Lernmittel</p>

<p>und Dokumentenkameras an allen Schulen umfasst. Obwohl die technische Ausstattung der Schulen nicht dem Land obliegt, sondern in den originären Aufgabenbereich der Schulträger fällt, hat die CDU-geführte Landesregierung in Vereinbarungen mit den Schulträgern für die Jahre 2017 bis 2019 gleichwohl eine jährliche finanzielle Unterstützung zugesichert. Zudem haben wir in diesem Jahr mit dem Programm ‚KIP macht Schule!‘ den Startschuss für eine beispiellose Investitionsoffensive für moderne Schulgebäude in Hessen gegeben. Insgesamt 558 Millionen Euro aus Landes- und Bundesmitteln werden den Kommunen für eine Modernisierung der Schulen zur Verfügung gestellt – dies umfasst selbstverständlich auch Investitionen in die digitale Infrastruktur. Darüber hinaus sieht der Koalitionsvertrag im Bund auf Initiative der CDU einen Digitalpakt im Volumen von fünf Milliarden Euro für die flächendeckende digitale Ausstattung der Schulen vor. In einer digitalen Bildungsoffensive sollen zudem nach Auffassung der CDU Hessen künftig die Schulträger, die Schulgemeinden und die Lehrkräfteakademie durch eine intensive Kooperation (z.B. bezüglich des IT-Supports) enger verzahnt und Synergien besser genutzt werden.</p> <p>Grundsätzlich darf die Technik allerdings das Primat des Lernens und der Pädagogik nicht überlagern. Eine einseitige Investition in die technische Infrastruktur zu Lasten von Inhalten, Qualität und Didaktik lehnen wir daher ab. Vielmehr müssen der Ausbau der technischen Infrastruktur und die Gewährleistung von Qualitätsinhalten in einem ausgewogenen Verhältnis zueinander stehen. Um die digitalen Kompetenzen der Schüler möglichst umfassend zu fördern und sie zu befähigen, an der digitalisierten Welt erfolgreich teilzuhaben, kommt einer sachadäquaten und zielorientierten Fortbildung von Lehrern eine entscheidende Bedeutung zu. Die im vergangenen Jahr auf Initiative des CDU-geführten Kultusministeriums vorgestellte Neuausrichtung der Lehrerfortbildung setzt daher einen besonderen Schwerpunkt auf die Bereiche Medienbildung und Digitalisierung. Die Angebote der Lehrkräfteakademie und der Staatlichen Schulämter zielen seither verstärkt auf passgenaue und bedarfsorientierte Schulungen in allen Bereichen des digital gestützten Unterrichtes.</p> <p>Auch weitere Maßnahmen der laufenden Legislaturperi-</p>	<p>tet werden kann.</p>		<p>verantwortungsvollen Umgang zu lernen und die notwendigen Kompetenzen im Bereich der Medienbildung und –nutzung zu erwerben. Ein eigenständiges Unterrichtsfach in der Grundschule ist unseres Erachtens nicht notwendig, wenngleich wir den Kanon der naturwissenschaftlichen Fächer durch ein Schulfach Informatik ergänzen wollen, das sowohl Grundlagenwissen zur Digitalisierung als auch Medien- und Anwendungskompetenz vermittelt. Digitale Bildungsangebote und anwendungsorientierte E-Learning-Programme müssen fester Bestandteil der Lehrerbildung sein, so dass die Lehrkräfte im Umgang mit und zum Einsatz von neuen digitalen Medien befähigt und darin unterstützt werden. Unabdingbare Voraussetzung ist die sachgerechte psychologisch-didaktische und fachdidaktische Aus- bzw. Weiterbildung der Lehrkräfte für den Einsatz digitaler Medien.</p> <p>Bezogen auf den Bereich der Verwaltung und Organisation und der Lernmittel besteht ebenfalls ein deutlicher Handlungsbedarf, da einerseits sowohl die Erforschung und Entwicklung von digitalen Lerninhalten und –materialien sowie Bildungsapps gestärkt und andererseits neue Formen der Qualitätssicherung geschaffen werden müssen, um Transparenz und fortlaufend beste Qualität sicherzustellen. Es gilt zudem, Programme und Bildungscloids zu entwickeln, um die digitale Vernetzung der Schulen zur Unterstützung von Bildungs- und Verwaltungsaufgaben zu ermöglichen.</p> <p>Nachhaltige Bildung und Entwicklung werden bereits in unterschiedlicher Art und Weise in den Unterricht aber auch in Projekten sowie Programmen thematisiert. Auch diesbezüglich bietet sich fächerübergreifendes und interdisziplinär angelegtes Handeln an, das keine Veränderung der Rahmenbedingungen erfordert.</p>	<p>sinnvoll ist und dafür Expertinnen und Experten aus der Entwicklungspsychologie, der Pädagogik, Medizin und IT heranziehen.</p> <p>Genauso muss die Frage der angemessenen technischen Ausstattung und Wartung der Geräte geklärt werden. Das können Lehrkräfte nicht nebenbei miterledigen. Es muss Fort- und Weiterbildungen für Lehrkräfte geben – flächendeckend und verpflichtend. Was nicht sein darf, ist der jetzige Umgang: Schulen (und oftmals sogar einzelne Klassen) entscheiden selbst, ob und wie sie das Thema Digitalisierung angehen.</p>
--	-------------------------	--	--	--

<p>ode gilt es kontinuierlich zu evaluieren, zu stärken und weiter auszubauen. So wurde die Medienbildung in der Novelle des Hessischen Schulgesetzes wie auch als fächerübergreifende Schlüsselkompetenz in den Bildungsstandards rechtlich verankert. Bereits zuvor war durch die verpflichtende Einrichtung von Medienzentren in jedem Schulträgerbezirk den Schulen die Bereitstellung von audiovisuellen, informations- und kommunikationstechnischen Medien und Hilfsmitteln für den Unterricht sowie die Förderung der Entwicklung der Medienutzung in der Schule ermöglicht worden. Durch die Kooperation mit den Universitäten wird zudem eine Medienkompetenzförderung in allen Phasen der Lehrerbildung implementiert und die Integration digitaler Medien in die fachwissenschaftliche, fachdidaktische und bildungswissenschaftliche Ausbildung integriert.</p> <p>Schließlich wollen wir auch erfolgreiche Initiativen in Kooperation mit Unternehmen wie z.B. „Schule@Zukunft“ und die gemeinnützige GmbH „Digitale Helden“ weiter fördern und unterstützen.</p>				
---	--	--	--	--

7.2. Wie soll die Digitalisierung in den Schulen in Zusammenarbeit mit den Schulträgern umgesetzt werden?

CDU	GRÜNE	SPD	FDP	LINKE
	<p>Die Umsetzung der digitalen Infrastruktur bedarf großer Kraftanstrengungen der Schulträger, die aber nicht ohne Unterstützung durch das Land und den Bund zu leisten sind. Hierbei geht es nicht nur um finanzielle Unterstützung, sondern auch um das Setzen von Standards („was und mit welchen Medien müssen die Schüler*innen lernen und wie müssen dementsprechend die Schulen ausgestattet sein?“). Daher wollen wir den geplanten Digitalpakt zwischen dem Bund und den Ländern in Hessen durch einen Digitalpakt zwischen dem Land und den Schulträgern ergänzen.</p>	<p>„Schulen benötigen Ausbau, Wartung und Administration der technischen Infrastruktur, entsprechend durch Fortbildung qualifizierte Lehr- und Fachkräfte sowie die Versorgung mit schnellem Internet. Wir setzen uns für die Entwicklung einer gemeinsam von Bund und Ländern verantworteten bundesweiten, durch die Länder, Schulen und Lehrkräfte anpassbaren, kostenfrei nutzbaren, adaptiven multimedialen Lernplattform ein. Zur Förderung der digitalen Lernmittelfreiheit werden wir die Rahmenbedingungen zur Erstellung und Bereitstellung offen lizenzierter Lehr- und Lernunterlagen durch qualifizierte Lehrkräfte schaffen. Open Educational Resources (OER) sollen in Hessen fester Bestandteil des schulischen Lebens werden. Wir schlagen vor die kommunalen Medienzentren als Unterstützungsagenturen für Medien-pädagogik weiterzuentwickeln.“</p>		<p>Wie in Frage 7.1 erläutert, muss für alle Schulen ein gültiges Konzept entstehen. Dieses muss natürlich auch in Zusammenarbeit mit den Schulträgern entwickelt werden. Die finanzielle Ausgestaltung muss Landessache sein.</p>

7.3. Welche Schwerpunkte würden Sie in einer hessischen Digitalstrategie setzen?

CDU	GRÜNE	SPD	FDP	LINKE
	Wir wollen, dass Schüler*innen auch in Sachen IT auf der Höhe der Zeit ausgebildet werden. Hierzu ist die Umsetzung der Strategie „Bildung in der digitalen Welt“ der Kultusministerkonferenz eine wichtige Grundlage. Das Landesprogramm zum Anschluss von Schulen an das Breitbandnetz werden wir fortsetzen. Hinzu kommen eine adäquate digitale Ausstattung der Schulen und die Vernetzung innerhalb des Schulgebäudes. Neben der digitalen Ausstattung spielen die Aus- und Weiterbildung von Lehrer*innen und die Vermittlung eines kritisch-reflektierten Umgangs von Schüler*innen im Umgang mit digitalen Inhalten eine wichtige Rolle in unserer Digitalstrategie (siehe auch Antwort zu Fragen 7.4 und 7.5).	7.3 bis 7.4 „Die Auswirkungen von Digitalisierung und Medienentwicklung auf Schülerinnen und Schüler, Eltern, Lehrkräfte und Schulen insgesamt wurde von der Landesregierung noch nicht annähernd begriffen. Wir wollen, dass Schulen die Grundlagen für einen reflektierten Umgang von Jugendlichen mit der Digitalisierung schaffen. In der Digitalisierung und Medienentwicklung liegen vielfältige Chancen, aber auch einige Risiken. Der ungehinderte Zugang zu jugendgefährdenden Inhalten, Cybermobbing oder auch suchthafte Mediennutzung erfordern Medienkompetenz, die zwar Teil der Kerncurricula ist, aber in den Schulen stark vom persönlichen Engagement und den Kenntnissen einzelner Lehrkräfte abhängt. Wir wollen, dass Lehrkräfte durch Fortbildungen qualifiziert und Fachkräfte unterstützt werden. Digitale Bildung und die Vermittlung von Anwendungskompetenzen müssen Teil der Lehrerausbildung sein.“		Kinder müssen entsprechend ihrer Entwicklung lernen. Entwicklungspsychologisch ist „begreifen“ mit haptischen Erfahrungen und Bewegung verknüpft. Nur so können sich funktionale Hirnstrukturen adäquat entwickeln. Digitale Medien sind Arbeitsmittel. Uns ist eine altersgerechte Heranführung und ein altersgerechter Umgang sehr wichtig. Wichtig ist außerdem Medienmündigkeit: kritischer Umgang mit digitalen Medien, Manipulation, Suchtgefahren und zudem die Aufklärung über Risiken und Möglichkeiten beispielsweise bei der Nutzung sozialer Netzwerke.

7.4. Wie werden Sie Lehrkräfte im Bereich der Digitalisierung fort- und weiterbilden?

CDU	GRÜNE	SPD	FDP	LINKE
	Der Erwerb von Kompetenzen in der Nutzung von digitalen Medien und der IT durch Schüler*innen setzt weiterhin eine gute Aus- und Weiterbildung der Lehrer*innen in diesem Bereich voraus. Die Ausbildung muss laufend den Veränderungen unserer digitalen Welt angepasst werden. Weiterhin wollen wir die Medienzentren vor Ort stärken und in eine Gesamtstrategie einbeziehen, damit sie die Weiterbildung des pädagogischen Personals und die Beratung in der Auswahl der elektronischen Medien für die Schulen stärker als bisher leisten können.			Neben einer Reform der Lehrkräfteausbildung müssen schon ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer entsprechend fortgebildet werden. Vorrangig ist derzeit die Erstellung eines Digitalisierungskonzepts. Erst dann kann geplant werden, welcher Wissenstand an welchen Stellen vorhanden sein soll und welche Ausstattung tatsächlich nötig ist.

Die Medienkompetenz ist Teil der Kerncurricula.

Die Umsetzung von Medienkompetenz in den Schulen hängt jedoch stark vom persönlichen Engagement einzelner Lehrkräfte ab.

7.5. Welche drei wichtigsten Punkte müsste aus Ihrer Sicht eine Strategie zur Umsetzung der Medienkompetenz enthalten?

CDU	GRÜNE	SPD	FDP	LINKE
	Im Unterricht müssen Kinder und Jugendliche altersgerecht den Umgang mit Soft- und Hardware kennenlernen. Wir finden, dass Themen wie Cybermobbing, Fake News, Umgang mit den eigenen Daten und die Frage des Suchtverhaltens Gegenstand des Unterrichts sein sollten. Unser Ziel ist es schließlich, dass Schüler und Schülerinnen einen verantwortungsvollen und reflektierten Umgang mit den digitalen Medien lernen.	„Die Vermittlung von Medienkompetenz muss zur Aufgabe für jede Schule gemacht werden. Aus unserer Sicht sind erstens ein Masterplan für Digitalisierung in Schule und Unterricht, zweitens Unterrichtsdidaktik und drittens ein Landesmedienkonzept notwendig bzw. lange überfällig.“		Ein Konzept für Hessens Schulen, altersgerechte Medienintegration und eine einheitliche Ausstattung der Schulen.

Schulen sehen eine der größten Herausforderungen bei der Supportbetreuung. In vielen hessischen Schulen wird der IT-Support von engagierten Lehrkräften ehrenamtlich „nebenbei“ geleistet.

7.6. Wie werden Sie das Problem lösen, ohne dabei die Lehrkräfte weiter zu belasten?

CDU	GRÜNE	SPD	FDP	LINKE
	Um die technische Wartung und Überprüfung der digitalen Geräte und der Software regelmäßig gewährleisten zu können, müssen IT-Fachkräfte an den Schulen eingesetzt werden, die zum Beispiel eine qualifizierte Fehlermeldung abgeben und einfache technische Wartungen selbst durchführen können.	„Schulen sehen eine der größten Herausforderungen bei der Supportbetreuung. In vielen hessischen Schulen wird der IT-Support von engagierten Lehrkräften ehrenamtlich „neben-bei“ geleistet. Das ist keine Dauerlösung. Schulen und Schulträger dürfen mit dem Problem nicht alleine gelassen werden, sondern brauchen auch dafür personelle Unterstützung.“		Die Schulen müssen mit eigenständigen Fachkräften ausgestattet werden.

7.7. Wie beurteilen Sie die Forderung, Informatik und eine Programmiersprache bereits in der Grundschule einzuführen?

CDU	GRÜNE	SPD	FDP	LINKE
Die Digitalisierung in Wirtschaft und Gesellschaft ist von so entscheidender Bedeutung	Die Fragen 7.7 und 7.8 werden gemeinsam beantwortet. In einer sich schnell wandelnden Welt mit	7.7 bis 7.9 „Kinder und Jugendliche wachsen mit dem Internet auf, Tablets und Smartphones sind		Sehr kritisch. Kinder müssen entsprechend ihrer Entwicklung lernen.

<p>für die Zukunftsfähigkeit des Landes, dass das Verständnis für sie auch in der Schule von Anfang an geweckt werden muss. Wir wollen daher insbesondere die Medienkompetenz von Grundschülerinnen und Grundschülern weiter stärken. Darüber hinaus können auch der Unterricht mit digitalen Lernplattformen und altersgerechte Programmieretechniken zu diesem Verständnis beitragen.</p> <p>Die Einführung eines zusätzlichen Faches führt grundsätzlich zu einer Ausweitung der Stundentafel und zusätzlichen Belastung der Schüler. So müssten im Umkehrschluss kaum durchsetzbare Kürzungen bei anderen Fächern vorgenommen werden. Von daher sprechen wir uns gegen ein zusätzliches Fach Informatik und einer Programmiersprache in den Grundschulen aus. Wir wollen aber die unverzichtbaren Kernkompetenzen Lesen, Schreiben und Rechnen künftig noch stärker gewichten, indem wir die Fächer Mathematik und Deutsch durch je eine zusätzliche Stunde stärken. Da Naturerlebnisse, Experimente und Erkundungen die Motivation von Kindern wecken, plädieren wir auch für die Aufwertung des Sachunterrichts und werden dabei den Regional- und Heimatbezug weiter stärken.</p>	<p>neuen gesellschaftlichen Entwicklungen müssen auch die Unterrichtsinhalte und Unterrichtsfächer an unseren Schulen regelmäßig überprüft und angepasst werden. Wir sehen, dass es für jede einzelne der zahlreichen Forderungen nach neuen Unterrichtsfächern gute Gründe gibt. Mit der Einführung eines zusätzlichen Unterrichtsfachs wie Informatik oder eines verpflichtenden Informatikunterrichts in der Grundschule wäre aber faktisch die Ausweitung der Stundenpläne verbunden. Am Ende ist aber die Zeit begrenzt, die in der Schule für die unterschiedlichen Erwartungen der Gesellschaft zur Verfügung steht. Daher wirft die Forderung nach der Ausweitung eines Fachs unmittelbar die Frage auf, auf welche anderen Fächer ein etwas geringerer Schwerpunkt gesetzt werden soll. Denn alle Anforderungen immer noch oben drauf zupacken, wäre am Ende mit hoher Wahrscheinlichkeit weder im Interesse der Schülerinnen und Schüler noch der jeweiligen Themen.</p> <p>Einer Ausweitung des Wahlpflichtfachs Informatik stehen wir hingegen offen gegenüber. Im Gegensatz zur Einführung eines neuen, für alle verpflichtenden Unterrichtsfachs wäre damit keine Ausweitung der Stundenpläne verbunden.</p>	<p>zu Alltagsbegleitern geworden. Diese „digital natives“ wissen wie man die Medien bedient, verstehen aber noch nicht die dahinterliegenden Strukturen und können sie auch nicht gestalten. In einer digitalen Welt gehört neben Lesen, Schreiben und Rechnen auch das Coden zu den grundlegenden Fähigkeiten. Coden wird zur neuen Kulturkompetenz. Lehrpläne müssen deshalb entsprechend evaluiert und bedarfsgerecht angepasst werden.</p> <p>Informatik als Unterrichtsfach sollte auf Wahlangebote erhalten bleiben. Darüber hinaus wollen wir Informatik stärker fächerübergreifend und in Projekten behandeln. Das von uns neu konzipierte Fach Arbeitslehre an allen weiterführenden Schulen bietet gute Möglichkeiten zudem eine informationstechnische Grundbildung sicher zustellen.</p> <p>BYOD teilt Schülerinnen und Schüler in zwei Gruppen, diejenigen, deren Eltern sich die Anschaffung leisten können und diejenigen, für die es erhebliche finanzielle Belastung darstellt. Wir halten dies für fatal. Schulen brauchen eine moderne und zeitgemäße digitale Ausstattung und gute Rahmenbedingungen für digitales Lernen. BYOD kann nur ein Übergangsmodell sein.“</p>	<p>Entwicklungspsychologisch ist „begreifen“ mit haptischen Erfahrungen und Bewegung verknüpft. Nur so können sich funktionale Hirnstrukturen adäquat entwickeln.</p> <p>Deshalb muss bei der Ausarbeitung eines Konzepts für den Einsatz digitaler Medien mit Fachleuten aus Pädagogik, Entwicklungspsychologie und Medizin darüber gesprochen werden, ob digitale Medien in oder erst nach der Grundschule eingesetzt werden.</p>
--	--	---	---

7.8. Wie beurteilen Sie das derzeitige Unterrichtsangebot an Informatik in der Sekundarstufe I?

CDU	GRÜNE	SPD	FDP	LINKE
Das Fach Informatik wollen wir in diesem Zuge stärken. Wir werden in Zusammenarbeit mit den entsprechenden Lehrstühlen an den hessischen Hochschulen dieses Fach mit Blick auf die Digitalisierung modernisieren.				Leider oftmals als nicht zeitgemäß.

7.9. Welche Möglichkeiten bietet „BYOD“ (Bring your own device) im Unterricht unter der Berücksichtigung, dass kein Kind benachteiligt werden soll?

CDU	GRÜNE	SPD	FDP	LINKE
<p>Hier sind unserer Meinung nach grundsätzlich zwei Konzeptformen zu unterscheiden:</p> <p>1. Es werden keine Anforderungen der Schule an das mobile Endgerät definiert. Jede Schülerin und jeder Schüler bringt das Gerät mit in die Schule, das sie oder er besitzt. Ein Vorteil dieser Form des BYOD ist, dass die Lehrkraft in der Regel sofort mit mobilen Endgeräten im Unterricht arbeiten kann, da die Verbreitung von Smartphones im Sekundarbereich laut einer Studie aus dem Jahr 2017 im Durchschnitt deutlich über 90% liegt. Damit können grundsätzlich praktisch alle Schülerinnen und Schülern von den Möglichkeiten profitieren, die mobile Endgeräte im Unterricht bieten, z.B. kann ein höherer Grad der Individualisierung des Unterrichts leichter erreicht werden, was Benachteiligungen im Lernprozess reduzieren kann. Darüber hinaus kommen auf die Eltern keinerlei zusätzliche Kosten zu, wodurch auch Kinder aus sozialschwachen Familien ohne Aufwand die Vorteile digitaler Endgeräte im Unterricht nutzen können. Allerdings werden in diesem Szenario sozioökonomische Unterschiede leichter sichtbar und es besteht die Gefahr, dass Schülerinnen und Schülern, denen ein leistungsfähigeres Gerät zur Verfügung steht, Vorteile im Unterricht gegenüber denjenigen mit schwächeren Geräten haben. Dem kann durch sorgsame Planung des Unterrichts durch die Lehrkraft entgegengewirkt werden, was aber einen hohen Arbeitsaufwand für die Lehrkraft bedeutet und einen bestimmten Grad an technischem Verständnis erfordert, der derzeit bei Lehrkräften nicht vorausgesetzt werden kann.</p> <p>2. Die Schule definiert technische Anforderungen an das mobile Endgerät der Schülerinnen und Schüler (Speicherplatz, Bildschirmgröße, usw.). Dies kann so weit gehen, dass ein bestimmtes Gerät eines bestimmten Herstellers empfohlen wird, vergleichbar mit der Taschenrechnersituation im Mathematikunterricht. Diese Ausprägung wird auch als GYOD („Get your own device“) bezeichnet. Je präziser die Anforderungen formuliert sind, desto mehr werden die in Variante 1 aufgeführten Nachteile (Sichtbarkeit des sozioökonomischen Status, Leistungsfähigkeit der Geräte als Einflussgröße für den Lernerfolg) verringert. Weiterhin kann die Lehrkraft im Regelfall nicht jederzeit damit beginnen digitale Endgeräte im Unterricht zu nutzen, sondern die definierten Endgeräte müssen zunächst von den Eltern beschafft werden (ähnlich der derzeitigen Taschenrechnerbeschaffung). Da in dieser Ausprägung in der Regel nicht unbeträchtliche Kosten auf die Eltern zukommen, müssen Wege gefunden wer-</p>	Schüler*innen profitieren von BYOD insofern, dass sie mit den eigenen digitalen Geräten vertraut sind und sie es jederzeit, wenn es benötigt wird, zur Hand haben. Wir GRÜNEN sehen die durchaus praktischen Möglichkeiten, die die Verwendung eigener Geräte mit sich bringt, aber eben auch die Gefahr – neben den noch zu klärenden Fragen der Gerätesicherheit, des Datenschutzes oder des Ablenkungspotentials –, dass Kinder und Jugendliche, die eben kein solches Gerät haben, benachteiligt werden. Um das zu verhindern, müssten Ersatzgeräte unkompliziert zur Verfügung gestellt werden. Die Entscheidung für oder gegen BYOD wollen wir jedoch den Schulen selbst überlassen.			Wird echte Lern- und Lehrmittelfreiheit ernst genommen, dann muss sie auch die technische Ausstattung beinhalten. Und natürlich sind die Möglichkeiten, die ein neues iPhone X gegenüber einem fünf Jahre altem Klapphandy gänzlich andere. Bildung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängig, auch in diesem Bereich nicht. Daher halten wir BYOD für eine nicht praktikable und durchaus benachteiligende Unterrichtsform.

den, allen Eltern die Beschaffung zu ermöglichen, da sonst diejenigen Schülerinnen und Schüler benachteiligt werden, die aus finanziell weniger gut gestellten Haushalten kommen.				
---	--	--	--	--

7.10. Inwieweit wird „Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE)“ im Unterricht integriert?

CDU	GRÜNE	SPD	FDP	LINKE
<p>Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) ist im vergangenen Jahr als besondere Bildungs- und Erziehungsaufgabe von Schule im Hessischen Schulgesetz verankert worden. Bereits seit fast 20 Jahren kümmert sich die Initiative Hessische Umweltschulen um die Einbettung von Umweltbildung in den Unterricht. Neben Naturschutz und Artenvielfalt geht es seit vielen Jahren immer stärker auch um Themen der nachhaltigen Entwicklung, indem Schülerinnen und Schüler lernen, welche Folgen die Handlungen jedes einzelnen für die Umwelt haben. Erst im November vergangenen Jahres sind die Hessischen Umweltschulen vom Bundesministerium für Bildung und Forschung und der deutschen UNESCO-Kommission als hervorragende Bildungsinitiative für nachhaltige Entwicklung ausgezeichnet worden. In der Begründung der Jury heißt es u.a., „die hessischen Umweltschulen tragen dazu bei, Nachhaltigkeit besser in der deutschen Bildungslandschaft zu verankern.“ Das Projekt setze sich dafür ein, den Fokus qualitativ immer stärker von reiner Umweltbildung hin zur Bildung für nachhaltige Entwicklung zu verschieben, so etwa in Unterrichtseinheiten zu Biodiversität und Naturschutz. Zudem ist die Einrichtung und Besetzung einer Landeskoordination für Globale Entwicklung beabsichtigt. Mit dieser Stelle im Bereich des Hessischen Kultusministeriums sollen die Schulen in der Bewältigung der Aufgabe und der für viele noch neuen Herausforderungen, Globales Lernen und Bildung für nachhaltige Entwicklung umzusetzen und in ihrem Schulprofil zu verankern, unterstützt werden. Als Grundlage dafür dient der Orientierungsrahmen für den Lernbereich Globale Entwicklung der Kultusministerkonferenz. Weiterhin ist die Fortbildung von rund 400 Ausbilderinnen und Ausbildern in den Studienseminaren geplant, die die Inhalte des Globalen Lernens künftig als Bildungsinhalte in den Modulveranstaltungen für die Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst vermitteln werden. Darüber hinaus geht es bei den Aufgaben um die Weiterentwicklung der hessischen Kerncurricula, in denen die Themen der Bildung für nachhaltige Entwicklung und des Orientierungsrahmens auch künftig angemessen berücksichtigt werden sollen. Es geht um die Weiterentwicklung von Fortbildungskonzepten für Lehrkräfte, die schulische Qualitätsentwicklung und die Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft und außerschulischen Bildungsträgern.</p>	<p>Uns GRÜNE leitet der Gedanke, dass wir die Erde von unseren Kindern nur geborgt haben. Wenn wir ihnen das Wissen um ökologische Zusammenhänge und deren Zerbrechlichkeit vermitteln, gelingt es ihnen hoffentlich, zukünftig schonender mit unserem Planeten umzugehen, als wir das viel zu lange nicht getan haben. Nur Menschen, die um diese weltweiten Zusammenhänge wissen, können sich bewusst verhalten, bewusst einkaufen, bewusst leben– und am besten lernen sie das schon als Kinder. Diese Inhalte sind deshalb auch ein elementarer Bestandteil des schulischen Bildungs- und Erziehungsauftrags. Die Vermittlung der ökologischen Zusammenhänge ist eine Querschnittsaufgabe und findet sich daher auch in anderen Schulfächern und während der gesamten Schullaufbahn bis hin zum Abitur wieder. Außerdem wird in naher Zukunft eine Landeskoordinatorin oder ein Landeskoordinator die Vernetzung im Bereich BNE in Hessen vertiefen und somit noch weiter vorantreiben. Wir GRÜNEN wollen weiterhin Initiativen, Netzwerke und Projekte, die einen Fokus auf die Bereiche Umwelterziehung, ökologische Bildung und nachhaltige Entwicklung legen, auf ihrem Weg unterstützen und das Konzept Bildung für nachhaltige Entwicklung noch weiter stärken.</p>	<p>7.10 bis 7.11 „Wir wollen in unserer Nachhaltigkeitsstrategie für das Land Hessen das Thema Entwicklungszusammenarbeit fest verankern. Viele Kommunen haben sich auf den Weg gemacht, globaler zu denken und handeln. Es ist unsere Verantwortung, sie dabei zu unterstützen und zu stärken. Gleiches gilt für die Unterstützung von Schulpartnerschaften mit Ländern des globalen Südens sowie für notwendige Qualifizierungen der Lehrkräfte zu diesem Themenfeld. Unser Ziel ist es, das Weltaktionsprogramm „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ an unseren Schulen strukturell und curricular umzusetzen.“</p>		<p>Leider viel zu wenig. Nachhaltigkeit sollte schon in der Grundschule fächerübergreifend thematisiert werden.</p>

7.11. Wie weit ist die Umsetzung des nationalen Aktionsplans?

CDU	GRÜNE	SPD	FDP	LINKE
<p>Die Anforderungen an das Bildungssystem haben sich mit der Digitalisierung stark gewandelt. Schulen müssen nun sicherstellen, dass alle Kinder die notwendigen Kompetenzen ausbilden können, die die digitale (Arbeits-)Welt von ihnen verlangt. Bund und Länder wollen diese Aufgabe gemeinsam angehen und haben deshalb den DigitalPakt Schule vereinbart.</p> <p>Um die besten Antworten auf die damit einhergehenden Fragen zu finden, ist es notwendig, dass Bund und Länder – unter Beibehaltung ihrer jeweils eigenen Kompetenzen und Zuständigkeiten – gemeinsam die Herausforderungen angehen und nach Lösungen suchen. Wir sprechen uns dafür aus, dass der vom Bund angekündigte DigitalPakt nun schnell umgesetzt wird, damit die Kommunen und Schulen auf dem Weg ins digitale Zeitalter unterstützt und begleitet werden können. Die Länder und Kommunen kümmern sich dabei um die Erarbeitung und Umsetzung von pädagogisch-didaktischen Konzepten, eine geeignete Lehreraus- und -fortbildung, die Entwicklung gemeinsamer Standards sowie die Sicherstellung einer nachhaltigen und professionellen Wartung und Administration der digitalen Bildungsinfrastruktur. Hierfür muss das Grundgesetz noch so geändert werden, dass der Bund allen Ländern und Kommunen Finanzhilfen für die Bildungsinfrastruktur gewähren kann. Das kann er bislang nur für finanzschwache Kommunen tun. Am 2. Mai 2018 hat das Bundeskabinett einen Gesetzentwurf zur Änderung von Art. 104c des Grundgesetzes beschlossen. Nun müssen der Bundesrat und der Deutsche Bundestag zustimmen. Hierfür ist jeweils eine Zwei-Drittel-Mehrheit erforderlich. Die Bundesregierung strebt einen Abschluss des Verfahrens zum Jahresende 2018 an. Danach kann auf Grundlage des Gesetzes über den Bundeshaushalt 2019 eine gemeinsame Vereinbarung von Bund und Ländern geschlossen werden, sodass ab 2019 die Mittel bereitstehen.</p>	<p>Das übergreifende Ziel Bildung für nachhaltige Entwicklung langfristig strukturell in der deutschen Bildungslandschaft zu verankern, wird in Hessen insbesondere im Rahmen der Hessischen Nachhaltigkeitsstrategie verfolgt. Hier kommt der BNE eine besondere Bedeutung und Schlüsselfunktion zu. Die Akteure der vorhandenen BNE-Landesstrukturen sind über den Runden Tisch BNE miteinander vernetzt. Dieses Gremium arbeitet daran, prioritäre Maßnahmen aus dem Nationalen Aktionsplan für Hessen herauszustellen, mit bereits bestehenden Strukturen zu verbinden und weiterzuführen. Das Weltaktionsprogramm ist integraler Bestandteil der hessischen Initiativen und Auszeichnungen „Umweltschule“, „Schuljahr der Nachhaltigkeit“, regionale Netzwerke BNE und der Dachmarke „Nachhaltigkeit lernen in Hessen“. Diesen Weg wollen wir weiter fortsetzen.</p>			<p>Die Linke sieht wenig Konkretes zur Umsetzung. Einzelne Modellprojekte verfehlen das Ziel, schon junge Menschen in allen Schulen für das Thema Nachhaltigkeit zu sensibilisieren. Es ist ein wichtiges Thema und gehört in den Schulalltag integriert.</p>

7.12. Wie stehen Sie zu der Thematik der digitalen Medien statt Büchern?

CDU	GRÜNE	SPD	FDP	LINKE
<p>Die Beherrschung der deutschen Sprache ist die Grundlage von Bildung in fast allen Schulfächern und darüber hinaus unerlässlich für ein Leben in unserem Land. Lesen stellt für den Spracherwerb dabei eine unerlässli-</p>	<p>Wir sind der Meinung, dass das Smartphone das schwere Wörterbuch ersetzen kann oder die E-Learning-Plattform die Blättersammlung. Dafür brauchen Schulen die notwendige Ausstattung wie beispielsweise</p>	<p>„Digitale Medien sind eine Ergänzung zu den Unterrichtsmaterialien, können diese aber nicht komplett ersetzen. Nicht alle Schülerinnen und Schüler verfügen zu Hause über mobile Endgeräte, um sich Bücher herunterzula-</p>		<p>In höheren Jahrgangsstufen kann durchaus auch sinnvoll mit digitalen Medien als Schulbuchersatz gearbeitet werden. In der Grundschule sollten Bücher sicherlich nicht durch digitale Arbeitsgeräte ersetzt werden. Ob digitale Medien als Schulbuchersatz in</p>

<p>che Kulturtechnik dar, die in erster Linie mithilfe von Büchern vermittelt wird. Von daher ist der Umgang mit Büchern im Unterricht nach wie vor essenziell. Ein paralleler Einsatz digitaler Medien ist in vielen Phasen des Unterrichts sicherlich zielführend. Hier sollten die Lehrkräfte aufgrund ihrer didaktischen und methodischen Kompetenz über den entsprechenden Einsatz entscheiden.</p>	<p>SMART-Boards, Whiteboards oder Dokumentenkameras. Der Einsatz digitaler Endgeräte ist für uns aber niemals Selbstzweck, sondern muss in ein pädagogisches Konzept eingebunden sein.</p>	<p>den. Aber digitale Medien können zur Gestaltung innovativer Lehr- und Lernprozesse (u.a. bei individueller Förderung) im Unterricht herangezogen werden, wo es sinnvoll erscheint.“</p>	<p>höheren Jahrgangsstufen genutzt werden sollen hängt auch sehr stark davon ab, ob alle Schülerinnen und Schüler gleichen Zugang und gleiche Zugangskompetenzen zu diesen Medien haben. Auch hier ist die Heranziehung von Experten aus der Lernpsychologie sehr sinnvoll, denn es gibt einige bedenkenswerte Nachteile der digitalen Arbeitsweise, die das Lernen erschweren statt befördern.</p>
--	--	--	---

8. Aussagefähigkeit von Abschlüssen

An den Hochschulen steigen in vielen Bachelorstudiengängen die Abbrecherquoten an. Einige Hochschulen bieten mittlerweile Brückenkurse an, um das Leistungsniveau der Abiturienten auf das Anforderungsniveau der Hochschule zu heben. Selbst in Lehramtsstudiengängen für das Fach Deutsch entsprechen bis in höhere Semester hinein die sprachlichen Ausdrucksmöglichkeiten weder in Wort noch in Schrift den universitären Anforderungen. Ausbildungsbetriebe beklagen mangelnde Fähigkeiten in Mathematik.

8.1. Wie werden Sie dafür sorgen, dass Schülerinnen und Schüler nicht nur Abschlüsse, sondern auch nötige Fähigkeiten/Kompetenzen erhalten?

CDU	GRÜNE	SPD	FDP	LINKE
<p>Auch im digitalen Zeitalter ist und bleibt die analoge Bildung nach der festen Überzeugung der CDU Hessen die elementare Grundvoraussetzung für alle weiteren schulischen Entwicklungsschritte. Als Schlüsselkompetenz kommt dem Lesen und Schreiben in der Amts-, Verkehrs- und Bildungssprache Deutsch dabei eine überragende Bedeutung zu: Nur wer sich in der deutschen Sprache korrekt auszudrücken und entsprechende Texte sinnerfassend zu lesen versteht, erhält Zugang zu den erforderlichen Wissens- und Informationsgrundlagen und damit zu Bildungschancen und erfolgreichen Berufs- und Lebensperspektiven. Um</p>	<p>Wir sind der Ansicht, dass Lehrerinnen und Lehrer an unseren Schulen hervorragende Arbeit bei der Förderung der schulischen und sozialen Kompetenzen von Schülerinnen und Schülern leisten und dass mit</p>	<p>„Kernkompetenzen, wie Lesen, Schreiben und Rechnen müssen schon in der Grundschule erworben werden. Lesen und Textverständnis sind eine elementare Voraussetzung, um soziale und kulturelle Teilhabe zu ermöglichen, um beruflich mitzuhalten und ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Offenbar entlassen unsere Grundschulen viel zu</p>	<p>Diese Frage lässt sich nicht losgelöst von den vorangegangenen aber auch noch folgenden Themenkomplexen beantworten. Die Vermittlung von Kompetenzen und klar definierten Lehrinhalten setzt gute Rahmenbedingungen voraus. Dem-</p>	<p>Die Linke weiß um die hohe Qualität des Unterrichts und um das große Engagement der Lehrerinnen und Lehrer. Eine grundsätzliche Kritik an beidem lehnen wir ab und können wir auch nicht nachvollziehen. Doch</p>

<p>diesen Bildungsauftrag sicherstellen zu können, ist es unerlässlich, das orthographisch korrekte Schreiben von Beginn an systematisch zu vermitteln. Mit einer ganzen Reihe von Maßnahmen tritt die CDU-geführte Landesregierung den bedenklichen Entwicklungen im alltäglichen Gebrauch von Sprache und Schrift wie dem stetig abnehmenden Wortschatz, der Vernachlässigung von Orthographie und Syntax sowie der Zunahme von fragwürdigen Neologismen und Begriffen aus der Slangsprache nachhaltig entgegen: Neben einer Schwerpunktsetzung in der Lehreraus- und -fortbildung sowie einem stärkeren Augenmerk auf sprachliche und insbesondere orthographische Kompetenzen in den Bildungsstandards und Kerncurricula wurde nach Vorbild des erfolgreichen bayerischen Modells auch ein Grundwortschatz von 850 Wörtern zur Stärkung der Rechtschreibkompetenz eingeführt. Als CDU Hessen werden wir zudem auch weiterhin entschieden dafür eintreten, dass die Schreibschrift an den hessischen Grundschulen nicht zugunsten einer Grundschrift oder Fokussierung auf die PC-Tastatur vernachlässigt oder aufgegeben wird. Das Schreiben mit der Hand fördert Studien zufolge nicht nur die Ausbildung motorischer Fähigkeiten, sondern resultiert durch die bewusstere Verarbeitung von Informationen auch in einer Steigerung der Konzentrations- und der kognitiven Leistungsfähigkeit. Zudem werden wir als Christdemokraten auch weiterhin mit allen Kräften verhindern, dass pädagogisch sinnentleerte Lernkonzepte, wie die von rot-grünen Landesregierungen verfochtene Methode ‚Schreiben nach Gehör‘ Eingang in die hessischen Grundschulen finden.</p> <p>Als Folge rot-grüner Experimente sowie der Aufhebung von Leistungsanforderungen und Prüfungsstandards besaß das hessische Abitur bis in die 1990er-Jahre hinein einen außerordentlich schlechten Ruf. Bei der Bewerbung um einen Studienplatz in anderen Bundesländern waren hessische Schüler teilweise sogar mit einem Minuspunkt benachteiligt worden. Seit der Regierungsübernahme der CDU wurden mit einer Reihe von Maß-</p>	<p>einem Schulabschluss selbstverständlich auch der Erwerb von Fähigkeiten und Kompetenzen verbunden ist. Wir unterstützen Lehrerinnen und Lehrer bei ihrer Arbeit beispielsweise mit den neu geschaffenen Stellen für sozialpädagogische Fachkräfte, dem deutlichen Ausbau des Ganztagschulprogramms und den weiteren in diesem Wahlprüfstein beschriebenen Maßnahmen.</p>	<p>viele Schülerin-nen und Schüler, die nicht über die entsprechenden Kompetenzen verfügen. Das zeigte sich auf wieder daran, dass wir bei der letzten IGLU-Studie im internationalen Ranking auf Platz 21 abgerutscht sind. Wir wollen es Lehrkräften durch zusätzliche personelle und materielle Ressourcen ermöglichen, Schülerinnen und Schüler stärker individuell zu bewerten und ihre Kompetenzen zu fördern, statt nur das Erreichen von Lernzielen zu dokumentieren. In der Lehrkräfteaus- und -fortbildung muss der Unterricht in heterogenen Lerngruppen stärker gewichtet werden.</p> <p>Um Schülerinnen und Schüler besser auf die Berufswelt vorzubereiten, wollen wir die Berufsorientierung an den Schulen stärken. Mit der Berufsorientierung erst in der Oberstufe zu beginnen, halten wir für zu spät. Das hilft wenig, um den hohen Abbrecherquoten an Hochschulen und der hohen Zahl freier Lehrstellen entgegenzuwirken. Wir brauchen mehr Verbindlichkeit, fachlich versierte Lehrkräfte und ausreichende Ressourcen zur Verankerung der Berufsorientierung an allen Schulformen. Das bescheinigen uns auch die Wirtschaftsverbände immer wieder.“</p>	<p>entsprechend braucht es individuelle Förderung und vor allem brauchen wir Lehrkräfte, die sich auf die Kernaufgaben konzentrieren können. Nur unter Berücksichtigung der dargelegten Voraussetzung kann gewährleistet werden, dass Schülerinnen und Schüler die beste Bildung erhalten und zwar von Anfang an, denn es darf nicht sein, dass die Verantwortlichkeiten horizontal verschoben werden. Wir treten im Übrigen dafür ein, dass schon in der Grundschule die Kernkompetenzen Lesen, Schreiben und Rechnen in besonderer Weise gefördert werden, um spätere Defizite zu vermeiden.</p>	<p>durch kleinere Lerngruppen, entlastete Lehrkräfte, gut sanierte und ausgestattete Schulgebäude werden auch die Lern- und Lehrbedingungen verbessert. Individuelle Förderung kann unter heutigen Bedingungen nicht ausreichend stattfinden, oftmals fehlt es schon an der Diagnostik. Daher sehen wir hier den dringlichen Handlungsbedarf. Lernen ist keinesfalls das Lernen für Prüfungen. Gutes lernen bedarf Zeit und Freiräume für eigene Erfahrungen und eigene Reflektion.</p>
---	---	---	--	---

<p>nahmen die Leistungsanforderungen wieder erhöht und beispielsweise die Kurswahl in Hessen neu geregelt, so dass eine fortgeführte Fremdsprache, eine Naturwissenschaft oder Mathematik als eines der beiden Leistungsfächer gewählt werden muss. Mit der Einführung des Landesabiturs und zentraler Abschlussarbeiten wurde zudem eine größere Transparenz und Vergleichbarkeit der Leistungen geschaffen. Gleichwohl gilt es das Abitur hinsichtlich seiner Qualität im Sinne der Wissenschaftspropädeutik und als Gradmesser für die Studierfähigkeit der Schüler weiter zu stärken und den Abiturienten den dafür erforderlichen Leistungswillen und die notwendigen Qualifikationen abzuverlangen. Im Gegensatz zu SPD oder Grünen wollen wir keine weitere Nivellierung der Leistungsstandards oder Erleichterungen bei der Kurswahl, sondern höhere Leistungsanforderungen zur Steigerung der Qualität des hessischen Abiturs. Als mögliche Instrumente sind dabei strengere Korrekturvorgaben wie die anonymisierte Zweitkorrektur der Abiturprüfungen durch Lehrkräfte anderer Schulen, eine Anhebung der bislang vergleichsweise niedrigen Anzahl der für das Abitur einzubringenden Kursnoten oder eine restriktivere Vorgabe bei der Wahl der Prüfungsfächer in Betracht zu ziehen. Bereits in der Sekundarstufe sind zudem die Voraussetzungen für einen Übertritt in die Oberstufe entsprechend nach oben anzupassen. Neben einem klaren Bekenntnis zur Beibehaltung der Querversetzung und des Sitzenbleibens umfasst dies auch eine verpflichtende Teilnahme von Schülern in einem Förderkurs bei entsprechendem Votum der Klassenkonferenz und strengere Vorgaben zur Wiederholung von Klassenarbeiten bei schlechtem Notendurchschnitt. Eine einheitliche Stundenzahl für den Wahlunterricht – unabhängig von G8 und G9 – und die Einführung von verbindlichen Qualitätskriterien für den Wahlunterricht ergänzen den qualitätsorientierten Anspruch der Gymnasien. Als weitere konkrete Maßnahme sprechen wir uns zudem für die Wiedereinführung der 3. Fremdsprache als Wahlpflichtfach aus.</p>				
--	--	--	--	--

9. Lehrkräfte

9.1. Wie möchten Sie das Lehramt, insbesondere das Förderschul- und Grundschullehramt attraktiver machen?

CDU	GRÜNE	SPD	FDP	LINKE
<p>Die Fragen werden aufgrund ihres Sachzusammenhanges gemeinsam beantwortet.</p> <p>Nach den drastischen Kürzungen unter der letzten rot-grünen Landesregierung hat die CDU seit Übernahme der Regierungsverantwortung im Jahr 1999 nicht nur 10.000 zusätzliche Lehrerstellen und eine bundesweit einmalige 105-prozentige Unterrichtsversorgung geschaffen, sondern auch die Zahl der Lehrer im Vorbereitungsdienst erhöht und auf einem hohen und bedarfsgerechten Niveau stabilisiert. So wurde die Zahl der Referendarstellen an allen Schulformen von 3.335 auf 4.800 erhöht. Noch im Jahr 2011 war ein Vorhaben der FDP-Kultusministerin Henzler zur Einsparung von Referendarstellen aufgrund des energischen Widerstandes aus den Reihen der CDU-Fraktion verhindert worden. Aufgrund der seit 1999 herbeigeführten Stellen- und Referendarzuwächse hat Hessen heute eines der im Durchschnitt jüngsten Lehrerkollegien aller Länder vorzuweisen. Auch der bundesweite Engpass an verfügbaren Lehrerstellen als Folge der nicht vorhersehbaren Flüchtlingszahlen konnte in Hessen deutlich besser überbrückt werden als in anderen Ländern. Durch seine attraktiven Arbeitsbedingungen hat sich Hessen zudem einen Vorteil im bundesweiten Wettbewerb um die besten Lehrkräfte erarbeitet. Im Bereich der Grund- und Förderschulen haben wir als CDU beispielsweise auf den geänderten Bedarf als Folge der unvorhersehbaren Flüchtlingszahlen mit der Erhöhung der Zahl der Studienplätze für das Lehramt an Grund- und Förderschulen um 50 Prozent bzw. 315 Plätze zum Wintersemester 2017/18 reagiert. Auch die Zahlen zum Bedarf an Gymnasiallehrkräften werden einer stetigen Überprüfung und Anpassung unterzogen, so dass möglichen Engpässen rechtzeitig vorgebeugt und die Zahl der Referendare auch weiterhin bedarfsgerecht gesteuert werden kann.</p>	<p>Die Zahl der jungen Menschen, die sich für ein Lehramtsstudium entscheiden, zeigt, dass die Tätigkeit als Lehrer weiterhin als attraktiver Beruf angesehen wird. So konnten für die deutlich erhöhte Zahl an Studienplätze problemlos Studierende gefunden werden.</p> <p>Die Anforderungen an die Arbeit der Lehrerinnen und Lehrer unterliegen einem stetigen Wandel und haben insgesamt zugenommen. Neben dem Bildungsauftrag wird der Erziehungsauftrag immer bedeutender. Für die zusätzlichen Aufgaben brauchen unsere Schulen auch zusätzliche Unterstützung. Für Schulen mit besonderen Herausforderungen (Sozialindex, Integration, Inklusion)</p>	<p>9.1 bis 9.5</p> <p>„Die Attraktivität des Lehrerinnen- und Lehrerberufs in Hessen hat in den vergangenen Jahren stark nachgelassen, was sich im aktuell auftretenden Lehrermangel niederschlägt. Fast 10 % aller Lehrkräfte sind mit befristeten Verträgen beschäftigt und werden spätestens nach fünf Jahren entlassen, um einem Anrecht auf eine Entfristung zu entgehen. Bei der Anzahl der Lehrkräfte, welche für die Dauer der Sommerferien entlassen werden, um Geld einzusparen, ist Hessen Spitzenreiter. Wir werden diese unsägliche Praxis beenden.</p> <p>Zudem sind Überlastungsanzeigen von Lehrkräften aufgrund unbesetzter Stellen fast an der Tagesordnung. Wir werden prüfen, wie wir Lehrkräfte entlasten können. Zusätzliche Unterstützung werden wir durch den Ausbau multiprofessioneller Teams sowie durch Assistenzkräfte (Erasmusprogramm sowie</p>	<p>Zunächst einmal ist es nach Auffassung der Freien Demokraten dringend erforderlich, dass dem Lehrermangel mit einer laufend aktualisierten Lehrbedarfsplanung begegnet wird, um jungen Menschen so eine verlässlichere Orientierung für ihre Berufswahl zu bieten. Nur auf der Grundlage einer verlässlichen Planung können die notwendigen Kapazitäten von Studienplätzen und Stellen im Vorbereitungsdienst bemessen werden. Dies ist die Voraussetzung für eine vorausschauende Ausbildungs- und Einstellungspolitik, die sich an den tatsächlichen Bedarfen orientiert. Die Anhebung der Grundschullehrkraftgehälter kann nicht von heute auf morgen erfolgen, aber gerade mit Blick auf den Lehrermangel ist diese Entwicklung mehr als notwendig.</p> <p>Wir Freie Demokraten sind der Überzeugung, dass der Lehrerberuf mit Sicherheit zu den herausforderndsten und auch verantwortungsvollsten Berufen zählt, denn es geht um nicht weniger als um die Zukunft unserer</p>	<p>Die Linke hat eine hessenweite Kampagne „A13 für Alle“ gestartet.</p> <p>Doch allein mit gerechter Bezahlung ist es nicht getan. Die hohe Wochenarbeitszeit von hessischen Beamtinnen und Beamten muss reduziert werden, ebenso die Pflichtstunden. Für zusätzliche Aufgaben muss es zusätzliche Entlastung geben und multiprofessionelle Teams gehören in jedes Klassenzimmer.</p> <p>UND: Der hessische Kultusminister muss seine „Nichts sehen, nichts hören, nichts wissen“-Taktik endlich beenden. Auf viele hundert Überlastungsanzeigen von Lehrkräften und</p>

<p>Die Erhöhung der Attraktivität des Lehrerberufes bedarf auch einer Stärkung und Profilierung des Berufsbildes der Lehrer und deren ideelle Unterstützung in der Öffentlichkeit.</p> <p>Konkret laufen derzeit folgende Maßnahmen:</p> <p>Wir weiten die Studienplatzkapazitäten für die Grund- und Förderschule aus.</p> <p>Wir vergeben Lehraufträge an Pensionäre und bitten Teilzeitlehrkräfte, ihre Tätigkeit aufzustocken.</p> <p>Wir bieten einen Weiterbildungskurs für das Grund- und Förderschullehramt für Lehrkräfte mit anderen Lehrämtern an.</p> <p>Wir öffnen das Grundschulreferendariat für Gymnasial- und Haupt-/Realschullehramtsanwärter.</p> <p>Aufgrund der gestiegenen Nachfrage bieten wir zum Einstellungstermin 1. November diesen Jahres 450 Ausbildungsplätze für das Lehramt an Grund- und Förderschulen an.</p> <p>Zusätzlich fahren wir seit den letzten Einstellungs-terminen die Kapazitäten der Studienseminare in den Bereichen Grund- und Förderschulen bis an die Grenze unserer Möglichkeiten hoch, sodass es dort schon seit langem (definitiv in dieser ganzen Legislatur) keine Wartefristen mehr gibt.</p> <p>Auch an den Berufsschulen konnten dank massiver Investitionen in den Bildungsetat trotz der freien Studien- und Berufswahl und des Wettbewerbes mit dem freien Arbeitsmarkt nahezu alle Lehrerstellen besetzt werden.</p> <p>Ungeachtet dieser soliden Ausgangslage wird die CDU Hessen auch künftig verlässlich darauf achten, dass im Falle steigender Schülerzahlen und neuer Bedarfslagen die Ausbildungskapazitäten entsprechend angepasst werden. Auch wenn sich der Bedarf im Zuge des demographischen Wandels reduzieren wird, ist die Versorgung der beruflichen Schulen mit einer ausreichenden Anzahl qualifizierter Lehrkräfte aller beruflichen Fachrichtungen zweifelsohne eine dauerhafte und mit besonderer Intensität zu verfolgende Aufgabe. Insbesondere in den beiden Fächern Metall- und Elektrotechnik ist in allen Bundesländern ein gleichermaßen hoher</p>	<p>sion) streben wir daher eine weitere Verbesserung der Lehrerausstattung über die 105 Prozent hinaus an. Auch wollen wir den Ansatz ausbauen, die Schulen durch Sozialpädagoginnen und -pädagogen in ihrer Arbeit zu unterstützen. Durch zusätzliche Landesmittel für Schulsekretariate und Verwaltungskräfte wollen wir Lehrerinnen und Lehrer von bürokratischen Tätigkeiten entlasten und mehr Raum für die pädagogische Arbeit schaffen. Außerdem bleibt unser Ziel die Rückkehr zur 40-Stunden-Woche für alle Beamtinnen und Beamte. Für Lehrerinnen und Lehrer bedeutet dies eine Reduzierung ihrer Unterrichtsverpflichtung. Die Zahl der befristeten Arbeitsverträge an Schulen wollen wir weiter reduzieren.</p>	<p>Freiwilliges Soziales Jahr) an allen Schulformen schaffen. Außerdem planen wir den Einsatz von Schulgesundheitsfachkräften auszubauen. Für Lehrkräfte, die sich als überlastet empfinden oder Gewalt erfahren, werden wir eine unabhängige Ombudsstelle einrichten.</p> <p>Darüber hinaus werden wir den Berufseinstieg künftig professionell begleiten und für alle Lehrämter Beförderungsmöglichkeiten mit schulspezifischen Aufgaben an den einzelnen Schulen schaffen. Für Grundschullehrkräfte, die eine besondere Verantwortung für den Bildungsweg von Schülerinnen und Schüler haben, werden wir das Studium auf 10 Semester ausweiten und die Studiengänge inhaltlich aufwerten. Die fragwürdige Ungleichbehandlung von Lehrämtern werden wir beenden und die Einstiegsvergütung für alle Lehrämter gleich bei A 13/E13 festlegen. Die Angleichung der Besoldung soll auch durch entsprechende Qualifizierungsangebote für bereits im Schuldienst befindliche Lehrkräfte gelten.</p>	<p>Kinder und Jugendlichen. Ziel muss es sein, für alle diese beste Bildung zu verwirklichen. Deshalb muss die Arbeit der Lehrerinnen und Lehrer gesellschaftliche, mediale aber auch politische Anerkennung erfahren. Darüber hinaus müssen vor allem die Arbeitsbedingungen stimmen. Dazu gehört, dass neben einer angemessenen Besoldung ausreichend Lehrkräfte vorhanden sind, dass die Aus- und Weiterbildung auf exzellentem Niveau erfolgt und dass die Lehrkräfte Unterstützung in ihrer Arbeit erfahren. Die schwarz-grüne Regierung hat in den letzten Jahren Realitätsverweigerung betrieben und die Sorgen und Nöte der Lehrerinnen und Lehrer ignoriert. Dies ist nach Ansicht von uns Freien Demokraten nicht mit der Fürsorgepflicht des Dienstherrn zu vereinbaren und der falsche Weg, um die Arbeit anzuerkennen und Menschen für den Beruf zukünftig zu begeistern und zu motivieren. Vielmehr ist es notwendig, die Rahmenbedingungen zu verbessern, denn nur mit einem gezielten Maßnahmenkonzept kann es gelingen, die Attraktivität des Lehrerberufs wieder zu steigern. Verstärkte frühzeitige Praxiserfahrungen und vor</p>	<p>Schulleitungen wird nicht reagiert, das ist fahrlässig und ein Schlag ins Gesicht für alle hessischen Lehrerinnen und Lehrer.</p>
--	---	--	--	--

<p>Bedarf an ausreichend qualifizierten Bewerber zu verzeichnen. Wir werden dem Bedarf an Fachlehrern für arbeitstechnische Fächer daher durch speziell ausgerichtete Sondermaßnahmen und Quereinstiegsprogramme begegnen, die sich an den konkreten Erfordernissen der jeweiligen beruflichen Fachrichtungen ausrichten. So gilt es insbesondere weitere Aufstiegsmöglichkeiten für die bislang in der Besoldungsgruppe A 11 eingestuftten Fachlehrer für arbeitstechnische Fächer zu schaffen. Darüber hinaus soll das im vergangenen Jahr aufgelegte Programm zum Quereinstieg in das Lehramt an beruflichen Schulen in Metall- und Elektrotechnik bei Bedarf fortgeführt und weiter ausgebaut werden. Berufserfahrene Fachkräfte aus der Wirtschaft, die über einen entsprechenden Hochschulabschluss verfügen, erwerben dabei nach dreijähriger Weiterbildung und bestandener Prüfung das Lehramt an beruflichen Schulen und werden in das Beamtenverhältnis</p> <p>3. Sollen Lehrkräfte weiterhin verbeamtet werden?</p> <p>Ein klares Ja. Gute Bildung, braucht verbeamtete Lehrer. Die Verbeamtung ist angesichts des bundesweiten Lehrermangels ein Attraktivitätsmerkmal des Lehrerberufs und stellt so eine wesentliche Grundlage dar, - in der Konkurrenz zur freien Wirtschaft – hochqualifizierte Kräfte für die Schulen zu gewinnen. Sie wird von einem Großteil der Lehrer gewünscht und trägt wegen des damit einhergehenden Streikverbots zur Gewährleistung des Unterrichts bei. Zudem sind verbeamtete Lehrkräfte in ihren Entscheidungen über Lehrstoff und Noten nur ihrem Amt (d.h. u.a. Fachcurricula, Konferenzbeschlüsse etc.) verpflichtet und anderen gegenüber unabhängig.</p>		<p>Die Arbeitszeit von Lehrkräften ist nicht begrenzt auf Unterrichtsstunden, sondern neu realistisch zu definieren im Hinblick auf erheblich veränderte Anforderungen des Berufs, z. B. Beratung, Förderpläne, Inklusion, Ganztagschule usw. Für schulinterne Absprachen und die Zusammenarbeit mit außerschulischen Partnern und Akteuren müssen feste Kooperationszeiten angerechnet werden. Fristgerechte Stellenbesetzungen müssen wieder selbstverständlich werden. Die mobile Vertretungsreserve werden wir mit voll ausgebildeten Lehrkräften ausbauen, um befristete Verträge zu reduzieren und qualifizierten Vertretungsunterricht sicherzustellen.“</p>	<p>allem auch die Durchlässigkeit sowie die Möglichkeiten des Quereinstiegs können dazu beitragen, dass Berufswege verändert werden. Wir müssen dafür Sorge tragen, dass der Lehrerberuf von den Besten der Besten gewählt und ausgeübt wird, und zwar unabhängig davon, welches Geschlecht er oder sie hat.</p>	
---	--	---	--	--

9.2. Welche Maßnahmen sehen Sie als erforderlich an, um die Grundschullehrerausbildung stets den sich ändernden Anforderungen anzupassen?

CDU	GRÜNE	SPD	FDP	LINKE
	Wir wollen in der Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern – unabhängig davon in welcher Schulform sie unterrichten – Theorie und Praxis enger verzahnen. Die Institutionen der Lehrerbildung sollen daher stärker zusammenarbeiten. Die Fort- und Weiterbildung erhält einen größeren Stellenwert in der schulischen Praxis, denn der entscheidende Faktor zum Gelingen von schulischer Bildung ist der Lehrer oder die Lehrerin. Neben einer guten Versorgung mit Stellen profitieren unsere Schulen also vor allem von einer guten Ausbildung der neuen Lehrkräfte und der Fortbildung derjenigen, die bereits in der Schule tätig sind.			Das ist eine Herausforderung! Und nicht nur die Ausbildung muss angepasst werden, die Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften ebenso. Politische und gesellschaftliche Veränderungen müssen zur Kenntnis genommen und mit allen Akteuren (also den Lehrerinnen und Lehrern, den Schülerinnen und Schülern und den Eltern) gemeinsam besprochen werden. Ob an einem runden Tisch oder mittels eines hessischen Bildungsrats ist dabei nicht erstrangig. Wichtig ist, dass schnell auf neue Anforderungen (oder auch alte wie beispielsweise die Inklusion, über die seit Jahrzehnten in Hessen diskutiert wird) reagiert werden kann.

9.3. Sollen Lehrkräfte weiterhin verbeamtet werden?

CDU	GRÜNE	SPD	FDP	LINKW
	Ja, wir wollen auch in Zukunft, dass hessische Lehrer und Lehrerinnen verbeamtet werden können.			Ja. Eine Diskussion darüber halten wir aber für angemessen.

9.4. A 13 für Grundschullehrkräfte?

CDU	GRÜNE	SPD	FDP	LINKE
Wir halten das gegenwärtige Besoldungsgefüge für angemessen. Im Bereich der Grundschulen hat die CDU-geführte Landesregierung 2014 die Besoldung der Schulleiterinnen und Schulleitern angehoben und zuletzt bei den Konrektorenstellen ebenfalls eine Anhebung vorgenommen, die zu einer Besoldungserhöhung geführt hat, von der über 900 Lehrkräfte in den Schulleitungsteams der Grundschulen profitiert haben. Kleine Grundschulen erhalten außerdem erstmals eine Konrektorenstelle als stellvertretenden Schulleiter.	Wir werden uns in der Kultusministerkonferenz für eine bundesweit einheitliche Regelung für die Bezahlung der Grundschullehrkräfte nach A13 einsetzen.			Unbedingt!

9.5. Wie sehen Sie den Stellenwert und die Bezahlung von frühkindlichen Bildungsträgern?

CDU	GRÜNE	SPD	FDP	LINKE
<p>Kinder sind unsere Zukunft! Wir werden Kinder und Familien deshalb weiter in das Zentrum unserer Politik rücken und Hessen als familien- und kinderfreundliches Land nach vorne bringen. Mit der familienpolitischen Offensive, den Empfehlungen der Kommission „Hessen hat Familiensinn“ und dem Ausbau von Familien- und Mütterzentren wollen wir hessenweit die gute und verlässliche Infrastruktur für Familien weiter ausbauen. Unser Motto bleibt: Kinderlärm ist Zukunftsmusik!</p> <p>Solides Haushalten macht es möglich: Seit dem 1. August 2018 ist in Hessen die Betreuung im Kindergarten für bis zu sechs Stunden am Tag beitragsfrei. Im Durchschnitt spart eine Familie damit rund 5000 Euro pro Kind. Mittelfristig werden wir dieses Angebot an die Eltern noch weiter ausbauen. Zusätzlich investiert das Land massiv in die Qualität der Kinderbetreuung. Wir wollen die besten Betreuungsangebote für unsere Kinder. Das sind uns die Kinder und Familien wert! Dabei stehen wir zur Wahlfreiheit der Eltern. Der Staat soll nicht die Lufthoheit über die Kinderbetten bekommen. Die Familien wissen am besten, was für ihre Kleinen richtig ist. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wollen wir – auch durch die Chancen, die die Digitalisierung bietet – weiter verbessern, damit Wahlfreiheit erlebbar ist.</p> <p>Wir schaffen Freiräume für Familien und wollen, dass sie die nötigen Ressourcen, gemeinsame Zeit, und echte Wahlfreiheit zur Gestaltung des familiären Zusammenlebens haben. Unsere Politik schafft gute Rahmenbedingungen, um den Familien ihren Alltag zu erleichtern, sie zu entlasten und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu ermöglichen.</p> <p>Allen Kindern in Hessen wollen wir unabhängig von ihrer Herkunft und ihres familiären Hintergrunds einen guten Start in ein eigenständiges Leben ermöglichen. Wir wollen gewährleisten, dass jedes Kind zu einem gesunden, selbstständigen Menschen heranwachsen kann. Für Familien, in denen Kinder besonders belastenden Lebenssituationen ausgesetzt sind, stellen wir eine flächendeckende Unterstützungs- und Beratungsinfrastuktur bereit, um das Kindeswohl in der Familie zu gewährleisten. Wo dies allein nicht greift, stehen wir für eine starke Jugendhilfe, die rechtzeitig und entschlossen eingreift.</p> <p>Wir haben die Kindergartengebühren weitgehend abgeschafft. Mit der 6-stündigen Beitragsfreistellung der Kinderbetreuung für Kinder ab dem dritten Lebensjahr haben wir Familien entschieden entlastet. Perspektivisch wollen wir die Beitragsfreiheit – mit Hilfe des Bundes und sofern es die wirtschaftliche Situation des Landes erlaubt – weiter ausdehnen. Mittelfristig sollen so auch für Kinder unter 3 Jahren und für eine längere tägliche Betreuungszeit keine Elterngebühren erhoben werden.</p>	<p>Wir GRÜNE fordern, die Arbeit von Erzieherinnen und Erziehern aufzuwerten. Dazu gehört ein besserer Lohn und bessere Arbeitsbedingungen. Wir werden die Tarifhoheit nicht antasten, fordern aber die Tarifpartner auf, die wichtige Arbeit in den Kindertagesstätten besser zu vergüten. Die Arbeitsbedingungen wollen wir verbessern, indem wir ein eigenes Fortbildungsbudget einrichten. So können die Beschäftigten sich weiterbilden und zum Beispiel so eher Aufstiegschancen wahrnehmen.</p>			<p>Frühkindliche Bildung sollte denselben gesellschaftlichen Stellenwert wie andere Bildungsbereiche haben. Dementsprechend ist die Ausstattung und Bezahlung auch anzupassen. Der Mangel an Erzieher*innen hängt mit den schlechten Arbeitsbedingungen und der niedrigen Bezahlung zusammen. Wir brauchen einen besseren Personalschlüssel (1 zu 3 für die Unterdreijährigen und 1 zu 8 für die Überdreijährigen). Leitungskräfte müssen freigestellt werden, Erzieher*innen brauchen ein Zeitkontingent für die Arbeit mit den Eltern, Fachkräften und Institutionen, die mit den Kindern zu tun haben, außerdem müssen Ausfallzeiten für Urlaub, Krankheit und Fortbildung vorgesehen sein. Die Landesregierung muss die Kosten der Kindertagesbetreuung weitestgehend übernehmen, um die Kommunen zu entlasten und für gleiche Lebensverhältnisse im Land zu sorgen. Erst dann sind mehr finanzielle Mittel vorhanden, um die Bezahlung der Erzieher*innen bei den nächsten Tarifverhandlungen zu verbessern.</p>

<p>Wir haben massiv in die Qualität der frühkindlichen Bildung und Betreuung investiert. Wir werden dafür sorgen, dass die Qualität weiter steigt und Kindertagesstätten und Kindergärten personell und sachlich optimal ausgestattet sind.</p> <p>Der Bildungs- und Erziehungsplan ist Garant für eine gute Qualität in der frühkindlichen Betreuung. Wir werden die Kindertagesstätten weiter durch finanzielle Leistungen darin stärken, die pädagogisch beste Kinderbetreuung anzubieten, damit unsere Kinder optimal gefördert werden. Einen Schwerpunkt werden wir dabei auf die Sprachförderung legen, um allen Kindern eine gute und gleichwertige Ausgangsposition für ihre weitere Entwicklung zu ermöglichen.</p> <p>Die Erzieherinnen und Erzieher leisten enorm wichtige Arbeit. Wir setzen uns im Dialog mit den Sozialpartnern dafür ein, dass diese Arbeit und die hervorragende Ausbildung angemessen honoriert werden.</p> <p>Wir wollen den Beruf des Erziehers attraktiver machen, um die erforderlichen Fachkräfte zu gewinnen. Dazu gehört auch, dass die Ausbildung gestrafft und in der Ausbildung geleistete Praxiszeiten bereits ordentlich entlohnt werden müssen.</p> <p>Die Betreuung durch Tagesmütter und -väter ist uns sehr wichtig und wertvoll. Wir wollen Tageseltern stärken und die Betreuung durch Tageseltern im Sinne der Wahlfreiheit perspektivisch in gleicher Weise wie in Kindertagesstätten freistellen und die Eltern von Kosten entlasten.</p> <p>Wir werden die familienpolitischen Leistungen Hessens weiterführen und weiter ausbauen. Dazu gehören insbesondere die Hessischen Familienzentren, in denen wir vermehrt auch Verbraucherschutzberatungen und Sicherheitsberatungen anbieten werden.</p>				
--	--	--	--	--

10. Schülerbeförderung und Schülerticket

Viele Schulen arbeiten heute im Ganztagsbetrieb. Die ausgedehnten Schulzeiten bringen es mit sich, dass sämtliches Schulmaterial (nicht nur Bücher und Hefte, sondern auch Sporttaschen, Musikinstrumente u.v.m.) auf dem Rücken zur Schule getragen werden muss. Schülerinnen und Schüler tragen täglich ein Gepäck von 3,5 bis 8 kg. Dabei werden Grundschulkindern Schulwege von zwei Kilometern und allen anderen Schülerinnen und Schülern mitunter Schulwege von drei Kilometern zugemutet. Das im letzten Schuljahr eingeführte hessenweite Schülerticket kostet 365 Euro im Jahr pro Kind.

10.1. Halten Sie am § 161 des Hessischen Schulgesetzes noch fest?

CDU	GRÜNE	SPD	FDP	LINKE
Ja, wir beabsichtigen nicht, hier	Mit dem Schülerticket können alle Schülerinnen und Schüler sowie alle Auszubildenden alle öffentlichen Verkehrsmittel in ganz Hessen für einen Euro am Tag nutzen. Schülerinnen und Schülern, die weiter	10.1 bis 10.3 „Ja, aber wir setzen uns dafür ein, dass die Kosten für die Schülerbeförderung nicht		Nein, wir fordern eine kostenlose Schülerbeförderung für alle Schülerin-

<p>die diesbezüglichen Kompetenzen der Kommunen und Landkreise als Schulträger in Frage zu stellen und so gegen das Konnexitätsprinzip zu verstoßen.</p>	<p>entfernt wohnen als 2 km bei Grundschulern und 3 km bei weiterführenden Schulen, bekommen die Kosten für das Schülerticket vollständig erstattet. Auch „wenn der Schulweg eine besondere Gefahr für die Sicherheit und die Gesundheit der Schülerinnen und Schüler bedeutet oder eine Schülerin oder ein Schüler ihn aufgrund einer Behinderung nicht ohne Benutzung öffentlicher oder privater Verkehrsmittel zurücklegen kann“, kann der Ticketpreis den Eltern gemäß § 161 Abs. 2 Hessisches Schulgesetz (HSchG) erstattet werden. Innerhalb von zwei Jahren sind die Verkaufszahlen der Schülerjahreskarte von 255.000 in 2015/2016 auf 407.000 in 2018/2019 gestiegen, also um 60 Prozent. Im ländlichen Raum liegen die Steigerungsraten deutlich darüber. So sind die Verkaufszahlen in diesen zwei Jahren in Hersfeld-Rotenburg um 244 Prozent gestiegen, in Waldeck-Frankenberg um 229 Prozent oder im Schwalm-Eder-Kreis um 220 Prozent. Das zeigt, dass das Schülerticket auch im ländlichen Raum eine verbesserte Mobilität bietet und Kinder und Jugendliche nun selbstständig ihre Wege gestalten können, ohne auf das Elterntaxi angewiesen zu sein. Verabredungen und Ausflüge sind damit spontan und kostengünstig organisiert. Vor weiteren Schritten warten wir natürlich die vollständige Evaluierung des Schülertickets ab. Wenn klar ist, wie hoch der tatsächliche Finanzbedarf ist, kann entschieden werden, ob eine Änderung des HSchG möglich ist.</p>	<p>nur in der Primarstufe sowie in der Sekundarstufe I durch die Träger der Schülerförderung übernommen werden, sondern auch für den Besuch der Sekundarstufe II sowie der gesamten dualen Berufsausbildung. Wir wollen, dass sich das Land analog zu den bisherigen Regelungen für die Sekundarstufe I an den Kosten beteiligt. Für die Einführung eines kostenlosen Schülertickets für alle Schülerinnen und Schüler fehlt uns eine Quantifizierung. Die Einführung des 365-Euro-Schülertickets hat zu Ungerechtigkeiten geführt, die wir abbauen möchten. Beispielsweise bei Schulveranstaltungen außerhalb der Schule tritt die Situation ein, dass einige Schülerinnen und Schüler mit dem Schülerticket den Öffentlichen Personennahverkehr kostenlos nutzen, weil ihnen das Ticket erstattet wird, andere jedoch den vollen Fahrpreis entrichten müssen. Diese Ungleichbehandlung missbilligen wir und haben die Landesregierung aufgefordert, diese Ungerechtigkeit zu beenden und hierfür ein Konzept vorzulegen.“</p>		<p>nen und Schüler und für alle Auszubildenden und die Streichung des §161 HschG.</p>
--	---	---	--	---

10.2. Befürworten Sie die Einführung eines kostenfreien Schülertickets für alle Schülerinnen und Schüler (von der Grundschule bis zur Ausbildung)?

CDU	GRÜNE	SPD	FDP	LINKE
Mit dem neuen Schülerticket können Hessens Schülerinnen und Schüler sowie Auszubildende seit	Die Einführung des landesweit gültigen Schülertickets für		Wir sind bei der Frage von Änderungen	Ja.

<p>dem Schuljahr 2017/2018 erstmals für einen Euro am Tag hessenweit mit Bahnen und Bussen fahren. Das transparente und einfache Angebot endet nicht an der Stadt- oder Landkreisgrenze. Es gilt in ganz Hessen und darüber hinaus in Mainz und einigen angrenzenden Gebieten und ist damit bundesweit einmalig. Die bisher geltenden Regelungen für die Erstattung oder kostenfreie Bereitstellung der RMV Clevercard und des MobiTicks über die Schulen gelten zudem weiter. Viele Schülerinnen und Schüler bekommen das neue Ticket deshalb kostenfrei über die Schule oder es wird ihnen wie gewohnt erstattet.</p> <p>Wir wollen den ÖPNV attraktiv erhalten. Das erfolgreiche Schülerticket Hessen, mit dem alle Schülerinnen und Schüler und Auszubildenden für 1,- Euro am Tag durch ganz Hessen fahren können, wollen wir weiter ausbauen und deshalb prüfen, ob nach dem Vorbild des Schülertickets ein Hessenticket schrittweise allen hessischen Bürgern zur Verfügung gestellt werden kann.</p>	<p>365 Euro im Jahr für alle Schülerinnen und Schüler, Auszubildende und Bundesfreiwilligendienstleistende ist ein Meilenstein für den umweltfreundlichen Verkehr und ein bundesweit einmaliges Angebot. Flatrate-Tickets sind attraktive Alternativen zum individuellen Fahrzeug mit all seinen Haltungskosten und schädlichen Auswirkungen auf Umwelt und Natur. Je attraktiver diese Angebote sind, desto mehr Menschen werden sie in Anspruch nehmen und auf diese Weise zur Finanzierung beitragen. Gleichzeitig leistet eine stärkere Inanspruchnahme des ÖPNV einen Beitrag dazu, die Verkehrsbelastung und damit die Staugefahr auf hessischen Straßen zu reduzieren. Deshalb wollen wir die Einführung weiterer Flatrate-Tickets vorantreiben. Wir sind offen für Gespräche, ob die derzeitigen Regelungen zu den Fahrtkosten für Schülerinnen und Schüler ausreichend sind.</p>		<p>unter Berücksichtigung einer verantwortungsvollen Haushaltspolitik zurückhaltend. Allerdings sehen wir Handlungsbedarf zur Beseitigung der neuen Ungerechtigkeiten, die durch die Einführung des kostenfreien Hessentickets für die Landesbediensteten und auch durch die unterschiedlichen Leistungen im Rahmen des Schülertickets verursacht werden. Während Lehrkräfte und manche Schüler kostenfrei ganz Hessen bereisen können müssen andere zahlen. Das ist so nicht akzeptabel.</p>	
--	---	--	---	--

10.3. Welche Maßnahmen zur Evaluierung und Erweiterung des öffentlichen Nahverkehrs werden Sie vornehmen?

CDU	GRÜNE	SPD	FDP	LINKE
<p>Wir unterstützen ein Miteinander der verschiedenen Verkehrssysteme. Ziele in der Stadt und auf dem Land müssen zu Fuß, per Auto, per Rad und mit dem ÖPNV gut erreichbar sein. Zudem setzen wir auf neue Mobilitätskonzepte wie bspw. die Elektromobilität, das „Car-Sharing“ und Mietfahrräder. Wir bekennen uns zu einem integrierten Ansatz, der Fahrzeugtechnologie, Kraftstoffe, Infrastruktur, intelligente Verkehrssysteme, Fahrverhalten und Vernetzung der Verkehrsträger gleichermaßen berücksichtigt. Dies schließt eine kontinuierliche Evaluation der rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen des ÖPNV in Hessen ein.</p> <p>Für den ÖPNV werden die drei Verkehrsverbände in Hessen – NVV, RMV und VRN – über die gesamte Laufzeit der neuen Finanzierungsvereinbarung 2017 bis 2021 rund vier Milliarden Euro erhalten, darunter auch erstmals wieder Landesgelder. Dies ist eine Steigerung von rund</p>	<p>Die wissenschaftliche Begleitstudie zur Einführung des Schülertickets attestiert dem Projekt schon ein Jahr nach dem Start erste positive Effekte. So fährt mehr als jede/r vierte Schüler/in mit dem Schülerticket häufiger mit Bus und Bahn. Drei von vier Schülerinnen und Schüler fahren mindestens vier Mal pro Woche Bus und Bahn. Davon profitieren auch die Eltern, denn das Elterntaxi kostet sie 28 Minuten pro Tag Fahrtzeit und im</p>		<p>Unseres Erachtens ist der der ÖPNV nicht auf kurzfristige Veränderungen im Schulablauf, z.B. durch den Ausfall von Stunden oder Projekttag eingerichtet, so dass Eltern in Sorge sind, wie ihre Kinder sicher nach Hause kommen. Besonders in ländlichen Regionen ist der ÖPNV nur begrenzt verfügbar. Wir wollen den ÖPNV flexibler machen und stärker an den tatsächlichen Bedarf ausrichten. Innovative Mobilitätsplattformen wie Moovel zeigen, wie durch digitale On-Demand-Steuerung der Bus dann kommt, wenn wirklich jemand fahren will. Durch</p>	<p>Nein, wir fordern eine kostenlose Schülerbeförderung für alle Schülerinnen und Schüler und für alle Auszubildenden und die Streichung des §161 HschG.</p>

<p>24 Prozent gegenüber der vorherigen Finanzierungsperiode. Mit diesen Geldern werden die Mobilitätsleistungen der Verkehrsverbünde gesichert und ausgebaut. Dabei geben insbesondere auch die vom Land in den vergangenen Jahren gegründeten Fachzentren für die Mobilität im bzw. „Nachhaltige Urbane Mobilität“ liefern zudem für die Arbeit der Verkehrsverbünde wichtige fachliche Impulse.</p> <p>Mit dem Mobilitätsfördergesetz leisten wir zudem einen weiteren wichtigen Beitrag, um die Infrastruktur in den hessischen Städten und Gemeinden insgesamt zu stärken und auszubauen. Wir setzen ab 2020 mit Auslaufen der Bundesförderung selbst 100 Millionen Euro ein, um auf kommunaler Ebene für Planungs- und Finanzierungssicherheit zu sorgen und Mobilität in der Fläche gewährleisten zu können. Dadurch können auch in Zukunft z. B. der Bau und Ausbau von Haltestellen, Verkehrsstationen und Mobilitätsstationen wie auch die Beschaffung elektrisch betriebener Busse oder der kommunale Straßenbau unterstützt werden.</p> <p>Über 200 Kommunen sind zudem der vom Land initiierten „Arbeitsgemeinschaft Nahmobilität Hessen“ beigetreten, die sich dem Ziel verschrieben hat, optimale Bedingungen für Fußgänger und Radfahrer zu fördern. Grundlage hierfür ist die im vergangenen Jahr vorgestellte „Nahmobilitätsstrategie Hessen“.</p>	<p>Durchschnitt täglich einen Fahrtweg von 13 km. Wegen der verbesserten Mobilität der eigenen Kinder haben schon 5 Prozent der Eltern ihren Pkw eingespart. Solche Erfolge bestätigen uns darin, den seit 2014 eingeschlagenen Weg für mehr nachhaltige Mobilität in Hessen fortzusetzen. Unsere Basis dafür sind die im Frühjahr vom Hessischen Verkehrsminister vorgelegte Hessenstrategie Mobilität 2035 (https://gruenlink.de/1hj8) und die Nahmobilitätsstrategie des Landes Hessen (https://gruenlink.de/1hj9). Dazu werden wir die effiziente Infrastruktur weiter stärken, Digitalisierung und intelligenten Verkehr vorantreiben, Nahmobilität und Vernetzung unterstützen und mittels Planung und Gesetzen einen verlässlichen Rahmen schaffen.</p>		<p>virtuelle Haltestellen ist es außerdem möglich Passagiere dort ein- und aussteigen zu lassen, wo sie wirklich hinwollen und nicht wo die reguläre Haltestelle ist. Im Raum Stuttgart laufen solche Projekte und wir möchten das für Hessen auch umsetzen.</p>	
---	--	--	--	--

11. Ganztagsschulen

11.1. Welche Bedeutung hat für Sie und Ihre Partei die ganztägig arbeitende Schule und welche Bedeutung hat die Ganztagschule (bitte nach Grundschule und Sekundarstufe I differenzieren)?

CDU	GRÜNE	SPD	FDP	LINKE
<p>Die Fragen 14.1 – 14.5 werden aufgrund ihres Sachzusammenhanges gemeinsam beantwortet. Immer mehr Eltern sind voll berufstätig und wünschen sich, ihre Kinder ganztags betreut zu wissen.</p>	<p>Die Verwirklichung von mehr Bildungs- und Chancengerechtigkeit ist unser</p>	<p>11.1 bis 11.2 „Die SPD steht für vollständig gebühnere, gute Bildung und Be-</p>	<p>Wir wollen den flächendeckenden bedarfsorientierten und qualitativ hochwertigen Ausbau</p>	<p>Nur rund 1 % aller hessischen Grundschulen sind echte,</p>

<p>Deshalb haben wir verlässliche Schulzeiten eingeführt und den Pakt für den Nachmittag geschmiedet. Diesen Weg gehen wir weiter. Ganztägige Betreuung und Beschulung sind keine Themen für ideologischen Streit. Es darf keinen Ganztagszwang für alle Kinder geben. Es gilt die Wahlfreiheit der Eltern. Wir wollen Möglichkeiten erhalten, den Kindern am Nachmittag Raum und Zeit außerhalb der Schule zu geben, denn auch Aktivitäten in Feuerwehren, Sportvereinen, Hilfsorganisationen und an anderer Stelle dürfen nicht zu kurz kommen. Wir werden die Ganztagsangebote weiter bedarfsorientiert ausbauen. Wir setzen auf eine Vielfalt von freiwilligen, offenen, teilgebundenen und gebundenen Ganztagsangeboten. Der Ausbau des erfolgreichen „Paktes für den Nachmittag“ im Sinne von Wahlfreiheit, Angebotsvielfalt und Bedarfsorientierung hat für uns Priorität.</p> <p>Mit unserem Ganztagsprogramm unterstützen wir somit die verantwortlichen Städte und Landkreise beim Ausbau dieser Angebote. Hohe Bedeutung kommt der engen Kooperation der Schulen vor Ort mit den Schulträgern (Kommunen), Einrichtungen der Jugendhilfe und ansässigen Musikschulen, Sportvereinen, Fördervereinen und anderen Institutionen zu. Durch unser Ganztagsprogramm wollen wir die Schulen dabei unterstützen, im Unterricht und darüber hinaus Kindern und Jugendlichen individuelle Lernanregungen zu geben – mit Angeboten, die sie fördern, bereichern und ihr Interesse wecken. Gerade Kinder und Jugendliche aus bildungsfernen Haushalten sind auf diese Möglichkeiten zur Verbesserung ihrer Bildungschancen besonders angewiesen.</p> <p>Für den Ausbau der Ganztagsangebote im Ganztagsprogramm und im Pakt für den Nachmittag stehen in Hessen seit dem Schuljahr 2016/2017 in jedem Schuljahr bis zum Schuljahr 2019/2020 insgesamt 350 Stellen zusätzlich zur Verfügung. In den 350 Stellen enthalten sind die in den Haushaltsjahren 2016, 2017 und 2018/2019 jeweils 120 Stellen aus einem 6 Millionen Euro-Zusatzpaket. Damit können wir mehr gebundene und teilgebundene Angebote an den Schulen schaffen und den Ausbau im weiterführenden Bereich fördern. Im Schuljahr 2016/2017 wurden Ressourcen im Umfang von rund 2.200 Stel-</p>	<p>zentrales Ziel für Hessens Schulen. Ganztagschulen leisten dafür einen wesentlichen Beitrag, denn sie ermöglichen mehr individuelle Förderung, Qualitätsentwicklung und Kooperation der Lehrkräfte untereinander, eine bessere Zusammenarbeit mit Eltern und Jugendhilfe sowie die verstärkte Öffnung zum schulischen Umfeld. Gerade Kinder aus benachteiligten Schichten profitieren von längeren Schultagen, in denen kindgerechte und effektive Lernrhythmen verwirklicht werden können. In den Ganztagschulen können aber auch Kinder mit besonderen Begabungen besser gefördert werden. Ganztagsangebote und Ganztagschulen sind ein entscheidender Beitrag zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Sie entsprechen den Anforderungen an eine moderne Familienpolitik, die auf die</p>	<p>treuung von Anfang an. Wir wollen allen Familien, die das wünschen, moderne Ganztagschulen ohne Gebühren am Nachmittag anbieten, weil echte Ganztagschulen die Talente von Kindern besser erkennen und fördern können und damit zu mehr Chancengleichheit beitragen. Der Ganztagschul-ausbau (in gebundener und teilgebundener Form) hat für uns eine hohe Priorität.</p> <p>Bis es endlich auch in Hessen ein bedarfsdeckendes Angebot an echten Ganztagschulen gibt, muss es für hessische Eltern einen Rechtsanspruch auf Nachmittags- und Schulferien-betreuung geben. Die bestehenden Ganztagsangebote sollen dafür pädagogisch sinnvoll weiterentwickelt und verbessert werden.</p> <p>Von den insgesamt 1.100 Grundschulen in Hessen sind gerade einmal 10 echte Ganztags-schulen im Profil 3, an denen über den Tag verteilt Unterricht, Sport, Spiel, Bewegung, individuell betreute Lernzeiten sowie Fachförderung angeboten wird. Die übrigen Grundschulen bieten höchst unterschiedliche Betreuungsangebote zu unter-</p>	<p>von Schulen mit Ganztagsangeboten und Ganztagschulen fortführen. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf darf nicht mit der Einschulung enden, sondern muss insbesondere in der Grundschulzeit gewahrt bleiben. Jedoch sollen standortbezogen zunächst weitere Angebote auf freiwilliger Basis geschaffen werden, die allen Schulformen offenstehen. Dabei müssen zunehmend Betreuungs- und Bildungsangebote nach klarem pädagogischem Konzept integriert werden. Betreuung darf sich nicht länger auf „Aufbewahrung“ beschränken. Dazu bedarf es multiprofessioneller Teams aus Lehrkräften und Erziehern, für die weitere Stellen geschaffen werden müssen. Die Angebote kommen auch den Kindern zugute, die zu Hause nicht optimal gefördert werden können, und erhöhen die Chancengerechtigkeit, wenn durch die Möglichkeit qualifizierter Hausaufgabenbetreuung mangelnde Unterstützungsmöglichkeiten frühzeitig abgemildert und sportliche, musische und künstlerische</p>	<p>ganztätig arbeitende, rhythmisierte Ganztagschulen. Das ist leider traurige Wahrheit hier in Hessen! Dabei sind es die Ganztagschulen, die den Zusammenhang zwischen Bildungsweg und sozialer Herkunft aufbrechen. Aber auch bei den weiterführenden Schulen reicht uns die Zahl der Ganztagschulen nicht aus. Die Mehrgliedrigkeit des Schulsystems lehnen wir ab.</p>
--	--	--	---	--

<p>len für Lehrkräfte und pädagogisches Personal für den Ganztagsausbau bereitgestellt. Im Schuljahr 2017/2018 waren es rund 2.600 Lehrer- und Erzieherstellen und im Schuljahr 2018/19 sind es rund 2.950. Mit diesem erheblichen Ressourceneinsatz konnten wir die Zahl der ganztägig arbeitenden Schulen in den vergangenen Jahren stetig ausbauen und zum Schuljahr 2018/2019 können wir 1.155 Schulen im Ganztagsprogramm des Landes verzeichnen. Betrachtet man beispielsweise allein die Anzahl der reinen Grundschulen und verbundenen Grundschulen im Ganztagsprogramm, hat sich diese seit 2011/2012 von 321 auf 632 Schulen im Schuljahr 2018/2019 erhöht und damit fast verdoppelt. Damit arbeiten aktuell über zwei Drittel aller allgemeinbildenden Schulen der Grundstufe und der Sekundarstufe I (inklusive Förderschule) ganztägig. Seit dem Start 2015 haben alle Schulträger die Möglichkeit, sich dem Pakt für den Nachmittag anzuschließen. Dies geschieht in enger Kooperation mit den Strukturen vor Ort. Durch die Konzeption werden bestehende Betreuungs- und Vereinsstrukturen in das Paktangebot integriert, was gerade in ländlichen Regionen zusätzlich zu einer Aufwertung der Vereinsstrukturen führt. Durch den Pakt für den Nachmittag erhalten die Eltern die Möglichkeit eines verlässlichen Bildungs- und Betreuungsangebotes von 7.30 bis 17.00 Uhr und bei Bedarf in den Ferien an der Schule ihres Kindes. Sie können, je nach Schulträger, zwischen verschiedenen Modulen wählen, kürzeren bis 14.30 Uhr oder 15.00 Uhr und längeren bis 16.00 Uhr oder 17.00 Uhr. Auch im Schuljahr 2018/2019 gehen wir mit dem Pakt weiter in die Fläche. Wir haben vier neue Schulträgerregionen und insgesamt 42 neue Schulen in das Programm aufgenommen. Damit nehmen inzwischen drei Viertel aller Schulträger (25 von 33) mit insgesamt 208 Schulen am Angebot teil. Dafür stellen wir den 208 Paktschulen aktuell rund 530 Stellen zur Verfügung</p>	<p>Veränderungen von Familienstrukturen reagiert und Antworten bereithält. Mit dem „Pakt für den Nachmittag“ haben wir bereits begonnen, ein Bildungs- und Betreuungsangebot von 7.30 bis 17.00 Uhr für alle Grundschulen umzusetzen. Den „Pakt für den Nachmittag“ sehen wir als Einstieg in die Ganztagschulentwicklung einer Grundschule. Auch den weiterführenden Schulen wollen wir die Weiterentwicklung ihrer Ganztagsangebote ermöglichen, denn auch hier brauchen viele Schülerinnen und Schüler mehr Zeit zum Lernen und für individuelle Förderung. Auch hierfür werden wir weiterhin Ressourcen bereitstellen. Der Schwerpunkt liegt aber auf den Grundschulen. Denn auf den Anfang kommt es an.</p>	<p>schiedlichen Konditionen und kostenpflichtig. Die SPD hat sich zum Ziel gesetzt, je Schuljahr 50 Ganztagsgrundschulen zu schaffen. Der Pakt für den Nachmittag hat an dem Problem, dass die Arbeitszeiten mit den Betreuungzeiten der Schulen oft nicht zueinander passen, nichts geändert. Zudem sind an kaum einer Grundschule neue Betreuungsplätze entstanden, Vielmehr sind bestehende Angebote nur umetikettiert worden. Berufstätige Eltern sehen sich nach fünf Jahren Schwarz-Grün einem Flickenteppich an unzureichenden und oft sehr teuren Angeboten gegenüber. Auch bei den weiterführenden Schulen kommt Hessen mit dem Ausbau nicht voran. Die Zahl der Schulen im Profil 3 ist in den letzten fünf Jahren um durchschnittlich fünf Schulen pro Schuljahr auf insgesamt 107 gestiegen. Deshalb werden wir ein Programm zum Ausbau von Ganztagschulen verabschieden, das den Schulen verlässliche Entwicklungsperspektiven bietet. Inklusive Beschulung und besondere Förderung müssen auch am Nachmittag qualitativ hochwertig möglich sein.“</p>	<p>Aktivitäten ausgeübt werden können. Durch die Öffnung der Schulen und die Kooperation mit Verbänden, Vereinen, Organisationen und außerschulischen Lernorten können die Bildungs- und Betreuungsangebote besser aufeinander abgestimmt und Kinder besser gefördert werden. Bis zum Jahre 2023 soll in ganz Hessen die Ganztagsbetreuung bis 17 Uhr an jeder Schule ermöglicht werden. Wir wollen aber auch den Lebensraum Familie geschützt wissen und setzen uns für das Recht der Kinder auf selbstbestimmte Freizeit und Kindsein ein. Hausaufgaben müssen sich zu Lernaufgaben entwickeln, die in der Schule in sog. Lernzeiten erlernt werden können, so dass auch die Kinder, die die Ganztagsangebote nutzen, nach Schulschluss Familien- und Freizeit haben. Dennoch sehen wir Eltern in der Pflicht, ihre Kinder beim Lernen zu begleiten.</p>	
--	--	---	--	--

11.2. Welches Ziel setzen Sie sich zum Ausbau der Ganztagschulen (Profil 3)?

CDU	GRÜNE	SPD	FDP	LINKE
	Wir werden den Ausbau von rhythmisierten Ganztagschulen (Profil 3) weiter vorantreiben. Gerade gebundene Ganztagschulen nach Profil 3 schaffen mehr Zeit für die individuelle Förderung von Kindern, weil sie eine andere Verteilung des Unterrichts über den Tag verteilt und somit einen Wechsel zwischen Lern- und Erholungsphasen ermöglichen. In den vergangenen Jahren wurden alle Anträge der Schulträger auf eine Profil-3-Ganztagschule genehmigt Diesen Weg wollen wir fortsetzen.			Ganztagschulen müssen zumindest flächendeckend vorhanden sein, damit Eltern und Schülerinnen und Schüler die Wahlfreiheit haben, eine echte Ganztagschule zu besuchen.

11.3. Sollten Eltern an der Finanzierung ganztägig arbeitender Schulen beteiligt werden?

CDU	GRÜNE	SPD	FDP	LINKE
	Derzeit nutzen Eltern oftmals kostenpflichtige Hort und Betreuungsangebote der Kommunen für die Zeit nach Schulschluss. Mit dem Pakt für den Nachmittag haben wir begonnen, die schulischen Ganztagsangebote an den Grundschulen mit den kommunalen Betreuungsangeboten zu vernetzen. Ziel ist eine Bildungs- und Betreuungsgarantie von 7.30 bis 17.00 für alle Grundschulkinder. Das gleiche Ziel verfolgt die Bundesregierung mit dem geplanten Rechtsanspruch auf Grundschulkinderbetreuung. Wie auch bei den früheren Rechtsansprüchen auf Betreuung (für die 3- bis 6-jährigen und die unter 3-Jährigen) besteht die Aufgabe zunächst darin, genügend Plätze bei guter Qualität zu schaffen. Ein nächster Schritt ist dann die Kostenfreiheit. In jedem Fall bleibt aber die originäre Unterrichtszeit kostenfrei wie es auch die Hessische Verfassung vorsieht.	Nein. Wir wollen, dass der Besuch ganztägig arbeitender Schulen gebührenfrei ist, damit sich alle Familien die Betreuung leisten können. Der von der schwarz-grünen Landesregierung ins Leben gerufene „Pakt für den Nachmittag“ führt ein Schulgeld durch die Hintertür ein. Echte Ganztagschulen hingegen sind kostenlos bzw. Eltern beteiligen sich hieran bereits über ihre Einkommenssteuer.		Nein, die Einführung eines Schulgeldes, auf welchem Wege auch immer, lehnen wir entschieden ab. Die derzeitige Praxis, für Arbeitsgruppen am Nachmittag Geld zu verlangen muss aufhören.

11.4. Wie werden Sie ggf. Schulen zum Lebensraum umbauen, um mit vorhandenen /erweiterten Raumkonzepten dem ganztägigen Schulbetrieb gerecht zu werden?

CDU	GRÜNE	SPD	FDP	LINKE
	Wir setzen beim Ausbau der Ganztagsangebote an Schulen auf Qualität. Neben dem quantitativen	Ja. Wir werden die Schulträger mit den Kosten für Umbau und Ausbau nicht alleine lassen. Unsere Schulpolitik wird für die		Dass Schulen Lebensräume sein müssen, fordert die Die Linke seit

	Ausbau sind für uns daher das pädagogische Konzept, qualifiziertes Personal und die Gestaltung der Lern- und Erholungsräume entscheidend. Hierbei müssen Land und Schulträger gemeinsam daran arbeiten, die Schulen bestmöglich zu unterstützen.	Schulträger verlässlicher sein als die derzeitige. Wir wollen durch eine Verstetigung der Mittel die Schulträger unterstützen, den Investitionsstau an unseren Schulen beenden, die Schulausstattung modernisieren und die Rahmenbedingungen für digitales Lernen schaffen. Wir wollen künftig die verlässliche und planbare Finanzierung des Aus-, Um- und Neubaus von Schulen gewährleisten.		langem. Natürlich gehören da auch Raumkonzepte zu. Dazu gibt es viele sinnvolle Vorschläge.
--	--	--	--	---

11.5. Welche Anforderungen stellen Sie an die Qualifikation der Betreuungskräfte an den Schulen?

CDU	GRÜNE	SPD	FDP	LINKE
	Betreuungskräfte übernehmen mit der Betreuung von Schülerinnen und Schülern an unseren Schulen eine verantwortungsvolle Aufgabe und leisten damit einen wichtigen Beitrag für das Wohlergehen der Kinder und Jugendlichen. Daher sollten Betreuungskräfte entsprechend geschult und qualifiziert im Umgang mit jungen Menschen sein.	Gute Betreuung an Schulen erfordert gut qualifiziertes Personal. Das gilt für alle Kräfte, die in der Nachmittagsbetreuung tätig sind. Personelle Mindeststandards, wie bei der Hortbetreuung gibt es beim Pakt für den Nachmittag nicht. Unser Ziel ist eine qualitativ hochwertige Betreuung am Nachmittag. Wir wollen alle Schulen mit Ganztags- und Nachmittagsangeboten organisatorisch und personell in die Lage versetzen, Kooperationen mit den Sportvereinen in ihrem Umfeld aufzubauen und mehr Schülerinnen und Schüler aus allen Schichten für Sport und Ehrenamt begeistern.		Alle an den Schulen arbeitenden Personen müssen gut qualifiziert und natürlich auch gut bezahlt sein.

Die EU stellt Fördergelder für Obst in Schulen zur Verfügung.

11.6. Wie stehen Sie zur flächendeckenden Einführung von gesundem Obst an Schulen?

CDU	GRÜNE	SPD	FDP	LINKE
Seit 2009 können sich die Bundesländer an dem Schulobstprogramm der Europäischen Union (EU) beteiligen. Durch das Programm soll die Gesundheit der Kinder und die Wertschätzung für Obst und Gemüse bei Kindern gesteigert werden. Hessen hat sich bisher nicht an dem Programm beteiligt. Vor dem Hintergrund des sehr hohen finanziellen und bürokratischen Aufwandes sowie der Tatsache, dass nur ein Bruchteil der Schülerinnen und	Das EU-Schulobstprogramm ist ein möglicher Baustein, um die Ernährung von Schülerinnen und Schülern nachhaltig zu verbessern. Wir	Wir befürworten das EU-Schulobstprogramm und haben die Landesregierung mehrfach auf-gefordert, sich an dem Programm zu beteiligen. Hessen war auch unter der Schwarz-Grünen Koalition im Gegensatz	Wir teilen die Auffassung, dass eine gesunde und ausgewogene Ernährung gerade für Kinder wichtig ist. Jedoch setzen wir diesbezüglich auf die Eigenverantwortung der Schulen bzw. Schulträger und halten es nicht für notwendig, für alle Bereiche konkrete Vorschriften zu erlassen. Viel-	Die Linke in Hessen hat bereits einen Antrag ins Parlament eingebracht, in dem sie die Beteiligung am europäischen Schulobstprogramm fordert. Leider wurde

<p>Schüler – und nicht einmal alle Grundschülerinnen und Grundschüler – an dem Programm teilnehmen könnten, kann eine Teilnahme am Schulobst-Programm der EU weiterhin nicht befürwortet werden. Eine Beteiligung des Landes Hessen am Schulobstprogramm der EU ist nur vorstellbar, wenn die Umsetzung weniger teuer, weniger aufwendig und weniger bürokratisch wäre. Bei derzeit rund 216.000 Grundschülerinnen und Grundschülern und einem Stückpreis für Obst/Gemüse von 30 Cent ergibt sich folgende Situation: Damit jede Grundschülerin/jeder Grundschüler in Hessen zumindest eine einzige Obstgabe pro Woche bei etwa 40 Schulwochen im Jahr erhalten könnte, wären ca. 2,6 Millionen Euro pro Jahr EU-Schulobstbeihilfe notwendig; laut Verteilungsschlüssel stünden Hessen jedoch lediglich rund 1,9 Millionen Euro zu, so dass einen Finanzierungslücke in Höhe von ca. 700.000 Euro entstehen würde. Ohne zusätzliche Landesmittel könnten bei einer einmaligen Schulobstgabe pro Woche unter den derzeitigen Bedingungen nur gut drei Viertel der Schülerinnen und Schüler an dem Schulobstprogramm teilnehmen. Hinzu kommt, dass es fraglich ist, ob eine einzige Obstportion pro Woche überhaupt gesundheitliche Auswirkungen hätte.</p>	<p>wollen uns dafür einsetzen, die bürokratischen Hürden für die Teilnahme zu senken, damit es in Zukunft für Hessen Sinn macht, sich an diesem Programm zu beteiligen.</p>	<p>zum Nachbarland RLP nicht bereit, dies zu tun. Die hessische Blockade des EU-Schulobstprogramms werden wir daher aufheben und die kostenfreie tägliche Versorgung unserer Schulen mit Obst ermöglichen.</p>	<p>mehr geht es hier auch um die notwendige Information von Eltern und Jugendlichen. Gerade mit Blick auf die Ganztagsangebote wird sich die Mittagsversorgung verändern, so dass die Schulen selbstständig dafür Sorge tragen können, dass die dargelegten Forderungen erfüllt werden können. Wir vertrauen darüber hinaus den Eltern, deren Aufgabe es ist, die Kinder gesund zu ernähren. Das EU-Programm haben wir in Hessen auch aufgrund der Förderkriterien nicht umgesetzt.</p>	<p>dieser von Schwarzgrün abgelehnt.</p>
---	---	--	---	--

11.7. Wie beurteilen Sie die Einführung von Qualitätsstandards für Mittagessen in Schulen?

CDU	GRÜNE	SPD	FDP	LINKE
<p>Mit dem Steigen der Schülerzahlen im Ganzttag, steigt auch der Bedarf an Mittagessen, das aus unserer Sicht qualitativ hochwertig und gesund sein muss. Für den Bereich der Schulen besteht mit dem Landesprogramm Schule & Gesundheit bereits eine gute Struktur aus Fachberatung, Zertifizierung und Qualitätsentwicklung. Inhalte und Verfahren der Zertifizierung wurden im Jahr 2017 grundlegend überar-</p>	<p>Qualitätsstandards für Mittagessen in Schulen sind sinnvoll und sollen dafür sorgen, dass den Schülerinnen und Schülern ein ausgewogenes, möglichst frisch und schonend zubereitetes Essen angeboten wird. Um den Wert von Nahrungsmitteln wieder stärker im Bewusstsein zu verankern, wollen wir schon bei Kindern Interesse daran wecken. Darum wollen wir Geld bereitstellen, damit jedes Schulkind einmal im Schulleben eine Woche auf einem am Tierwohl ausgerichteten und ökologisch</p>	<p>Zu guten Ganztagschulen gehören für uns Standards für gesunde Ernährung. Wichtig ist uns aber auch, dass alle Kinder an dem Mittagessen teilnehmen. Unser Ziel ist es daher, die Kosten für das Schulessen spürbar zu sen-</p>		<p>Gerade in Hinblick auf die Forderung nach echten Ganztagschulen ist ein gesundes und ausgewogenes Mittagessen sehr wichtig. Daher unterstützen wir die Forderung nach Qualitätsstandards und</p>

<p>beitet. Aktuell können sich Schulen in den Bereichen Bewegung & Wahrnehmung, Ernährung & Konsum, Sucht- & Gewaltprävention, Verkehr & Mobilität sowie Lehrkräftegesundheit zertifizieren lassen. Mit dem Gesamtzertifikat „Gesundheitsfördernde Schule“ kann das Gesamtkonzept bewertet werden. Durch die Vernetzungsstelle Schulverpflegung an der Hessischen Lehrkräfteakademie wird die Bereitstellung der Schulverpflegung mit den inhaltlichen Themen der Schule verknüpft. Die Vernetzungsstelle bietet Beratungen, Fachtagungen und Informationen für Schulen und Schulträger an. Im September 2017 fand beispielsweise der Tag der Schulverpflegung statt oder ein Fachforum für Schulträger.</p>	<p>arbeitenden Schulbauernhof oder einer ähnlichen Einrichtung verbringen kann. Wir unterstützen die Kooperationen von Kitas und Schulen mit Bauernhöfen. Ziel ist es auch, eine gesunde und ausgewogene Ernährung in allen hessischen Bildungseinrichtungen sicherzustellen. Tägliche vegetarische und vegane Alternativen sollen das Angebot in Schulen und Kindergärten ergänzen und so eine adäquate Versorgung aller Kinder in Hessen gewährleisten. Insbesondere in Schulen mit hohen sozialen Problemlagen wollen wir zusätzlich ein gesundes Frühstück fördern. Durch gezielte Informationskampagnen, Beratungen und Kooperationen mit Schulen, Kantinen, Tafeln und Supermärkten wollen wir die Lebensmittelverschwendung reduzieren. Wir wollen uns auf Bundesebene für eine nationale Strategie gegen Lebensmittelverschwendung einsetzen.</p>	<p>ken. Langfristig bedeutet kostenfreie Bildung für uns auch, dass Familien nicht für das Essen in der Schule bezahlen müssen.</p>		<p>Berücksichtigung der regionalen Herkunft der Lebensmittel.</p>
--	---	---	--	---

11.8. Welche Rolle spielt für Sie die Teilnahme der Lehrkräfte beim (gemeinsamen) Mittagessen insbesondere in der Grundschule? Mit welchen Maßnahmen könnten Sie Lehrkräfte ggf. unterstützen / fördern, daran teilzunehmen?

CDU	GRÜNE	SPD	FDP	LINKE
<p>Eine Teilnahme von Lehrkräften am Mittagessen in Grundschulen kann sicher zur Stärkung der Schulgemeinschaft beitragen. Allerdings sprechen wir uns für das Prinzip der Freiwilligkeit aus.</p>	<p>Egal ob Frühstück oder Mittagessen – gemeinsame Mahlzeiten in der Schule haben viele Vorteile, denn es geht dabei um mehr als um die reine Nahrungseinnahme. Lehrerinnen und Lehrer können Schülerinnen und Schülern als Vorbild dienen. Außerdem fördert das gemeinsame Beisammensein außerhalb des Unterrichts auch die gegenseitige Vertrauensbeziehung. Zur pädagogischen Freiheit gehört für uns, dass Schulen selbst entscheiden können, ob sie gemeinsame Mahlzeiten einführen wollen.</p>	<p>„Die freiwillige Teilnahme von Lehrkräften, aber auch anderen an der Schule tätigen Kräften, am (gemeinsamen) Mittagessen kann aus pädagogischen Gründen sinnvoll sein. Ob und wie das im Einzelfall umgesetzt werden kann, sollte die Schulgemeinschaft entscheiden. Ggf. sind Zeiten hierfür ganz oder teilweise als Unterrichtsstunden anzuerkennen.“</p>		<p>Für die Gruppendynamik ist auch ein gemeinsames Mittagessen ein wichtiger Aspekt, insbesondere in der Grundschule. Sowie so muss die Lehrerbildung auch an die Anforderungen des Ganztags angepasst werden. Lehrerinnen und Lehrer sind auf außerunterrichtliche Angebote nicht vorbereitet, dies muss sich dringend ändern.</p>

12. Schulformbezogene Anlässe

Ersatzschulen

Der bereits seit Jahren kontinuierliche Anstieg an Schülerinnen und Schülern, die eine Privatschule besuchen, hat in den letzten Jahren weiter zugenommen.

12.1. Wie beurteilen Sie die steigenden Schülerzahlen an Ersatzschulen?

CDU	GRÜNE	SPD	FDP	LINKE
<p>Die CDU Hessen begrüßt ausdrücklich das in Hessen bestehende breite Angebot an unterschiedlichen Schulformen und Trägern. Ersatzschulen sind eine gute Ergänzung im Rahmen dieses vielfältigen Angebots. Unser Ziel sind neben guten Ersatzschulen, attraktive und gut ausgestattete staatliche Schulen, wie wir sie in Hessen haben. Als faire Partner treten wir für den Erhalt von Schulen in freier Trägerschaft ein. Sie haben Anspruch auf eine bedarfsgerechte Finanzausstattung, die bei Bedarf an neue Herausforderungen angepasst werden muss. Von daher werden wir ein neues Ersatzschul-</p>	<p>Die Fragen 12.1 und 12.2 werden gemeinsam beantwortet. Schulen in freier Trägerschaft sind eine Bereicherung der Bildungslandschaft und geben wichtige Impulse für die Schulentwicklung in Hessen insgesamt. Die moderat steigenden Schülerzahlen an Ersatzschulen sind unserer Auffassung nach kein Zeichen eines gesteigerten Misstrauens der Eltern gegenüber dem öffentlichen Schulsystem. Vielmehr wünschen sich Eltern spezifische, pädagogische Ausrichtungen von Ersatzschulen, die es so an öffentlichen Schulen nicht gibt. Wir werden</p>	<p>12.1 bis 12.2 „Wir unterstützen die religiöse und weltanschauliche Vielfalt des Angebots durch freie Schulträger und werden das Einhalten des grundgesetzlichen Sonderungsverbots sicherstellen. Steigende Schülerzahlen an Ersatzschulen sind entweder ein Zeichen dafür, dass die Attraktivität des öffentlichen Schulwesens nachlässt oder die Ersatzschulen über besonders attraktive Schulkonzepte und Profile verfügen. Aus unserer Sicht wird die Attraktivität der staatlichen Schulen u.a. dann wieder steigen, wenn wir ihnen die Freiheit zur Entwicklung eigener Profile und Gestaltungsspielräume ermöglichen, damit auch sie neue pädagogische Wege ausprobieren. Für die Schulentwicklung und Evaluation wollen wir den Schulen ein eigenes Budget bereitstellen. Dieses Budget wird keine Verlagerung finanzieller Verantwortlichkeiten des Landes oder der Schulträger auf die Schulen bedeuten. Wir wollen dabei die demokratische Selbstverwaltung von Schulen stärken. Aber auch die personelle, bauliche und sächliche Ausstattung der öffentlichen Schulen spielt eine</p>	<p>Schulen in freier Trägerschaft sind ein unverzichtbarer Bestandteil unseres Schulsystems und deshalb werden wir diese auch weiterhin in ihrer Arbeit unterstützen. Es geht daher nicht um das Gegeneinander von Schulträgern und Zuständigkeiten, sondern um die Realisierung von bester Bildung für alle Kinder. Das Elternwahlrecht gilt auch in diesem Zusammenhang und deshalb werden wir dieses nicht einschränken. Selbstverständlich müssen ausreichend und bedarfsgerechte räumliche, sächliche und personelle Ressourcen auch an staatlichen Schulen zur Verfügung stehen, so dass nicht Mängel für die Wahl einer bestimmten Schule ausschlaggebend</p>	<p>Als Warnsignal für die hessische Bildungspolitik. Im Rhein-Main-Gebiet entstehen sie, weil die Schulplanung dort schlicht versagt hat und den staatlichen Schulen die hohe Anzahl der Schülerinnen und Schüler über den Kopf wächst. Aber natürlich spielt auch die Attraktivität der Privatschulen eine Rolle. Moderne pädagogische Konzepte werden oftmals nur an diesen Schulen umgesetzt – Eltern wünschen sich aber, dass ihre Kinder unter besseren Bedingungen (von kleineren Lerngruppen hin zu projektorientiertem Unterricht) beschult werden. Doch leider werden diese Konzepte nicht in den staatlichen Schulen übernommen. Die Linke findet diese Entwicklung fatal: sie schürt Ungleichheit. Denn die Ersatzschulen kosten Geld – und sie kosten nicht wenig. Es darf aber nicht sein, dass sich nur gutverdienende Eltern eine gute und moderne Schulbil-</p>

finanzierungsgesetz in der kommenden Legislaturperiode umsetzen.	allerdings darauf achten, dass das Sonderungsverbot von den Ersatzschulen eingehalten wird.	wichtige Rolle bei der Anwahl von Schulen durch Eltern. Wir wollen an die Schulen mit besonderen Herausforderungen mehr Lehrerstellen bringen und dafür die derzeitige Zuweisung nach dem Sozialindex stärker an den Bedürfnissen der Schülerinnen und Schüler der einzelnen Schule ausrichten.“	sind.	dung leisten können.
--	---	--	-------	----------------------

12.2. Planen Sie Gegenmaßnahmen, um die Attraktivität der staatlichen Schulen zu erhöhen? Wenn ja, welche?

CDU	GRÜNE	SPD	FDP	LINKE
				Dazu haben wir weiter vorne schon vieles ausgeführt. Es bedarf eines Investitionsprogramms für Schulgebäude. Die pädagogische Qualität muss erhalten und verbessert werden: keine unqualifizierten Kräfte, gute berufsbegleitenden Fort- und Weiterbildung, Ganztagsbetrieb und Förderung von Neigungen und Begabungen der Schülerinnen und Schüler. Das heißt, dass viel Wert auf individuelle Förderung, soziales Lernen und Zeit für Projekte und Lernerfahrungen gelegt werden muss.

Fortbestand Förderschulen

Die Förderschulen befinden sich derzeit in einer Konkurrenz zu den inklusiv beschulenden Regelschulen. Viele Eltern bevorzugen derzeit die Regelschulen, während andere sich für Förderschulen entscheiden.

12.3. Wie stellen Sie das Wahlrecht der Eltern von Anfang an sicher?

CDU	GRÜNE	SPD	FPD	LINKE
Oberstes Ziel der Beschulung von Kindern mit Behinderungen ist deren Integration in die Gesellschaft und die Führung eines möglichst selbstbestimmten Lebens. Dabei ist jedes Kind individuell zu betrachten. Eine Einheitslösung für alle lehnen wir auch hier ab. Wir treten für die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention ein. Als oberster Grundsatz leitet uns dabei immer das Kindes-	Wir wollen Inklusion mit Augenmaß und in Respekt vor dem Elternwillen umsetzen. Für uns ist der Wunsch der Eltern	„Wir sind der Meinung, dass jedes Kind das Recht hat, eine Schule wohnortnah zu besuchen. Das bedeutet, dass jede Schule in die Lage versetzt werden	Die Umsetzung von Inklusion ist nachwievor eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und erfordert größte Kraftanstrengung. Wir setzen uns dafür ein, dass Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf an der Regelschule unterrichtet werden. Wahlfreiheit gilt aber auch für Kinder und Jugendliche mit besonderen Bedarfen. Förderschulen sollen erhal-	Indem das Recht auf Inklusive Bildung tatsächlich ernst genommen und umgesetzt wird. Seit Jahrzehnten wird in Hessen von Inklusion

<p>wohl. Inklusion muss ideologiefrei und mit Augenmaß geschehen, denn Inklusion hat ihre Grenzen. Bei Kindern, die nicht lernzielgleich unterrichtet werden können, die aufgrund von Misshandlungen und psychischer Beeinträchtigungen besonderer Schon- und Rückzugsräume bedürfen oder die durch Verhaltensauffälligkeiten und aggressives Verhalten die Durchführung des Regelunterrichtes massiv erschweren, stößt die Inklusion auf offenkundige pädagogische Grenzen der Beschulbarkeit. Förderschulen sind daher ein wesentlicher und unverzichtbarer Bestandteil des hessischen Schulsystems. Sie stellen nach wie vor ein erfolgreiches und attraktives Bildungsangebot mit kleinen Klassen, optimaler Förderung und gesicherten Übergängen dar, leisten mit den sehr gut ausgebildeten Förderschullehrkräften eine hervorragende Arbeit und sind zum Erhalt von sonderpädagogischer Fachlichkeit unerlässlich. Das bewährte Förderschulsystem muss von daher auch im Sinne der Wahlfreiheit bestehen bleiben. Wir stehen zu den Förderschulen und werden keine Förderschulen schließen. Die verstärkte Ausbildung von Förderschullehrern ist sicherzustellen.</p> <p>Bei der inklusiven Beschulung muss das Wohl aller Kinder berücksichtigt werden. Dies schließt auch die nicht-behinderten Kinder in einer inklusiven Schulklasse ein. Wir werden daher die diagnostischen Instrumente vor und nach der Einschulung sowie die Entscheidungskompetenzen der betroffenen Schulen stärken und eine Überprüfung der inklusiven Beschulbarkeit ermöglichen. Mit der weiteren Ausgestaltung der inklusiven Schulbündnisse – ebenfalls orientiert am Kindeswohl – schaffen wir neue Möglichkeiten für eine inklusive Beschulung, ohne die Schulen und die Schulträger zu überfordern. Ungeachtet dessen werden wir eine Evaluierung der bestehenden Strukturen durchführen.</p>	<p>maßgeblich dafür, ob Kinder mit Behinderungen inklusiv oder an einer Förderschule geschult werden. Wir halten daher am Wahlrecht der Eltern in Bezug auf den Förderort für ihr Kind – allgemeine Schule oder Förderschule – fest. Wir lehnen ein verordnetes Auslaufen von Förderschulen durch von der Politik festgesetzte Stichtage, wie es in anderen Bundesländern geschehen ist, ab. Mit diesem Vorgehen folgen wir unserer Grundüberzeugung, dass Schulentwicklung nur mit den Schulgemeinden vor Ort gelingen kann.</p>	<p>muss, bei Bedarf inklusiv zu arbeiten. Wir begrüßen die „Resolution zur inklusiven Bildung in Deutschland“ (2017) und die darin an die Länder, den Bund und die Bundesregierung gerichteten Forderungen. Wir teilen die Auffassung, dass Konzepte für die planvolle Zusammenführung von Förderschulen und allgemeinen Schulen zu einem inklusiven Bildungssystem mit den dafür erforderlichen personellen und finanziellen Ressourcen zu erstellen und umzusetzen sind. Dies kann jedoch nur im ständigen Dialog mit allen Beteiligten umgesetzt werden. Förderschulen werden sicher zumindest in einzelnen Förderschwerpunkten auch eigenständig weiterbestehen.“</p>	<p>ten bleiben für Schüler, deren Eltern der Überzeugung sind, dass ihrem Kind dort die bestmögliche Förderung zuteilwird. Die flächendeckende Sicherung von Förderschulen und die Verbesserung der inklusiven Qualität an Regelschulen bilden zwei Seiten einer Medaille und müssen bei der Ressourcenverteilung auch entsprechend berücksichtigt werden. Die Durchlässigkeit zwischen Förderschulen und Regelschulen ist zentral, um eine möglichst gute individuelle Förderung zu ermöglichen. Für uns ist ebenfalls wichtig die Öffnung der Förderschulen für Schülerinnen und Schüler ohne sonderpädagogischen Förderbedarf. Alle Schulen sollen im Sinne der individuellen Förderung auch in die Schullandschaft ihrer Umgebung eingebettet und eingebunden sein. Mit uns wird es keine weitere Schwächung von Förderschulen und keine aufgezwungene Inklusion geben, aber wir wollen Schritt für Schritt den Weg zu individuellem Erfolg auch für besonders zu fördernde Schüler öffnen –sowohl in Regel- als auch in Förderschulen. Dafür müssen wir die notwendigen sächlichen, räumlichen und personellen Ressourcen zur Verfügung stellen. Eine Umsetzung mit der Brechstange geht zu Lasten von allen Schülerinnen und Schülern und den Lehrkräften und leistet der Inklusion und den Kindern einen Bärendienst. Mit großem Interesse verfolgen wir selbstverständlich auch die themenspezifischen Diskussionen und Auseinandersetzungen und im Zuge dessen haben wir auch die Resolution „Für eine inklusive Bildung in Deutschland“ der deutsche UNESCO-Kommission im Jahr 2017 wahrgenommen. Jedoch verändern sich dadurch nicht die Problemlagen und Herausforderungen an den Schulen, so dass wir mit Blick auf das Kindeswohl an der skizzierten Position festhalten.</p>	<p>gesprochen, und jahrzehntelang stand immer die Finanzierung im Mittelpunkt. Die Linke sagt: Es reicht! Wir haben die UN-Behindertenrechtskonvention ratifiziert – und nun muss sie auch endlich umgesetzt werden. Und zwar ohne Ressourcenvorbehalt!</p>
--	---	---	---	---

12.4. Wie gehen Sie mit der jüngsten Unesco-Forderung um?

CDU	GRÜNE	SPD	FDP	LINKE
	Die Deutsche UNESCO-Kommission fordert Bund und Länder dazu auf, inklusive Bildung für alle Menschen zu verwirklichen. Wir GRÜNEN unterstützen diese Forderung und wollen die Voraussetzungen dafür schaffen, dass alle Schüler*innen mit und ohne Behinderung gemeinsam zur Schule gehen können. Mit der Einführung der inklusiven Schulbündnisse sind wir schon einige Forderungen der Kommission angegangen. Auch mit dem Einsatz multiprofessioneller Teams an unseren Schulen, wie die UNESCO sie fordert, haben wir bereits angefangen und wollen diesen Ansatz ausbauen.			So, wie mit der UN-Konvention: wir unterstützen die Forderungen. Das erweiterte Konzept der Inklusion ist zu begrüßen. Wichtig wäre uns, dass Inklusion endlich umgesetzt wird. Siehe 12.3.

Berufliche Schulen

12.5. Wie beurteilen Sie bei den zweijährigen höheren Berufsfachschulen das Angebot der Assistenzberufe?

CDU	GRÜNE	SPD	FDP	LINKE
Wir sprechen uns grundsätzlich für die Schulform „Zweijährige höhere Berufsfachschule“ aus. Die Hessische Landesregierung hat sich im Bündnis Ausbildung Hessen für die Jahre 2015 bis 2019 mit den Bündnispartnern darauf verständigt, das Angebot in der zweijährigen Höheren Berufsfachschule bis zum Schuljahr 2018/2019 so anzupassen, dass es nur noch dann ein vollschulisches Ausbildungsangebot geben soll, wenn es zu einer bestimmten Fachrichtung keinen dualen Ausbildungsberuf gibt und wenn die Bundesagentur für Arbeit auf dem regionalen Arbeitsmarkt einen entsprechenden Fachkräftebedarf feststellt; darüber hinaus kann ein schulisches Bildungsangebot in dieser Schulform auch dann erfolgen, wenn es zwar duale Ausbildungsberufe zu den Fachrichtungen gibt, allerdings regionale Ausbildungsmöglichkeiten fehlen und die Arbeitsagentur Regionalbedarfe an Fachkräften registriert.	Assistenzberufe sind – wenn es kein entsprechendes Ausbildungsangebot im Dualen System gibt - in Zeiten, in denen es an Fachkräften in ganz Deutschland mangelt, eine wichtige Ergänzung. Wichtig ist uns GRÜNEN, dass der Assistenzberuf keine berufliche Sackgasse wird und es entsprechende Berufsfelder auf dem Arbeitsmarkt gibt.	„Der Bedarf an Assistenzen und Assistenzsystemen wird in Zukunft in allen Lebensbereichen steigen. Das Angebot der Assistenzberufe ist aus unserer Sicht gut, aber ausbaufähig. Im Bildungsbereich wird sicher der Bedarf an IT-Fachleuten, aber auch an Sozialassistentinnen und -assistenten steigen.“	Wir sehen derzeit keinen Änderungsbedarf, der sich auf das Angebot der Assistenzberufe bezieht.	

Hauptschulen

12.6. Befürworten Sie die baldige Einführung eines qualifizierenden Hauptschulabschlusses auch für Nichtschülerinnen und Nichtschüler?

CDU	GRÜNE	SPD	FDP	LINKE
Im Bereich des Hauptschulabschlusses für Nichtschülerinnen und Nichtschüler haben wir in Hessen bereits den qualifizierenden Hauptschulabschluss.	Für die Forderung sind wir offen.	„Wir werden den qualifizierenden Hauptschulabschluss grundsätzlich evaluieren, da es hierbei immer wieder zu Ungerechtigkeiten kommt. Sollt er beibehalten bleiben, werden wir dafür sorgen, dass auch Nichtschülerinnen und Nichtschüler neben dem Hauptschulabschluss auch einen qualifizierenden Hauptschulabschluss erwerben können.“	Die Möglichkeiten zur Realisierung unter Einhaltung der notwendigen Kriterien gilt es zu überprüfen. Wir sehen derzeit keinen dringenden Anpassungsbedarf, stehen aber selbstverständlich Gesprächen ergebnisoffen gegenüber.	Zu dieser Frage haben wir uns noch kein abschließendes Meinungsbild erarbeitet.

13. Inklusion

Hessen liegt im bundesweiten Ranking auf den hinteren Plätzen, bei der Umsetzung der Inklusion. Dabei wird eine zunehmend sinkende Akzeptanz schulischer Inklusion bei Eltern beobachtet, deren Kinder die Regelschule besuchen sollen. Als Ursache werden häufig die fehlende Ausstattung, fehlende Lehrkräfte und sozialpädagogische Fachkräfte, aber auch das „Alleingelassen werden“ der Lehrkräfte bemängelt. Die Überlastungsanzeigen in Schulen steigen stetig.

13.1. Wie beurteilen Sie den aktuellen Stand bei der Umsetzung der Inklusion an Schulen?

CDU	GRÜNE	SPD	FDP	LINKE
Siehe dazu auch die Antworten auf die Fragen 12.3 und 12.4. Die Fragen werden aufgrund ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet. Hessen achtet und respektiert den Elternwunsch. Die Beratung der Eltern erfolgt durch Fachleute vor Ort in den Beratungs- und Förderzentren (BFZ) sowie in den Schulen von der Einschulung über den gesamten Verlauf einer Schullaufbahn. Wahlfreiheit heißt in	Die Fragen 13.1 und 13.2 werden gemeinsam beantwortet. Wir wollen die Voraussetzungen dafür schaffen, dass alle Schüler*innen mit und ohne Behinderung gemeinsam	13.1 bis 13.3 „Hessen hat seit mehr als 30 Jahren Erfahrung mit dem „Gemeinsamem Unterricht“ von Kindern mit und ohne Behinderung. Daran wollen wir anknüpfen und das derzeitige Inklusionschaos beenden. Lehrkräfte werden nicht länger kostbare Zeit auf den Straßen zwischen den Schulen vergeuden, sondern im inklusiven Unterricht mit unseren Schülerinnen	Zunächst möchten wir auf den Sachzusammenhang mit dem Fragekomplex 12.3 und 12.4 hinweisen. Wir bereits ausgeführt muss auch hier das Wohl der Schülerin oder des Schülers in den Mittelpunkt gestellt werden, es müssen die notwendigen räumlichen, sachlichen und personellen Res-	Als erschreckend! Jahrzehntlang wird in Hessen über ein inklusives Schulsystem geredet –

<p>diesem Fall, dass die Förderschulen mit ihrer hohen Expertise erhalten bleiben, wir jedoch zugleich neue Möglichkeiten für die Stärkung des inklusiven Unterrichts schaffen.</p> <p>In den vergangenen Schuljahren haben wir deshalb die Zahl der Lehrerstellen für den inklusiven Unterricht stetig erhöht. Aktuell stehen rund 2.605 Stellen für Förderschullehrkräfte zur sonderpädagogischen Unterstützung von Schülerinnen und Schülern an allgemeinen Schulen zur Verfügung. Im Schuljahr 2016/2017 wurden 8.285 Schülerinnen und Schüler mit Anspruch auf sonderpädagogische Förderung in der allgemeinen Schule inklusiv beschult. Hierfür haben wir rund 2.170 Lehrerstellen vorgehalten. Für die Grundunterrichtsvorsorgung an unseren Förderschulen (ohne Klinikschulen und weitere Zuschläge) haben wir im gleichen Zeitraum rund 2.125 Lehrerstellen vorgehalten, mit denen wir 22.160 Schülerinnen und Schüler an unseren Förderschulen sonderpädagogisch beschult haben. Hinzu kamen über 35.000 vorbeugende Maßnahmen, in denen Schülerinnen und Schüler an allgemeinen Schulen zusätzlich sonderpädagogisch gefördert wurden.</p> <p>Für den inklusiven Unterricht haben wir im Schuljahr 2017/2018 rund 200 Stellen mehr zur Verfügung gestellt. Der Großteil dieser Stellen steht für das Umsetzungskonzept der inklusiven Schulbündnisse (iSB), die eine Weiterentwicklung der bisherigen „Modellregionen Inklusive Bildung“ darstellen, zur Verfügung. Innerhalb von drei Jahren und in drei Stufen werden die inklusiven Schulbündnisse hessenweit eingeführt. Dabei handelt es sich um verbindliche Netzwerke, in denen alle Entscheidungsträger vor Ort –</p>	<p>zur Schule gehen können. Die Einführung der inklusiven Schulbündnisse ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung, es bleibt aber noch eine Menge zu tun. Unser Ziel sind multiprofessionelle Teams, in denen Lehrer*innen, Förderschulpädagog*innen und Teilhabeassistent*innen gemeinsam verlässlich an allgemeinen Schulen arbeiten. Wir wollen Förderschulpädagog*innen möglichst mit allen Stunden an nur einer allgemeinen Schule einsetzen. Für uns ist der Wunsch der Eltern maßgeblich dafür, ob Kinder mit Behinderungen inklusiv oder an einer Förderschule geschult werden. Die Beratung der Eltern von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf wollen wir ausbauend auf bestehenden Elterninitiativen (z.B. Gemeinsam leben –</p>	<p>und Schülern arbeiten. Den Einsatz der Förderpädagogen an den allgemeinen Schulen werden wir trans-parenter und vor allem verlässlicher gestalten. Sie werden mindestens mit einer halben Stelle, in der Regel vollständig und fest, an einer allgemeinbildenden bzw. berufsbildenden Schule eingesetzt. Denn das Gelingen wird von einer auskömmlichen sonderpädagogischen Grundversorgung an allen Schulen abhängen, die dem tatsächlichen Bedarf gerecht wird, ohne Lehrkräfte zusätzlich zu belasten. Durch bessere Rahmenbedingungen für alle Schülerinnen und Schüler wollen wir erreichen, dass alle von der schulischen Inklusion profitieren. Neben den notwendigen finanziellen und personellen Mitteln, die wir zur Verfügung stellen, werden wir insbesondere die Aus-, Fort- und Weiterbildungskapazitäten in der Lehrer-/innenbildung ausweiten. Dafür wollen wir, dass Schulen ihre inklusive Weiterentwicklung organisieren können, ohne dass ein Qualitätsverlust entsteht. Jedes Kind hat das Recht, eine Schule wohnortnah zu besuchen. Unsere Vorstellung ist, dass jede Schule in die Lage versetzt werden muss, bei Bedarf inklusiv zu arbeiten. Mit einem Masterplan Inklusion werden wir die verschiedenen Etappen auf dem Weg zu einem inklusiven Schulsystem definieren. Dabei werden alle Schulsituationen eines Kindes mit Unterstützungsbedarf ins Auge gefasst, insbesondere auch die Ganztagsangebote. Ein solcher Masterplan muss langfristig und somit über eine einzelne Wahlperiode hinaus angelegt sein. Er beinhaltet auch einen Handlungsleitfaden zur individuellen Unterstützung.</p>	<p>sources zur Verfügung stehen und die Zusammenarbeit mit anderen Professionen erfolgen, um eine erfolgreiche Beschulung auch verwirklichen zu können. Die Umsetzung der Inklusion muss sich unabhängig von den Schulformen nach den tatsächlichen Bedürfnissen richten. Aus diesem Grund kritisieren wir die momentane Situation, denn in den Schulen herrscht bei vielen Lehrkräften das Gefühl des Alleingelassenseins. Beklagt wird fehlende Unterstützung und fehlendes Wissen (diagnostische Fähigkeiten und Entwicklung sowie Umsetzung von individuellen Lernkonzepten). Hier bedarf es Veränderungen in der Aus- und Weiterbildung von Lehrkräften. Denn sollte der aktuelle Kurs weitergefahren werden, dann sind letztendlich alle Schüler die Verlierer und der Inklusion würde ein Bärendienst erwiesen. Die Bewusstseinsveränderung wird nur eintreten, wenn wir eine gesamtgesellschaftliche offene Diskussion führen und Entwicklungsmöglichkeiten sowie Chancen für den Einzelnen oder die Einzelne aber auch für die Gesellschaft darlegen. Gerade in Bezug darauf ist es wichtig, dass die Verantwortung für eine erfolgreiche inklusive Beschulung übernommen wird</p>	<p>und nun ist man bei den inklusiven Schulbündnissen bei Schwerpunktschulen angekommen. Es verwundert nicht, dass Hessen im Bundesvergleich bei der Inklusion weit abge schlagen ist.</p>
--	---	--	---	--

<p>darunter Eltern, Schulträger, Schulaufsicht, Schule und regionale Förderzentren – zusammenkommen, um gemeinsam den bestmöglichen Förderweg für jedes Kind zu finden. Dies trägt dazu bei, dass möglichst kein Elternwunsch auf inklusive Beschulung mehr abgelehnt werden muss, aber vor allem das Kindeswohl bei der Wahl des Förderorts im Mittelpunkt steht. Die hessenweite Einführung der inklusiven Schulbündnisse geht zudem mit einer Stellengarantie bezüglich der sonderpädagogischen Gesamtresource einher. Das bedeutet, dass wir auch im Falle von zurückgehenden Schülerzahlen keine Förderschullehrerstellen aus dem System nehmen werden. Im Falle steigender Schülerzahlen werden wir hingegen die notwendigen Anpassungen nach oben vornehmen. Dies schafft Planungssicherheit vor Ort und ermöglicht einen flexiblen Einsatz der Lehrerstunden für die Inklusion.</p>	<p>Gemeinsam lernen) besser unterstützen. Durch eine Rahmenvereinbarung mit den für die Eingliederungshilfe zuständigen Landkreisen und Städten wollen wir auch eine bessere Vernetzung, Versorgung und Qualifizierung der Teilhabassistenz erreichen. Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass Inklusion einen stärkeren Stellenwert in allen Phasen der Lehrer*innenbildung erhält.</p>	<p>Gut organisierter und gut ausgestatteter inklusiver Unterricht ermöglicht es, dass Schülerinnen und Schüler zu selben Zeit Unterschiedliches lernen. Zudem stärkt er das soziale Miteinander. Und wer von vornherein mit Menschen aufwächst, die als behindert oder beeinträchtigt gelten, lernt von Anfang an, dass es normal ist, verschieden zu sein und Rücksicht auf andere zu nehmen. Das stärkt das Bewusstsein für gelingende Integration nicht nur bei Schülerinnen und Schüler, sondern bei allen Bürgerinnen und Bürgern.</p>	<p>und dazu ist es zwingend erforderlich, die notwendigen Ressourcen bereitzustellen und alle Beteiligten mit ihren Problemlagen einzubeziehen.</p>	
---	--	---	---	--

13.2. Welche Maßnahmen planen Sie, um Schulen und Lehrkräfte bei der Umsetzung der Inklusion zu unterstützen?

CDU	GRÜNE	SPD	FDP	LINKE
				<p>Vor allem darf Inklusion nicht als zusätzliche Aufgabe in die Klassenzimmer getragen werden. Vielmehr müssen alle Schulen - auch die Förderschulen - so ausgestattet sein, dass sie sowohl Kinder mit als auch ohne Förderbedarf aufnehmen und bestmöglich unterrichten können. Das kostet Geld, es kostet zusätzliche Fachkräfte und Ressourcen! Und gelingen kann es nur in einem gemeinsamen Prozess auf Augenhöhe aller Beteiligten!</p>

13.3. Wie werden Sie das Bewusstsein für gelingende Inklusion bei den Bürgerinnen und Bürgern stärken?

CDU	GRÜNE	SPD	FDP	LINKE
	<p>Wir GRÜNE setzen uns für eine Gesellschaft ein, in der Menschen mit und ohne Behinderungen von Anfang an gemeinsam leben und lernen und keiner ausgeschlossen wird. Deshalb wollen wir den</p>			<p>In der Tat ist Inklusion eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Daher darf Inklusion in keiner</p>

	<p>gemeinsamen, inklusiven Unterricht in Hessen schrittweise von der Ausnahme zur Regel machen. Wir stehen aber vor einem schwierigen Spagat: Einerseits erwarten viele Bürger*innen unter ihnen auch viele Eltern, die schon lange, intensiv und mit ganzer Kraft für eine inklusive Beschulung ihrer Kinder kämpfen, dass es endlich spürbar voran geht. Andererseits dürfen wir nur so schnell vorgehen, wie unser Schulsystem mit seiner jahrzehntelangen nicht-inklusive Tradition die Veränderungen auch mitgehen und qualitativ gut umsetzen kann. Es geht also um die Kombination von Klarheit im Ziel und Augenmaß in der Umsetzung.</p>			<p>Weise unter einem Ressourcenvorbehalt stehen. Bleibt das so, wird Inklusion von vielen Eltern als qualitativ unzureichend wahrgenommen werden. Eine gute Werbung für Inklusion wären gelingende Schullaufbahnen.</p>
--	---	--	--	---

13.4. Finden Sie die Klassengrößen mit inklusiv zu beschulenden Kindern angemessen?

CDU	GRÜNE	SPD	FDP	LINKE
	<p>Je nach Förderbedarf brauchen Kinder mit sonderpädagogischen Förderbedarf ein spezielles Lernumfeld. Dazu können Doppelbesetzungen im Unterricht, Teilhabeassistent*innen, kleinere Klassen, räumliche Voraussetzungen oder sächliche Hilfsmittel gehören. Durch Verstärkung der Ressourcen für Inklusion wollen wir die Rahmenbedingungen zur Verwirklichung solcher an den jeweiligen Förderbedarf angepassten Lernumfelder weiter verbessern.</p>	<p>„Für den „Gemeinsamen Unterricht“ galt bis 2011 eine Höchstgrenze von 20 Schülerinnen und Schülern pro Klasse. Um eine optimale individuelle Förderung zu erreichen, die sich an den Lernvoraussetzungen jedes einzelnen Kindes orientiert, wird auch eine Veränderung der Klassengrößen erforderlich sein.“</p>		<p>Nein, die Klassengrößen sind an sich schon viel zu hoch angesetzt, für inklusiv arbeitende Klassen gilt dies ganz besonders. Es braucht aber auch eine multiprofessionelle Unterstützung in den Klassen.</p>

13.5. Inklusion und Gymnasium – aus Ihrer Sicht möglich?

CDU	GRÜNE	SPD	FDP	LINKE
	<p>Entscheidend für die Beantwortung dieser Frage, ist, ob der jeweilige Förderbedarf eine lernzielgleiche oder eine lernziendifferente Beschulung ermöglicht. Denn die Frage, ob das Lernziel einer Schulform erreicht werden kann, ist ein wesentlicher Bestandteil der Logik des gegliederten Schulsystems. Die Alternative hierzu sind Schulen mit längerem, gemeinsamem Lernen aller Schülerinnen und Schüler.</p>	<p>„Ja, jede Schule kann mit entsprechender Unterstützung in die Lage versetzt werden, bei Bedarf inklusiv zu arbeiten – auch Gymnasien. Wir stellen jedoch klar, dass das Abitur hier-durch nicht entwertet werden darf, da zumindest bei lernziendifferentem Unterricht der Erwerb des Abiturs nicht im Schulbesuch inbegriffen sein wird.“</p>		<p>Auch wenn wir die Mehrgliedrigkeit des Schulsystems komplett ablehnen, muss gesagt werden, dass Inklusion auch unter der jetzigen Schullandschaft natürlich an jeder Schulform möglich und notwendig ist.</p>

14. Feststellung Förderbedarf

14.1. Wie beurteilen Sie die Regelung, dass in den beiden ersten Grundschuljahren keine Feststellung des Förderbedarfs erfolgt?

CDU	GRÜNE	SPD	FDP	LINKE
<p>Die Fragen 17.1 – 17.3 werden aufgrund ihres Sachzusammenhanges gemeinsam beantwortet:</p> <p>Eine Feststellung war und ist auch in den Jahrgangsstufen 1 und 2 in allen Förderschwerpunkten möglich, wenn eine sonderpädagogische Empfehlung über Art und Umfang einer Förderung begründet ist. Dazu gehört seit Jahrzehnten in Hessen, dass präventive Maßnahmen, d.h. alle der Schule zur Verfügung stehenden vorbeugenden Maßnahmen zunächst ausgeschöpft sein sollten. So ist hessenweit gewährleistet, dass beispielsweise mangelnde Kenntnisse der deutschen Sprache oder Schwierigkeiten beim Lesen, Schreiben und Rechtschreiben oder Schwierigkeiten beim Rechnen für sich genommen keinen Anspruch auf eine sonderpädagogische Förderung bedingen. Auch können zunächst Nachteilsausgleiche im Rahmen der Klassenkonferenzen vereinbart werden, die individuell angepasste Leistungsanforderungen und -bewertungen für die jeweilige Schülerin oder den jeweiligen Schüler einführen – bevor ein Schüler nicht mehr nach den Anforderungen der Grundschule bzw. der Hauptschule lernzielfferent nach dem Förderschwerpunkt Lernen unterrichtet wird. Die hohe Anzahl der Schülerinnen und Schüler, die im Vergleich zu anderen Bundesländern in Hessen keinen diagnostizierten sonderpädagogischen Förderanspruch haben und gut in vorbeugenden Maßnahmen gefördert werden, zeigt, dass eine Umsetzung qualitativ hochwertiger Förderung im Unterricht der allgemeinen Schulen auch ohne frühzeitige Feststellung gelingen kann. Mittlerweile werden die allgemeinen</p>	<p>Mit der Änderung des Schulgesetzes, die zum Schuljahr 2017/18 in Kraft getreten ist, wurde klargestellt, dass bei der Einschulung und in den ersten Grundschuljahren Förderbedarf festgestellt werden kann.</p>	<p>„Kinder bringen unterschiedliche Lernvoraussetzungen mit. Die Unterschiede zwischen familiären und kulturellen Lebensentwürfen in den Klassenzimmern und Elternhäusern nehmen zu. Um individuell auf das einzelne Kind eingehen zu können, wollen wir erstens Möglichkeiten zur Erfassung der Lernvoraussetzungen für jedes einzelne Kind zur Verfügung stellen. Zweitens wollen wir auch die Rahmenbedingungen zur schulischen Umsetzung (Lernumgebung, Unterrichtsplanung und -gestaltung) schaffen, damit diese festgestellten Lernvoraussetzungen angemessen berücksichtigt werden. Notwendig dafür sind entsprechende Fortbildungen für die Lehrkräfte sowie die Zusammenarbeit mit den Sozialpädagoginnen und -pädagogen in der Schule sowie Veränderungen bei den Klassengrößen.</p> <p>Um allen Schülerinnen und Schülern mit besonderem Unterstützungsbedarf, das gilt für Kinder mit Teilleistungsstörungen wie für Kinder mit besonderen Begabungen, wollen wir die „Beratungs- und Förderzentren“ zu „Zentren für besondere pädagogische Förderung“ über die</p>	<p>Wir stehen einer Überprüfung und ggf. Anpassung der bisherigen Regelung ergebnisoffen gegenüber, da wir neben der alltagsintegrierten Sprachbildung in den Kindertagesstätten auch vorgezogene Sprachstanderfassungen und gerade mit Blick auf die mathematisch-naturwissenschaftliche Entwicklung Tests zur Früherkennung von Dyskalkulie, die in altersgerechter Art und Weise von Fachkräften durchgeführt werden, befürworten. Hier geht es darum, die Kinder in ihrer Entwicklung individuell zu unterstützen, etwaige Defizite zu erkennen und spezielle Fördermaßnahmen auf den Weg zu bringen.</p> <p>In diesem Zusammenhang wollen wir aber auch eine Evaluation der bisherigen Instrumente zur Schuleignung auf Wirksamkeit und Durchführung auf den Weg bringen. Es ist zu überprüfen, inwieweit die Ergebnisse der verbindlichen Vorsorgeuntersuchungen mit einfließen und welche Aussagekraft die Schuleingangsuntersuchung als einmaliger Test durch eine Behörde im Vergleich zu den Entwicklungsberichten der Kindertagesstätte</p>	<p>Förderbedarf wird oftmals ja schon in den Kindertagesstätten festgestellt. Das ist auch sinnvoll, denn so können sich Schulen auf die Bedarfe der Schülerinnen und Schüler einstellen und ihre Schullaufbahn mit entsprechender Förderung starten. Inklusion in den Kindertagesstätten gelingt, daher ist es nicht verständlich, dass bei den Übergängen nicht Hand in Hand gearbeitet wird. Eine Diagnostik auch schon zu Beginn der Schullaufbahn kann zu einem wesentlich besseren Gelingen von inklusiver Schule beitragen. Jedes Kind hat ein Recht, dass sein Förderbedarf auch einge-</p>

<p>Schulen in Hessen systemisch mit sonderpädagogischer Ressource versorgt, eine höhere Feststellungsquote bedingt also auch kein Anwachsen der sonderpädagogischen Unterstützung. Hessens Stärke ist und bleibt die Prävention.</p> <p>Dyskalkulie stellt als Teilleistungsstörung für sich genommen keinen sonderpädagogischen Förderbereich dar.</p>		<p>Sonderpädagogik hinaus weiterentwickeln. Sie sollen als regionale Unterstützungsagenturen für individuelle Förderung Schulen multiprofessionell aus einer Hand beraten und unterstützen.“</p>	<p>und dem Schuleingangstest durch die aufnehmende Schule hat und ob das Verfahren noch zeitgemäß ist.</p>	<p>löst wird.</p>
---	--	--	--	-------------------

14.2. Wenn Sie eine andere Regelung befürworten: Wie stellen Sie deren Umsetzung sicher?

CDU	GRÜNE	SPD	FDP	LINKE
	siehe Antwort auf 14.1			Vor allem durch eine gute Verzahnung von Kindertagesstätte und Schule. Dabei könnten die BFZ helfen.

14.3. Wie beurteilen Sie die Teilleistungsstörung „Dyskalkulie“?

CDU	GRÜNE	SPD	FDP	LINKE
	<p>Dyskalkulie ist gesellschaftlich leider noch immer relativ unbekannt und mit vielen Vorurteilen behaftet. Das hat oft weitreichende Folgen für die betroffenen Kinder und Jugendlichen. Lehrer*innen müssen daher in Aus- und Fortbildungen noch besser gegenüber Teilleistungsstörungen sensibilisiert werden. Die Beratung und Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Dyskalkulie muss vereinfacht und über das Kindesalter hinaus ermöglicht werden.</p>			<p>Dyskalkulie ist ebenso wie Legasthenie eine Teilleistungsstörung, die früh diagnostiziert und vor allem durch individuelle Förderung behoben oder abgemildert werden kann. Wir befürworten, dass eine Berücksichtigung von Teilleistungsstörungen bei der Leistungsbewertung stattfindet.</p>

15. Werbeverbot

15.1. Wie beurteilen Sie das Werbeverbot an Schulen?

CDU	GRÜNE	SPD	FDP	LINKE
<p>Die Fragen 18.1 – 18.2 werden aufgrund ihres Sachzusammenhanges gemeinsam beantwortet: Im Zuge bestehender Kooperationen oder auch bei der Entscheidung, mit neuen Partnern zusammen zu arbeiten, kann u.a. Sponsoring eine Rolle spielen. In einigen Fällen können schulische Projekte vielleicht auch nur dann realisiert werden, wenn Sponsoren oder Spender das Projekt durch Sachmittel oder Geld unterstützen. Die Schule darf aber nicht zu einer Plattform für eine Werbekampagne werden. Denn die öffentliche Schule unterliegt dem Gebot der Neutralität und der Integrität.</p>	<p>Die Fragen 15.1 und 15.2 werden gemeinsam beantwortet. Für uns GRÜNE ist klar: Werbung soll an unseren Schulen verboten bleiben.</p>	<p>„Wir wollen die Unabhängigkeit von Schule sichern und Beeinflussung verhindern. Lehrkräfte sind zunehmend dem Einfluss einer</p>	<p>Wir wenden uns dagegen, dass jegliche Form der Zusammenarbeit und Kooperation mit Wirtschaftsunternehmen und Schule mit einer offenen Vorverurteilung</p>	<p>Die Linke fordert ein umfassendes und vor allem durchgesetztes Werbeverbot an den</p>

<p>In der Erfüllung des Bildungs- und Erziehungsauftrages dürfen Schulen nicht wegen kommerzieller Interessen inhaltlich beeinflusst werden. Die Schulleiterin oder der Schulleiter muss abwägen, ob ein Angebot eines Kooperationspartners zur Förderung vor allem im schulischen Nutzen liegt. Zudem sind Aspekte der Korruptionsprävention, der Neutralität bei der Erfüllung von öffentlichen Aufgaben oder auch der Transparenz bei deren Finanzierung zu beachten. Die Entscheidung, ob sich ein Angebot eines potenziellen Sponsors zur Förderung im zulässigen Rahmen bewegt, ist stets eine Einzelfallentscheidung und nicht immer eine leichte Aufgabe angesichts der Vielzahl und Vielfältigkeit der angebotenen Inhalte oder Aktionen, welche Schulen erreichen.</p> <p>Das Sponsoring muss mit dem Bildungs- und Erziehungsauftrag vereinbar sein. Die Interessen des Sponsors dürfen nicht im Widerspruch zu den im Schulgesetz niedergelegten Bildungs- und Erziehungszielen stehen. Ausgeschlossen sind demnach u.a. Sponsoring, das mit der Zigaretten- oder Alkoholbranche oder mit anderen gesundheits- oder jugendgefährdenden Produkten in Verbindung gebracht werden kann, das entweder Verhaltensweisen fördert oder Produkte erzeugt, die in hohem Maße den Schutz der Umwelt gefährden, und Sponsoring durch politische, weltanschauliche oder religiöse Körperschaften. Die ordnungsgemäße Erfüllung des Bildungs- und Erziehungsauftrags ist insbesondere dann gefährdet, wenn mit einer Zuwendung versucht wird, Einfluss auf die inhaltliche Gestaltung von Unterricht und Erziehung zu nehmen, oder durch eine Zuwendung die Unvoreingenommenheit schulischer Entscheidungen beeinträchtigt wird.</p> <p>Beispielsweise ist die Einbeziehung von kostenlos zur Verfügung gestellten Zeitungen und Zeitschriften (Werbeschriften) in den Unterricht nur zulässig, wenn es den Zielen von Erziehung und Bildung im Sinne des Schulgesetzes dient. Bei der Auswahl müssen insbesondere die Relevanz für die Umsetzung des Bildungsauftrags im Rahmen des Kerncurriculums oder Lehrplans, die Eignung für Schulart und Altersgruppe, die Konformität mit den Bildungs- und Erziehungszielen und die inhaltliche Qualität Berücksichtigung finden. Zudem ist bei der Behandlung im Unterricht eine objektive und ausgeglichene Darstellung sicherzustellen.</p> <p>Werbemaßnahmen des Schulträgers oder von Dritten auf dem Schulgelände, die durch den Schulträger gestattet werden sollen, dürfen nur außerhalb der Unterrichtszeit und außerhalb schulischer Veranstaltungen erfolgen. Diese Werbemaßnahmen sind schriftlich beim Schulleiter zu beantragen und vom Schulträger zu gestatten. Die Verkehrssicherungspflicht für die Werbeträger obliegt dem Veranstalter.</p>	<p>Ergänzendes Sponsoring durch private Unternehmen sollte im Rahmen der Grenzen des Schulgesetzes möglich sein. Dabei muss jedoch die Unterstützung der Schule und nicht die Werbung für ein Unternehmen im Mittelpunkt stehen.</p>	<p>speziell auf Schule ausgerichteten Werbebranche aus-gesetzt. Ob durch Wettbewerbe oder Unterrichtsmaterial – zahlreiche Firmen versuchen, ihren Markennamen in den Köpfen von Schülerinnen und Schülern und ihrer Eltern zu platzieren. Deshalb fordern wir die Einrichtung einer unabhängigen Monitoringstelle zur Klärung was im Einzelfall im Rahmen von Sponsoring zulässig ist sowie klare Regelungen für ein Verbot von Fremdwerbung an Schulen.“</p>	<p>belegt. Die damit oft deutlich werdende Wirtschaftsfeindlichkeit ist mehr als kritikwürdig, da sie langfristig dazu führt, dass den Schulen Handlungsspielräume genommen werden. Es geht uns Freien Demokraten in diesem Zusammenhang nicht darum, das Werbeverbot an Schulen aufzuheben, aber eine Verteufelung von Unternehmen und wirtschaftlicher Betätigung darf es nicht geben. Die geltenden rechtlichen Grenzen sind unzweifelhaft einzuhalten. Aber es gilt auch zu überprüfen, wo die Grenzen bei der Zusammenarbeit gezogen werden, denn es gibt unseres Erachtens keine einfache Unterteilung in guten oder schlechten Lobbyismus. Der Grad zur Bevormundung und zur Politisierung ist in diesem Zusammenhang sehr schmal und sollte nicht für ideologische Zwecke überschritten werden.</p>	<p>Schulen!</p>
---	--	--	---	-----------------

Lobbyismus an Schulen scheint ein neuer Firmensport zu werden. Die Rewe Group, Apple und andere Großfirmen möchten mit großen Werbeaktionen zukünftige Kunden binden. Andererseits nehmen Lehrkräfte kostenfreie Aktionen und Schulbücher gern in Kauf, da sie chronisch unterfinanziert sind.

15.2. Wie schützen Sie Schülerinnen und Schüler sowie Schulen vor Lobbyismus?

CDU	GRÜNE	SPD	FDP	LINKE
		„Wir werden weiterhin die Einflussnahme von Dritten auf Schule und Unterricht durch Schul-sponsoring regeln, um eine Spaltung der öffentlichen Bildungseinrichtungen zu verhindern und Chancengleichheit zu garantieren. Die Monitoringsstelle kann als Anlaufstelle für Lehrkräfte, Eltern und Schülerinnen und Schüler fungieren, aber auch selbstständig Recherchen vornehmen und sowohl Unterrichtsmaterialien als auch weitere Angebote sichten und bewerten. Anhand transparenter Kriterien wird das Ergebnis öffentlich zugänglich gemacht.“		Die chronische Unterfinanzierung ist ein großes Problem, in Deutschland wird unterdurchschnittlich viel in Bildung investiert. Trotzdem ist und bleibt es staatliche Aufgabe, die Schulen so auszustatten, dass sie NICHT auf Spenden oder Werbeaktionen angewiesen sind.

16. Internationaler und nationaler Bildungsvergleich

Position Deutschlands und Hessens im Vergleich:

Deutschland schneidet im internationalen Vergleich der OECD-Staaten nur mittelmäßig ab. Bemerkenswert ist vor allem, dass einige Länder, die beim ersten PISA-Vergleich noch hinter Deutschland lagen, vorbeigezogen sind. Hessen bewegt sich im Bundesdurchschnitt ebenfalls im Mittelfeld.

Laut dem Bildungstrend 2016 des IQB erreichen von den hessischen Grundschülerinnen und Grundschulern in den Bereichen Lesen und Zuhören ca. 10 %, in Mathematik knapp 15 %, in Orthografie knapp 20 % (Zahlen erfassen noch nicht den Flüchtlingszustrom in 2015) nicht einmal den Mindeststandard der festgelegten Kompetenzniveaus.

16.1. Mit welchen Maßnahmen reagieren Sie auf die Ergebnisse der IQB-Studie?

CDU	GRÜNE	SPD	FDP	LINKE
Vorbemerkung: Die in der Fragestellung enthaltene Behauptung, dass Teilnehmerländer, die beim ersten PISA-Vergleich hinter Deutschland gelegen hätten, an Deutschland vorbeigezogen wären, ist falsch. Richtig dagegen ist, dass sich die Position Deutschlands im PISA-Vergleich verbessert hat und die Kompetenz-	Viele Verbesserungen der Rahmenbedingungen für gute Bildung haben wir in den vergangenen Jahren bereits auf den Weg ge-	16.1 bis 16.2 „Die Leistungen der hessischen Schülerinnen und Schüler an Grundschulen und der Sekundarstufe I verharren in	Bildungsstudien und –berichte liefern zweifelsohne Auskünfte über Entwicklungen an unseren Schulen und auch bspw. über das Leistungsniveau von	Zunächst einmal steht Die Linke Lernleistungsvergleichsstudien sehr skeptisch gegenüber. Sie zeigen nur den Ist-

<p>werte der Schülerinnen und Schüler bei PISA 2015 in allen Teilbereichen (Lesen, Mathematik, Naturwissenschaften) signifikant über dem OECD-Schnitt liegen. Richtig ist ferner: Kein einziges Land, das am ersten PISA-Vergleich teilgenommen und hinter Deutschland gelegen hat, steht in der Zwischenzeit vor Deutschland. Hier liegt eine Verwechslung mit den Ergebnissen von IGLU 2016 vor.</p> <p>Die in der Fragestellung enthaltenen prozentualen Werte aus dem IQB-Bildungstrend 2016 sind zwar korrekt; allerdings müssen sie durch einen Blick auf die Ergebnisse in den anderen Ländern in den richtigen Zusammenhang eingeordnet werden.</p> <p>In dem Bereich Lesen liegt Hessen mit einem Anteil von 10,6 %, die nicht die Mindeststandards erreichen, unter dem Bundesdurchschnitt, erzielt also bessere Resultate; im Bundesdurchschnitt verfehlen nämlich 12,5 % der Schülerinnen und Schüler diese Mindeststandards, in den Nachbarländern sind die Werte ebenfalls schlechter: Rheinland-Pfalz 13,8 %; Baden-Württemberg 13,4%; Niedersachsen 13,0 %; Nordrhein-Westfalen 15,7 %.</p> <p>Der Anteil der Schülerinnen und Schüler, die die Regelstandards und die Optimalstandards erreichen, liegt in Hessen jeweils über dem Bundesdurchschnitt, sie erzielen also bessere Resultate.</p> <p>Auch für den Teilbereich Orthographie gilt, dass der Anteil der hessischen Schülerinnen und Schüler, die die Mindeststandards nicht erreichen, geringer ist als im Bundesdurchschnitt, dass die Ergebnisse also besser sind. Hessen liegt mit 19,3% unter dem Bundesdurchschnitt (22,1 %) und deutlich besser als seine Nachbarländer: Rheinland-Pfalz 23,4%; Baden-Württemberg 22,2 %; Niedersachsen 27,9 %; Nordrhein-Westfalen 23,9%.</p> <p>Wie beim Lesen/Zuhören ist auch hier der Anteil der hessischen Schülerinnen und Schüler, die die Regelstandards und die Optimalstandards erreichen, höher als im Bundesdurchschnitt und in den Nachbarländern, also sind die Resultate auch hier besser!</p> <p>Ein weitgehend gleiches Bild ist auch in Mathematik festzustellen: Der Anteil der hessischen Schülerinnen und Schüler, die nicht die Mindeststandards erreichen, liegt mit 14,6% unter dem deutschen Durch-</p>	<p>bracht, einiges ist in der Umsetzung und es bleibt noch eine Menge zu tun. Wir wollen die besten Schulen an den Orten mit den größten Herausforderungen. Schulen, die aufgrund des sozialen Hintergrunds ihrer Schüler*innen oder durch Inklusion und Integration besonders gefordert sind, sollen neben Lehrkräften ein festes Kontingent von Förderschullehrkräften und Sozialpädagog*innen bekommen. Wir streben für diese Schulen eine Lehrerzuweisung von 110 Prozent an. Außerdem werden wir den Ausbau von Ganztagschulen weiter vorantreiben. Durch zusätzliche Landesmittel für Schulsekretariate und Verwaltungskräfte wollen wir Lehrer*innen von bürokratischen Tätigkeiten entlasten und mehr Raum für die pädagogische Arbeit schaffen. Wir wollen den Schulen mehr pädagogische Freiheit geben und Pädagoginnen und Pädagogen an</p>	<p>den Ländervergleichen des Instituts für Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB) nur im Mittelfeld. Wir können uns mit den Ergebnissen nicht zufrieden geben. Auch andere Bildungsstudien belegen immer wieder, dass in Hessen über den Bildungserfolg immer noch die soziale Herkunft entscheidet. Wir laufen Gefahr, dass Ungleichheit statt Chancengleichheit in Zukunft zunimmt, wenn die Beschulung von Flüchtlingen weiter nicht verbessert wird.</p> <p>Wir werden in Regierungsverantwortung die Schule vom Kind ausdenken und die individuell zugeschnittene Förderung des einzelnen Kindes in den Mittelpunkt unseres Handelns stellen. Entscheidungen über die Köpfe der Beteiligten hinweg sind nach unserer Überzeugung in der Schule fehl am Platz. Die notwendigen Veränderungen an unseren Schulen wollen wir deshalb schrittweise im ständigen Dialog mit Eltern, Lehrerschaft, Schulleitungen. Zur Stärkung</p>	<p>Schülerinnen und Schülern in bestimmten Bildungsgängen und Klassenstufen und bezüglich der Chancengerechtigkeit. Sie zeigen auf, welche zentralen bildungspolitischen Herausforderungen angegangen werden müssen, um jedem Kind die beste Bildung von Anfang zuteilwerden zu lassen. Auch die Ergebnisse der IQB-Studie liefern wertvolle empirische Ergänzungen und sind ein Zeugnis dafür, dass es notwendig ist, die Lehrkräfte darin zu unterstützen, dass sie sich wieder ihren Kernaufgaben widmen können. Vor allem wird deutlich, dass wir ausreichend qualifizierte Lehrerinnen und Lehrer benötigen, die diese Aufgaben auch erfüllen können. Gerade im Grundschulbereich, in dem die Grundlagen auch durch die Vermittlung der Kernkompetenzen gelegt werden, darf an Qualität nicht gespart werden. Aber unseres Erachtens sollte auch darauf geachtet werden, die jeweiligen Daten in den Kontext zu setzen und nicht</p>	<p>Wissenstand in einer Momentaufnahme, ohne tatsächliche Lernfortschritte zu spiegeln. Zudem setzen sie Schülerinnen und Schüler unter unnötigen Leistungsstress, da tatsächliche Vergleiche ohne Einbindung der Lernrahmenbedingungen wenig aussagekräftig sind. Daher kann an dieser Stelle gesagt werden, dass bessere Lernbedingungen sicher für bessere Lernfortschritte sorgen.</p>
---	--	---	---	--

<p>schnittswert (15,4 %). Die Vergleichswerte für die Nachbarländer lauten: Rheinland-Pfalz 15,8 %; Baden-Württemberg 15,5%; Niedersachsen 16,3 %; Nordrhein-Westfalen 19,2%.</p> <p>Prägendes Merkmal des Bildungstrends 2016 ist im Übrigen die bundesweite Zunahme der Viertklässler, die einen Zuwanderungshintergrund haben und möglicherweise zu Hause eine andere Sprache als Deutsch sprechen und die damit zunehmende Heterogenität der Schülerschaft. Während in Deutschland der Anteil der Viertklässler mit Zuwanderungshintergrund insgesamt auf nunmehr 33,6 Prozent gestiegen ist, liegt er in Hessen sogar bei 42 Prozent und damit rund ein Drittel höher als im Jahr 2011. Somit muss die in der Fragestellung vorausgestellte Bewertung der hessischen Ergebnisse korrigiert werden. Die hessischen Ergebnisse – und damit die Leistungen der Schülerinnen und Schüler – werden so nicht richtig gewürdigt.</p> <p>Mit welchen Maßnahmen reagieren Sie auf die Ergebnisse der IQB-Studie?</p> <p>Dessen ungeachtet streben wir eine weitere Verbesserung der hessischen Ergebnisse an und setzen mit zahlreichen Maßnahmen an verschiedenen Stellen an. Beispielshaft können hier nur einige angesprochen werden: Wir bieten Vorlaufkurse als Hilfe für alle Kinder an, die bei der Anmeldung zur Einschulung noch nicht über ausreichende Deutschkenntnisse verfügen, fördern mit „Deutsch & PC“ Kinder im ersten Schuljahr parallel zum Unterricht im Klassenverband täglich in Deutsch und Mathematik, zur gezielten und individuellen Förderung der Schülerinnen und Schüler und haben so genannte Intensivklassen, Intensivkurse, Alphabetisierungskurse zur zielgerichteten Integration von Neuankömmlingen. Außerdem kann mit Lernverlaufsdiagnostik („quop“), verstärkter Leseförderung oder allgemein individueller Förderung gearbeitet werden.</p> <p>Weitere Punkte in unseren Anstrengungen sind das Pilotprojekt „Grundwortschatz“, die massive Ausweitung von sozialpädagogischen Fachkräften an Schulen (2018 allein 700 zusätzliche Stellen) und zusätzliche Stellen zur Sprachförderung (insgesamt 2.400 Stellen).</p>	<p>unseren Schulen ermöglichen, freier und flexibler entscheiden zu können, wie sie ihren Unterricht gestalten.</p>	<p>der Transparenz werden wir regelmäßig einen hessischen Bildungsbericht veröffentlichen.</p>	<p>einzelne Ergebnisse für bestimmte politische Zwecke zu überhöhen oder gar zu instrumentalisieren. Inwieweit eine eigenständige nationale Bildungstrendstudie notwendig ist, sollte unter Einbeziehung der bisherigen Forschungslage überprüft werden, da auch Ergebnisse des Bildungsberichts und verschiedener kleiner Studien bereits Aufschlüsse über zentrale Fragen geben können.</p>	
---	---	--	---	--

<p>Halten Sie eine Studie zum Bildungstrend auch für die Sekundarstufen I und II für nötig? Selbstverständlich muss auch in der Sek I überprüft werden, ob die Bildungsstandards erreicht werden und muss die Qualität der Bildungsergebnisse festgestellt werden. Dem kommt gerade für die Qualität der Abschlüsse eine hohe Bedeutung zu. Deshalb sind Bildungstrends auch für die Sek I sinnvoll und notwendig – es gibt sie auch bereits. Für die Fächer, für die es Bildungsstandards gibt, sind IQB-Ländervergleiche bzw. Bildungstrends fester Bestandteil der Gesamtstrategie Bildungsmonitoring der KMK. Sie werden in einem sechsjährigen Zyklus erstellt. Entsprechende Ergebnisse liegen für Deutsch und Englisch/Französisch (2009, 2015) für Mathematik und die Naturwissenschaften (2012) vor. Der nächste Bildungstrend für Mathematik und die Naturwissenschaften erscheint 2018, für Deutsch und Englisch/Französisch 2021. In der Sek II ist eine Überprüfung des Erreichens der Bildungsstandards durch einen ähnlichen Test nicht möglich, weil er nicht sinnvoll in die Arbeit der gymnasialen Oberstufe integriert werden kann. Daher wird in der Sek II mit einem Abituraufgabenpool gearbeitet; dieser Pool enthält Aufgaben, die sich an den Standards orientieren; die Länder übernehmen Aufgaben aus diesem Pool in ihre Abiturprüfungen.</p> <p>Wir unterstützen diese von allen Ländern verabredete Strategie und streben einen weiteren Auf- und Ausbau des Aufgabenpools an. Sobald die Bildungsstandards für die Naturwissenschaften verabschiedet sind, muss der Aufgabenpool um Aufgaben für die Naturwissenschaften ergänzt werden. Der Aufgabenpool sichert nicht nur das Erreichen der Standards, sondern trägt auch zur besseren Vergleichbarkeit und damit zur Bildungsgerechtigkeit bei.</p>				
---	--	--	--	--

16.2. Halten Sie eine Studie zum Bildungstrend auch für die Sekundarstufen I und II für nötig?

CDU	GRÜNE	SPD	FDP	LINKE
	Im Hinblick auf die bereits bestehende Anzahl von Studien, zentralen Tests und Vergleichsarbeiten und ihrer Erkenntnisse sehen wir eine weitere Studie als nicht zwingend erforderlich an.			Nein, und zwar aus den oben genannten Gründen.

17. Schulsozialarbeit

„Schulsozialarbeit ist Aufgabe der Kommunen!“

17.1. Sieht das Ihre Partei auch so?

CDU	GRÜNE	SPD	FDP	LINKE
Die Fragen werden aufgrund ihres Sachzusammenhanges gemeinsam beantwortet. Auch in Zukunft werden wir weiter auf Chancengerechtigkeit setzen. Weder die soziale Herkunft noch Beeinträchtigungen jedweder Art dürfen ein Kriterium für den schulischen Erfolg und die gesellschaftliche Teilhabe unserer Kinder sein. Eine Förderung und Unterstützung von bildungsfernen und leistungsschwächeren Schülerinnen und Schülern ist hinsichtlich unseres Grundsatzes „Kein Kind bleibt zurück“ von daher notwendig. Um Schulen, die im Landesvergleich unter besonders schwierigen sozialen Bedingungen arbeiten, gezielt zu unterstützen, haben wir anhand von objektiven Kriterien eine zusätzliche sozialindizierte Lehrerzuweisung eingeführt. Damit stehen an diesen Schulen zusätzliche Lehrer zur Bewältigung der besonderen Aufgaben zur Verfügung. Dieses Modell wollen wir in den nächsten fünf Jahren stär-	Schulsozialarbeit sehen wir als eine Aufgabe der Kommunen an. Wir wollen jedoch kein Nebeneinanderher von Zuständigkeiten, sondern ein gemeinsames Wirken im Interesse der Schüler*innen – wie es auch bei den 700 Sozialpädagog*innen vereinbart wurde – denn letztlich kümmern sich alle Beteiligten um die gleichen Kinder und Jugendlichen und sollten deshalb auch nach den gleichen pädagogischen Grundsätzen und Zielesetzungen – bei unterschiedlichen Rollen –	17.1 bis 17.4 „Schulsozialarbeit ist rechtlich ein Angebot der Jugendhilfe auf der Grundlage des SGB VIII mit kommunaler oder freier Trägerschaft. Das garantiert die fachliche Unabhängigkeit sowie quantitative und qualitative Mindeststandards. Schulsozialarbeit ist Sozialarbeit in Schulen (SiS) und im Gegensatz zum Regelunterricht ein freiwilliges sozialpädagogisches Angebot externer freier und kommunaler Träger an Schulen. Die Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist vielfältig, umfasst u.a. die Beratung von Eltern, Schülern und Lehrkräften, die Begleitung von Klassen, die Förderung von sozialen Kompetenzen, Hilfen beim Übergang (Kita-Grundschule-weiterführende Schule-Beruf), Elternarbeit, themenbezogene Gruppenarbeit und Projekte. Schulsozialarbeit ist räumlich an der Schule angesiedelt. Sie ist eng mit außerschulischen Einrichtungen und Netzwerken verknüpft.	Wir Freie Demokraten sehen die Notwendigkeit, die Zusammenarbeit in multiprofessionellen Teams in Schulen zu stärken und auszubauen. Nur so kann es gelingen, die Herausforderungen zu meistern. Vor diesem Hintergrund müssen auch verstärkt Schulsozialarbeiter einbezogen werden und die strikte Zuordnung der Verantwortlichkeiten und Aufgaben überprüft werden. Unseres Erachtens hängen jedoch der Umfang und die Ausgestaltung von den realen Bedürfnissen der Schulen ab. Hier sich auf statische Zahlen oder Eckwerte festzulegen, ist angesichts der unbestrittenen Notwendigkeit von Schulsozialarbeitern und –arbeiterinnen nicht zweckdienlich.	Nein. Wir wollen, dass sich das Land engagiert

<p>ken und fortsetzen. Die Unterstützung der Schulen z.B. in Form von multiprofessionellen Teams, bestehend aus Schulsozialarbeitern, sozialpädagogischen Fachkräften und Schulpsychologen, bauen wir aus. Wir werden dazu unser Programm für 700 zusätzliche sozialpädagogische Fachkräfte zur Unterstützung der Lehrerinnen und Lehrer an Hessens Schulen verstetigen.</p>	handeln	<p>Wir werden dafür sorgen, dass Kommunen und Schulträger mit den Kosten nicht alleine gelassen werden. Hierzu werden wir eine neue Förderpauschale zur Unterstützung der Träger einführen, damit die Kosten gleichermaßen zwischen Land, Schulträger und Kommunen geteilt werden Um den Bedarf nach Schulsozialarbeit zu decken, ist ein flächendeckender Ausbau erforderlich. An jeder Schule soll es Schulsozialarbeit geben, die sich an den örtlichen Rahmenbedingungen und dem Bedarf der Schulen orientiert.“</p>		
--	---------	--	--	--

17.2. Wie definieren Sie die Aufgaben der Schulsozialarbeit?

CDU	GRÜNE	SPD	FDP	LINKE
	<p>Schulsozialarbeit hat einen eigenen pädagogischen Ansatz. Sie betrachtet und unterstützt Schülerinnen und Schüler in ihrer gesamten Lebenssituation, richtet den Blick auf schulische wie außerschulische Herausforderungen und stellt Vernetzungen zu Unterstützungsangeboten in der jeweiligen Kommune her. Diese Arbeit fördert primär die Schülerinnen und Schüler aber selbstverständlich unterstützt sie auch Lehrerinnen und Lehrer in ihrer herausfordernden Tätigkeit. Denn unsere Lehrkräfte können viel, aber sie können und sollen nicht alle Aufgaben alleine schultern müssen. Schulsozialarbeit führt zu einem Mehr an Bildungs- und Chancengerechtigkeit an unseren Schulen.</p>			<p>Schulsozialarbeit sollte die Möglichkeit haben den Sozialraum Schule zu gestalten. Das ist mehr, als Feuerwehr bei Konflikten und persönlichen Problemen zu sein, was natürlich auch nötig ist. Wie wird soziales Lernen an der Schule möglich? Mit welchen gesellschaftlichen Akteuren kann zusammengearbeitet werden? Wie können sich Schülerinnen und Schüler gesellschaftlich engagieren?</p>

17.3. Für welche Änderungen der Verantwortlichkeiten, aber auch der Finanzierungen würden Sie sich einsetzen?

CDU	GRÜNE	SPD	FDP	LINKE
	<p>Mit den 700 Stellen für die Sozialpädagoginnen und -pädagogen beteiligt sich das Land erstmals systematisch und mit großem finanziellem Einsatz an der Sozialarbeit an Schulen. Damit gehen wir einen großen Schritt in Richtung multiprofessionelle Teams an unseren Schulen. Diesen Weg</p>			<p>Das Mindeste ist, dass der Schulträger einen bedeutenden Anteil der Kosten vom Land erhält und Schulsozialarbeit nicht von einem Flickenteppich an Finanziers abhängig ist. Eigentlich muss das Land die nötige Sozialarbeit zahlen, die für die Umsetzung der festgelegten</p>

wollen wir weiter ausbauen – ergänzend zu den Anstrengungen der Kommunen			Bildungsziele -Inklusion, Integration und Ganzttag – nötig sind.
--	--	--	--

17.4. Wie viel Schulsozialarbeit an welcher Schulform halten Sie für notwendig?

CDU	GRÜNE	SPD	FDP	LINKE
	Die Frage lässt sich nicht pauschal beantworten, sondern ist abhängig von der jeweiligen Situation an den Schulen.			Schulsozialarbeit ist an allen Schulformen nötig. Zu berücksichtigen ist, welches soziale Umfeld eine Schule hat.

17.5. Sehen Sie einen Zusammenhang zwischen Schulsozialarbeit, Ganzttagsschule, Integration und Inklusion?

CDU	GRÜNE	SPD	FDP	LINKE
	Wie in Antwort auf Frage 17.2 schon angesprochen, wird durch Schulsozialarbeit die Bildungs- und Chancengerechtigkeit an unseren Schulen gestärkt. Der Ausbau der Ganzttagsschulen, die Integration von Flüchtlingskindern sowie die Inklusion behinderter Kinder und Jugendliche in den Schulen führen ebenso dazu, dass alle Kinder und Jugendlichen ihre Talente bestmöglich entfalten können – unabhängig vom Geldbeutel, dem Bildungsstand oder der Herkunft ihrer Eltern. Damit Menschen gut lernen, brauchen sie Schulen und Menschen, die ihre Neugier wecken, sie bestätigen, in ihren Fähigkeiten stärken und ihnen ein unterstützendes Lernumfeld bieten.	Ja, Schulsozialarbeit und echte Ganzttagsschulen schaffen aus unserer Sicht mehr Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit für alle Schülerinnen und Schüler – für die mit besonderen Bedarfen ebenso wie für die mit besonderen Begabungen/Talenten. Wir brauchen an Schulen multiprofessionelle Teams aus pädagogisch-therapeutischem Personal und außerschulischen Partnern, Schulsozialarbeit und Schulpsychologen. Nur dann können Kinder und Jugendliche gleich welcher Herkunft, inklusiv beschult und individuell gefördert werden.		Ja, natürlich. Schule ist ein Sozialraum. Alle Aspekte des gesellschaftlichen Zusammenlebens werden in die Schule getragen.

17.6. Wie bewerten Sie die unterschiedlichen Zuständigkeiten (Land / Kommunen) von sozialpädagogischen Fachkräften, die mit der Einstellung von 700 Stellen der Landesregierung geschaffen werden sollen?

CDU	GRÜNE	SPD	FDP	LINKE
	Das Land hat mit der Schaffung von 700 Stellen für sozialpädagogische Fachkräfte für die Schulsozialarbeit einen großen Schritt getan. Nun kommt es auf die Vernetzung zwischen diesen Fachkräften und den vorhandenen Angeboten der Schulsozialarbeit der Jugendhilfe- und Schulträger an. Die	Lehrkräfte von nicht unterrichtsbezogenen Tätigkeiten zu entlasten und mit sozialpädagogischen Fachkräften zu unterstützen halten wir für richtig. Die 700 Stellen, die zum jetzigen Zeitpunkt bei weitem noch nicht alle besetzt sind, sind ein Anfang und gehen in die richtige Richtung bei der		Wenn das Land 700 Stellen schafft, soll es auch 700 Stellen finanzieren. Und es muss ein Konzept geben, welche Arbeit man von den Sozialpädagogen

	<p>bereits an vielen Schulen seit Jahren gut eingeführten Projekte und Programme der Schulsozialarbeit sind für die Schulen unverzichtbar. Schulsozialarbeiter*innen haben im Dialog mit Schulleitung, Lehrer*innen und dem jeweiligen Schulträger passende Programme für die Schulen vor Ort entwickelt. Sie reichen von Streitschlichtung über Pausenangebote bis hin zur individuellen Unterstützung von Schüler*innen. Diese wertvollen Programme werden nun durch die sozialpädagogischen Fachkräfte des Landes ergänzt. Mittels Erlass haben wir die Zusammenarbeit der Schulsozialpädagog*innen mit der Schulsozialarbeit der Kommunen festgehalten. Im Mittelpunkt stehen dabei für uns die Unterstützung der Schüler*innen und nicht der Streit um Zuständigkeiten zwischen Land und Kommunen.</p>	<p>personellen Ausstattung der Schulen. Wir hätten uns echte Schulsozialarbeit mit klaren Zuständigkeiten gewünscht. Die an den Schulen tätigen Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, die überwiegende Mehrheit der Grundschulen lediglich eine Viertelstelle (10 Wochenstunden) zugewiesen wird. Das geht aus der Antwort des Kultusministeriums auf unseren Dringlichen Berichtsantrag betreffend UBUS hervor.</p> <p>Wir beobachten zudem auch mit Sorge, dass sozialpädagogische Fachkräfte, die bisher im Rahmen der Schulsozialarbeit durch kommunale oder freie Träger beschäftigt waren, sich nun auf 700 sog. UBUS-Stellen bewerben, aber die Träger der Stellen, die damit frei werden, diese Stellen nicht nachbesetzen können.“</p>		<p>erwartet. Ein Konzept darf nicht den Schulen alleine aufgebürdet werden – auch wenn sie natürlich eigene Vorstellungen einbringen sollten.</p>
--	---	---	--	---

18. Religionsunterricht

Der bekenntnisorientierte Islamunterricht wurde im Schuljahr 2013/14 zunächst an Grundschulen eingeführt. Die DITIB hat sich als Ansprechpartner für das Kultusministerium zur Verfügung gestellt. Eltern betrachten auf Grund der außenpolitischen Ereignisse eine Partnerschaft mit DITIB mit Sorge.

18.1. Wie sehen Sie die Zusammenarbeit mit DITIB?

CDU	GRÜNE	SPD	FDP	LINKE
<p>Die Fragen 21.1-21.2 werden aufgrund ihres Sachzusammenhanges gemeinsam beantwortet.</p> <p>Wir wollen weiterhin ein religiöses Angebot für muslimische Schüler. Kooperationspartner, die keine Gewähr dafür bieten, dass der Unterricht unserer verfassungsrechtlichen Ordnung und unserem freiheitlichen Wertesystem entspricht, akzeptieren wir als Partner nicht. Unterrichts-</p>	<p>Die Fragen 18.1 und 18.2 werden gemeinsam beantwortet.</p> <p>Wir stehen für die Gleichbehandlung der Weltreligionen. So wie es katholischen und evangelischen Religionsunterricht gibt, soll es auch islamischen Religionsunterricht an unseren Schulen geben. Das setzt neben entsprechenden Lehrplänen auch einen verlässlichen Partner auf Seiten der Kirchen und Religionsgemeinschaften voraus. Hessen hat sich vor</p>	<p>18.1 bis 18.2</p> <p>Seit dem Schuljahr 2013/2014 gibt es den bekenntnisorientierten islamischen Religionsunterricht in Hessen, den wir befürworten. Neben dem Unterrichtsangebot von DITIB wird dieser auch in Kooperation mit der Ahmadiyya-Gemeinschaft angeboten. Kultusminister Lorz hat</p>	<p>Wir Freien Demokraten unterstützen die Fortführung des bekenntnisorientierten islamischen Religionsunterrichts, der in Kooperation mit dem DITIB Landesverband Hessen und Ahmadiyya Muslim Jamaat in der Bundesrepublik Deutschland e.V. realisiert wird. Für uns ist dabei von zentraler Bedeutung, dass es sich bei diesem Unterrichtsfach um ein ordentliches Lehrfach in staatlicher Verantwort-</p>	<p>Wir stehen einer Schura-Lösung näher, als einer Zusammenarbeit mit zwei Religionsgemeinschaften.</p>

<p>gebote, die diese Voraussetzungen nicht erfüllen, werden wir beenden.</p> <p>Sollte DITIB die durch die Landesregierung ausgesprochenen Vorgaben bis zum 31. Dezember 2018 nicht erfüllt haben und der in Kooperation mit DITIB durchgeführte bekenntnisorientierte islamische Religionsunterricht eingestellt werden, sollen die davon betroffenen Schülerinnen und Schüler nicht ohne ein adäquates Alternativangebot bleiben. Mögliche Formen eines solchen alternativen Unterrichtsangebots sind insbesondere ein islamischer Religionsunterricht oder islamkundlicher Unterricht, wie er derzeit der Sache nach in anderen Bundesländern erteilt wird oder Ethikunterricht – als Ersatzfach für das Fach Religion – mit Schwerpunkt Islam, ob als eigenständiges Fach oder als Sonderform des Ethikunterrichts an den relevanten Standorten.</p>	<p>einigen Jahren u.a. für den Moscheeverband DITIB als Kooperationspartner für den islamischen Religionsunterricht entschieden. Angesichts der Verbindungen von DITIB zur türkischen Religionsbehörde und zur Regierung der Türkei hat die Landesregierung DITIB bis Ende 2018 Zeit gegeben, Auflagen zu erfüllen sowie ihre Unabhängigkeit und Verlässlichkeit unter Beweis zu stellen. Das Ergebnis bleibt abzuwarten. Denn bislang ist kein Beleg für Beanstandungen oder Fehlverhalten im Rahmen des Islamischen Religionsunterrichts vorhanden. Dennoch rechtfertigen es die aktuellen Entwicklungen in der Türkei und manche Äußerungen des DITIB Bundesverbands genau hinzuschauen, ob die Regeln für den islamischen Religionsunterricht in Hessen auch weiterhin eingehalten werden. Für uns ist klar, dass es auch für den Fall, dass die Zusammenarbeit mit DITIB nicht fortgesetzt werden kann, weiterhin ein Unterrichtsangebot für Schüler*innen muslimischen Glaubens geben soll. Uns GRÜNEN ist es vor allem wichtig, dass es überhaupt einen Religionsunterricht geben wird – unabhängig davon, ob es sich um ein bekenntnisgebundenes oder -ungebundenes Angebot handelt.</p>	<p>eine erneute Prüfung in Auftrag gegeben und den Landesverband von DITIB Ende 2017 aufgefordert, sicherzustellen, dass professionelle Verwaltungsstrukturen gebildet werden und in den Gremien neutral handelnde Personen sitzen. Dafür hat er dem Verband bis zum Ende dieses Jahres Zeit gegeben. Wir wollen das Ergebnis des Verfahrens abwarten und werden auf dieser Grundlage prüfen, wie weiter zu verfahren ist. Bis dahin gelten die bestehenden Verträge.“</p>	<p>tung handelt. Dies bedeutet, dass er nach staatlichen Curricula, in deutscher Sprache und grundsätzlich durch staatliche Lehrkräfte erteilt wird und der staatlichen Schulaufsicht unterliegt. Aus diesem Grund sehen wir die Entwicklung von DITIB auch sehr kritisch und setzen uns dafür ein, dass endlich auch unangekündigte Unterrichtsbesuche durchgeführt werden und die Unabhängigkeit der Lehrkräfte umfassend gewährleistet ist. Einflussmöglichkeiten von Dritten müssen ausgeschlossen sein. Deshalb muss die Aus- und Weiterbildung der Lehrerinnen und Lehrer weiter dem Land obliegen. Nur wenn alle diese Voraussetzung erfüllt sind, kann der Unterricht in bisheriger Weise erteilt werden. Andernfalls müssen Konsequenzen gezogen und die Kooperation beendet werden, um die Schülerinnen und Schüler vor unerwünschten Einflüssen zu schützen.</p>	
--	--	--	---	--

18.2. Welche Möglichkeiten sehen Sie, bekenntnisorientierten IRU auch ohne DITIB fortzuführen?

CDU	GRÜNE	SPD	FDP	LINKE
				Siehe oben.

19. Demokratie / Politik

Demokratie ist die einzige Staatsform, die gelernt werden muss. Autoritärem und populistischem Politikverständnis kann nur mit einer lebendigen Demokratie entgegengetreten werden. Gerade heute, da rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien erschreckend hohe Wählerschaften mobilisieren, ist die Stärkung der politischen Bildung eines der wichtigsten Mittel, um sich damit reflexiv, selbstständig und mit eigener Urteilsfähigkeit auseinanderzusetzen.

19.1. Wie werden Sie Politikunterricht in hessischen Schulen stärken?

CDU	GRÜNE	SPD	FDP	LINKE
<p>Insgesamt wollen wir noch nachhaltiger die Wertevermittlung im Sinne des Grundgesetzes in den Schulen umsetzen. Es ist unser Ziel, möglichst allen Schülern die Inhalte der sogenannten Rechtsstaatklassen näher zu bringen. Wir treten daher für einen Ausbau des Faches „Politik und Wirtschaft“ ein. Ebenso wie auch Geschichte soll dieses Fach nicht abwählbar sein.</p>	<p>Politische Bildungsarbeit für Kinder und Jugendliche innerhalb wie außerhalb der schulischen Bildung wollen wir stärken. Sie ist unverzichtbar für unsere Demokratie. Darum möchten wir den Unterricht in den Bereichen Politik, Sozialkunde und Wirtschaft innerhalb der Stundentafel stärken und einen durchgängigen Politikunterricht auf allen weiterführenden Schulen sicherstellen. Denn gerade in der heutigen Zeit, in der die Zahl der Menschen, die sich abgehängt fühlen oder abgehängt sind, steigt und rechtsradikale Tendenzen verstärkt auftreten, ist die politische Bildung unserer Schüler*innen unverzichtbar. Die Aus-, Fort- und Weiterbildungskapazitäten sind entsprechend anzupassen.</p>	<p>19.1 bis 19.2 „Politik und Wirtschaft“ als Leitfach der politischen Bildung werden wir stärken, indem es zwingend bis zum jeweiligen Schulabschluss fortgeführt wird. Eine Aufwertung dieses Faches in den Stundentafeln der Bildungsgänge der Haupt- und Realschule ist ebenso notwendig wie die Neukonzeption eines entsprechenden Lehrplans in der Berufsschule. Die Möglichkeit fächerübergreifenden gesellschaftswissenschaftlichen Unterrichts werden wir erweitern. Für den Bereich „Gesellschaftslehre“ wird ein aktualisiertes Kerncurriculum entwickelt. Demokratielernten muss ein verbindlicher Bestandteil der Lehrkräfteaus- und -fortbildung werden. Zu-dem werden wir die demokratische Schulentwicklung systematisch unterstützen.“ In den Fächern, die in der Schulpraxis zu einem sehr hohen Anteil fachfremd unterrichtet werden, werden wir besondere Weiterbildungsangebote für langfristig Unterrichtende entwickeln. Gleichzeitig werden wir den fachfremden Unterricht durch die Einstellung von Fachkräften reduzieren.“</p>	<p>Wir Freie Demokraten sind der Überzeugung, dass immer es möglich ist, von entsprechenden Fachlehrkräften durchgeführt werden und es Angebote der Fort- und Weiterbildung geben muss, um Nachqualifizierungen zu ermöglichen. Andererseits ist gerade die Politische Bildung nicht nur auf ein Fach zu beschränken, sondern kann fächerübergreifend und interdisziplinär vermittelt werden. Für eine Veränderung des Faches in der Stundentafel sehen wir derzeit keine Notwendigkeit.</p>	<p>Zunächst einmal möchten wir den Politikunterricht von der Wirtschaftslehre abkoppeln. Politische Bildung muss fächerübergreifend wieder einen viel höheren Stellenwert bekommen. Demokratieverständnis ist etwas, was durchaus auch schon in der Grundschule vermittelt werden kann und soll. Den Schülerinnen und Schülern muss die Möglichkeit der demokratischen Beteiligung gegeben werden. Das ist derzeit nicht ausreichend verankert. Auch bei der Fort- und Weiterbildung der Lehrkräfte sollte Erziehung zu demokratischer Beteiligung ein wichtiger Baustein sein. Zudem sind aktuelle gesellschaftliche Veränderung immer auch im Schulalltag zu berücksichtigen und zu thematisieren. Daher möchten wir Politik in der Bildung und in der Weiterbildung gerne wesentlich stärker verankern</p>

19.2. Wie stellen Sie sicher, dass Politik nicht großteils durch fachfremde Lehrkräfte unterrichtet wird?

CDU	GRÜNE	SPD	FDP	LINKE
Aufgrund der jeweiligen Bewerberlage kann die Erteilung von fachfremdem Unterricht nicht immer ausgeschlossen werden. In der Regel wird in solchen Fällen darauf geachtet, dass es eine Nähe zwischen den unterrichteten Fächern und den studierten Fächern der jeweiligen Lehrkraft gibt. Fachfremder Unterricht ist nicht automatisch von minderer Qualität, sollte aber grundsätzlich eher die Ausnahme bleiben.				Die Linke hat bislang keine Kenntnis darüber, dass PoWi größtenteils von fachfremden Lehrkräften unterrichtet wird. Wir sehen fachfremden Unterricht auch nicht als gleichwertigen Unterricht oder als Unterrichtersatz an.

20. Schulrecht / Elternrechte

Hessen feiert dieses Jahr 60 Jahre Elternmitbestimmung.

20.1. Wie sieht für Sie die Elternbeteiligung der Zukunft aus und wie wollen Sie die Eltern und Schulen über Elternrechte informieren?

CDU	GRÜNE	SPD	FDP	LINKE
Die Fragen werden aufgrund ihres Sachzusammenhanges gemeinsam beantwortet. Als CDU Hessen stehen wir weiterhin zum Wahlrecht der Eltern als einem Grundpfeiler unserer Bildungspolitik und zur Mitbestimmung der Eltern, denn das Recht und die Pflicht zur Erziehung liegen in erster Linie bei den Eltern. Wir beabsichtigen keine grundlegenden Änderungen vorzunehmen, da sich die bisherigen Formen und Verfahren der Eltern-	Gute Schulen gelingen nur im Zusammenspiel und durch das Zusammenwirken von Lehrer*innen, Schüler*innen und ihren Eltern. Die Beteiligung der Eltern ist unverzichtbar, um Schule und die Bildungspolitik an den tatsächlichen Bedürfnissen der Gesellschaft auszurichten. Daher wollen wir auch in Zukunft weiterhin in einem regelmäßigen Austausch über bildungspolitische Themen mit den organisierten Interessensvertretungen auf Schul-, Kreis- und Landesebene stehen und die	20.1 bis 20.3 „Die SPD Hessen und die SPD-Landtagsfraktion arbeiten gerne und eng mit dem Landeselternbeirat zusammen. Durch die Kontakte zu den Stadt- und Kreiselternbeiräten besteht auch regional ein enger Draht zu vielen Elternvertretern. Die Zusammenarbeit ist eine wichtige Grundlage für unsere Arbeit. Eltern und Schulen sollen sich auf Augenhöhe begegnen und als Partner begreifen. Entscheidend für das Gelingen dieser Bildungspartnerschaft ist Kommunikation und Ko-	Wir sehen die Elternbeteiligung als unverzichtbare Säule des Schulsystems an und setzen uns für eine aktive Erziehungs- und Bildungspartnerschaft ein, um all diejenigen einzubinden, die an der Entwicklung, Unterstützung und Bildung unserer Kinder beteiligt sind. Dementsprechend wollen wir Freien Demokraten auch zukünftig den Dialog mit den Eltern und ihren Interessenvertretungen fortführen, da wir es für richtig und notwendig erachten, gemeinsam weiter um die richtigen Lösungen und Wege zu streiten und darauf zu achten, dass der Blick aufs Wesentliche nicht verstellt wird. Die Mitbestimmung der Eltern durch den Landeselternbeirat, die in vielfältiger Weise auch Stellungnahmen zu inhaltlichen Fragen wie Bildungszielen	Die Linke möchte Schule und Hochschule demokratisch betreiben. Dazu gehört auch das gemeinsame, Miteinander auf Augenhöhe in der Planung und Umsetzung. Eine Stärkung der Rechte und der Mitbestimmung fordern wir jedoch nicht nur im Bezug auf Eltern – auch Schülerinnen und Schüler müssen demokratisch an den Schulprozessen beteiligt

<p>mitbestimmung und der entsprechenden Elterninformationen in unseren Augen bewährt haben.</p>	<p>Zusammenarbeit mit den Eltern weiter intensivieren. Das Projekt „<i>elan</i>“, ein Kooperationsprojekt zwischen dem Hessischen Landeselternbeirat und dem Hessischen Kultusministerium stellt Elternvertretungen und interessierten Eltern Informations- und Fortbildungsangebote zu Verfügung. Das finden wir gut und wollen solche Projekte auch weiterhin stärken.</p>	<p>operation. Dazu gehört für uns, dass Eltern über ihre Rechte und die schulischen Gremien mit Elternbeteiligung informiert sind. Alle Veränderungen an unseren Schulen wollen wir im ständigen Dialog mit Eltern, Lehrerschaft, Schulleitungen, Sozialpädagoginnen und -pädagogen an Schulen und Schülervvertretungen sowie mit den Schulträgern umsetzen.“</p>	<p>und Ausgestaltung von Bildungsgängen sowie des Unterrichts, der Gewährleistung der Schulwahl-freiheit und der damit für uns untrennbar verbundenen Schulvielfalt, der Realisierung von Ganztagsangeboten, aber auch zur Inklusion beinhaltet, ist notwendig, um die Realität an unseren Schulen widerzuspiegeln und unter Mitwirkung der Eltern zu gestalten. Vor diesem Hintergrund sind wir offen für etwaige Änderungsvorschläge, die die Aufgabenwahrnehmung nachhaltig verbessern können.</p>	<p>werden.</p>
---	--	---	---	----------------

20.2. Werden Sie bezüglich der Elternmitbestimmung an Schulen Veränderungen vornehmen?

CDU	GRÜNE	SPD	FDP	LINKE
	<p>Wir unterstreichen die Bedeutung der Elternvertretungen auf Ebene der einzelnen Klasse, der Schule sowie auf Kreis- und Landesebene. Welche Veränderungen notwendig sind, um die Elternmitbestimmung noch weiter zu verbessern, wollen wir in der nächsten Legislaturperiode im Dialog mit dem Landeselternbeirat evaluieren.</p>			<p>Wir können uns durchaus vorstellen, Gremien paritätisch zu besetzen.</p>

20.3. Planen Sie Änderungen am Hessischen Schulgesetz? Wenn ja, welche und wie?

CDU	GRÜNE	SPD	FDP	LINKE
<p>Wir setzen im Rahmen der Bildungspolitik auf gut überlegte Entscheidungen und die Wahrung des Schulfriedens. In diesem Sinne werden wir das Schulgesetz evaluieren und in Abstimmung mit Eltern, Lehrern, Schulen und den zuständigen Behörden verantwortungsvoll, bedarfsgerecht und zukunftsorientiert weiterentwickeln.</p>	<p>Das Hessische Schulgesetz muss in regelmäßigen Abständen überprüft, evaluiert und an die sich ständig verändernden Anforderungen der Zeit angepasst werden.</p>			<p>Wir haben diverse Änderungswünsche an das Hessische Schulgesetz, welche wir in der nächsten Legislaturperiode auch einbringen werden.</p>

21. Die Fee

Sie sind in Regierungsverantwortung und für die Bildung verantwortlich.

21.1. Wie sieht für Sie bzw. Ihrer Partei eine ideale Schule aus?

CDU	GRÜNE	SPD	FDP	LINKE
<p>Hierzu verweisen wir auf die vorangegangenen Antworten.</p>	<p>Wir GRÜNE wollen eine Schule, die Bildungs- und Chancengerechtigkeit für alle möglich macht, indem sie:</p> <ul style="list-style-type: none"> •alle Kinder bei der bestmöglichen Entfaltung ihrer Fähigkeiten und Talente umfassend unterstützt; •Lehrer*innen Spielräume eröffnet und ihnen geeignete Rahmenbedingungen bietet, um Schüler*innen bei der Entfaltung ihrer körperlichen, geistigen und sozialen Fähigkeiten zu fördern und •Eltern durch eine ermutigende Lernatmosphäre, förderliche Lernbedingungen und attraktive, zukunftsweisende Lernangebote zeigt, dass ihre Kinder ohne Angst vor Diskriminierung oder der Zementierung herkunftsbedingter Bildungsunterschiede aufwachsen. <p>Die GRÜNEN Vorstellungen von einer idealen Schule und wie wir sie verwirklichen wollen, finden Sie auch ausführlich im Bildungskonzept der Hessischen Landtagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: http://gruenlink.de/1f3x</p>	<p>„Eine Ideale Schule bietet Chancengleichheit, fördert jede Schülerin und jeden Schüler individualisiert auf dem jeweiligen Niveau und immer in der Zone der nächsten Entwicklung. Dabei darf das soziale Lernen nicht verloren gehen, das unterstützt werden muss, möglichst im Rahmen eines rhythmisierten Ganztags und unterstützt durch Schulsozialarbeit. In der idealen Schule wird Vielfalt als Gewinn wahrgenommen und die Schülerinnen und Schüler begegnen sich mit Achtung und Respekt, unabhängig ihrer Herkunft, Religion, sexuellen Identität, dem Einkommen der Eltern, ihrer Stärken und Schwächen oder anderer Faktoren. Eine ideale Schule ist demokratisch organisiert und macht die jungen Leute im Rahmen von Berufs- und Lebensweltorientierung fit für das Leben.“</p>	<p>Die ideale eigenverantwortliche Schule realisiert all die skizzierten Anforderungen und bietet beste Bildung für jedes Kind in modernen gut ausgestatteten Schulgebäuden mit hochqualifizierten motivierten Lehrkräften, die Möglichkeiten zur individuellen Förderung des bzw. der Einzelnen haben und in multi-professionellen Teams zusammenarbeiten.</p>	<p>Für uns steht Bildungsgerechtigkeit ganz vorn. Das bedeutet vor allem die Überwindung der Mehrgliedrigkeit, also die Schaffung einer Schule für Alle, die ganztägig, inklusiv und rhythmisiert arbeitet und in der die Schülerinnen und Schüler von der ersten bis zur zehnten Klasse gemeinsam lernen.</p>